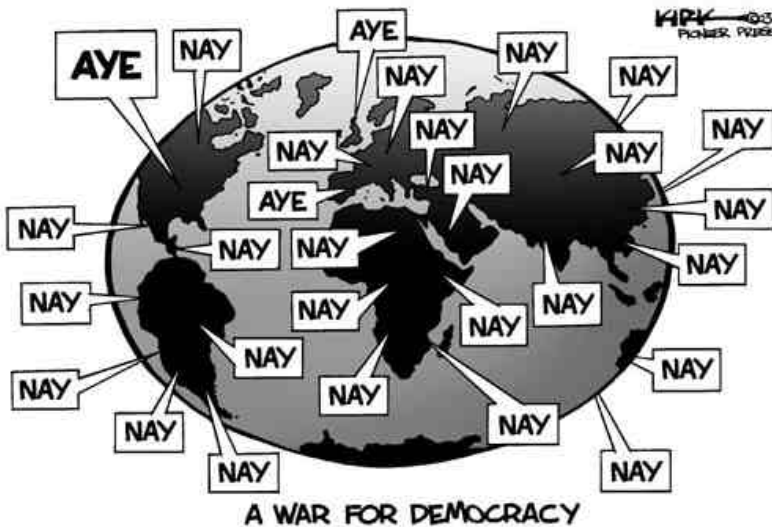


Sand im Getriebe 55

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version unter www.attac.de/rundbriefe HTML-Version unter www.sandimgetriebe.attac.at/ MAIL an die Redaktion: sig@attac.de

Risse im Imperium



(Zeichnung von Kirk Anderson, <http://www.zmag.org/cartoons/display.cfm>)

"Die November-Wahlen in den USA waren Wahlen der Erlösung zu einem Zeitpunkt, an dem schon viele die amerikanische Wählerschaft ... abgeschrieben hatten. Stattdessen wachten die Wähler auf und lieferten der republikanischen Partei den schwersten Schlag im letzten Vierteljahrhundert", schreibt **Walden Bello**.

Die Risse im imperialen System werden immer deutlicher. Die globale Gestaltungskraft der Hypermacht nimmt durch die Niederlage im Irak-Krieg rapide ab. Unterstützt wird dieser Kraftverlust der USA durch die untergründige, jetzt immer sichtbarer werdende Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der globalen Ökonomie. **Thomas Fritz** untersucht diese neuen Tendenzen in der Weltwirtschaft wie den Aufstieg Chinas, die Verschuldung der USA und die Gefahren einer weltweiten Rezession nach einem möglichen Dollarsturz. Er weist auf die Gefahr hin, dass sich die USA und die EU abschotten und zu einem "wehrhaften Westen" gegenüber dem aufsteigenden Asien zusammenschließen. Das unsägliche Schlagwort vom "Weltwirtschaftkrieg" (Spiegel) oder die Forderung nach einem wohlstandschauvinistischen atlantischen Pakt - einer Wirtschafts-NATO - sind Indizien eines Paradigmenwechsels.

„Gelingt dieses Manöver, würde der globale Süden nicht nur ökonomisch geschwächt, sondern stünde einem noch geschlosseneren westlichen Militärblock gegenüber.“

Umgruppierung im Westen		
Walden Bello	Die US-Amerikaner wollen eine neue Richtung	3
Thomas Fritz	„Wehrhafter Westen“	5
Felix Pithan	Die transatlantische Freihandelszone	13
Europa		
T. Pflüger, M.Hantke	Militarisierung der EU	14
Tobias Pflüger	Weißbuch Deutschlands	17
Stephan Lindner	Stellungnahme zur EU-Dienstleistungsrichtlinie	18
Attac Österreich	Richtlinie gefährdet Arbeits- und Sozialstandards	20
Nahe Osten		
Uri Avnery	Ich bin wütend auf Deutschland!	21
Samir Amin	Die USA und ihre Verbündeten bekämpfen	24
Elisabeth Longuenesse	Zur Bedeutung des Nahen Ostens für Attac	29
Norman Paech	Gaza: "Es ist höchste Zeit, dieses Gefängnis aufzulösen"	31
Ahmed Yousef	Eine Pause für den Frieden	33
Women for Peace, Israel	Kampagne für Gaza	34
Hinweise: Manifest der 25 / Schalom5767		34
Migration / Armut		
Alessandro Pelizzari	Der Lohn der Armut: Die „working poor“	35
Attac Marokko	EU-Maßnahmen gegen Migranten	37
Schweiz: Komitees 2xNEIN	Bundesrat beim Wort nehmen	38
Pro Asyl	Beschluss der Innenminister völlig unzureichend	38
Hilmar König	Indisches Sozialforum	39
G 8		
Beschluss von attac De	zur Genderfrage	39
Vorbereitungskonferenz in Rostock		40
Bücherhinweise		40

Mit der Militarisierung der EU befassen sich zwei IMI-Autoren, **Tobias Pflüger und Martin Hantke**.

Sie schlagen der Friedensbewegung vor, eine Initiative für ein atomfreies Europa zu starten und „zwei zentrale Kampagnen zur Militäragenda der Deutschen Ratspräsidentschaft zu führen.

Zum einen eine Kampagne gegen die EU-Battle-Groups und ihre deutsche Kommandostruktur in Potsdam und Ulm sowie zum anderen eine Kampagne zum Rückzug der Bundeswehr- und EU-Truppen, angefangen mit dem Rückzug der Bundeswehr-Truppen aus Afghanistan.“

In der EU schreitet die neoliberale Deregulierung locker voran: Trotz vorangegangener Proteste wurde im EU-Parlament die modifizierte "Dienstleistungs-Richtlinie" (Bolkestein-Hammer) verabschiedet - eine. "Richtlinie, die eindeutig in die falsche politische Richtung weist.“ (**Stefan Lindner**).

Attac-Österreich stellt fest. „Es besteht die Gefahr, dass - ähnlich wie beim Steuerwettbewerb - hier eine Spirale nach unten in Gang kommt. Die Richtlinie bleibt eine Gefahr für die Qualität der Dienstleistungen. Die Leidtragenden werden sowohl die europäischen ArbeitnehmerInnen als auch die KonsumentInnen sein“

Samir Amins Analyse der politischen Lage im gesamten Nahen und Mittleren Osten enthält für die Friedensbewegung in Deutschland besondere Aktualität angesichts der zunehmenden militärischen Kämpfe in Afghanistan und der traurigen Rolle, die die Bundeswehr dort als devoter Diener der US-Interessen spielt. „Die Region des "Broader Middle East" ist heute Zentrum des Konflikts, in dem sich die führende Kraft des Imperialismus und die Völker der ganzen Welt gegenüber stehen. Das Scheitern des US-Projekts ist die Erfolgsbedingung für jedweden Fortschritt - in welcher Region der Erde auch immer. Scheitert dieses Projekt nicht, bleiben alle Fortschritte äußerst verletzlich. Dies heißt nicht, dass die Bedeutung der Kämpfe, die in anderen Regionen der Welt geführt werden - in Europa, Lateinamerika und anderswo - unterschätzt werden sollten. Dies bedeutet nur, dass sie sich in einer globalen Perspektive sehen sollten, die dazu beiträgt, Washington scheitern zu lassen in dieser Region, die es für seinen ersten kriminellen Ziel Nr. 1 ausgewählt hat“.

Elisabeth Longuenesse (Attac Fr) unterstreicht die Bedeutung des Nahen Ostens für Attac.

Uri Avnery, der Mentor des radikalen Flügels der israelischen Friedensbewegung, ist wütend auf Deutschland: „Deutschland hat mehr als ein Problem gegenüber Israel. Eins ist die Abhängigkeit von den USA...Aber Deutschland hat natürlich ein psychologisches **Problem mit Israel** wegen der Erinnerung an den Holocaust. ...Aber die Konsequenz kann doch nicht sein, dass man wegen der Erinnerung an den Holocaust eine unmoralische Politik gegenüber der Palästinensern macht. Weil man vor zwei Generationen ein schreckliches Unheil angerichtet hat, kann man doch jetzt nicht ein neues Unheil anrichten. Das ist nicht moralisch, **das ist unmoralisch**.“ Er fordert, endlich den Wahlsieg von Hamas in Palästina anzuerkennen und den Boykott zu beenden.

Norman Paech fordert nach einer Reise durch Gaza "Es ist höchste Zeit, dieses Gefängnis aufzulösen" Die **Hamas** schlägt „einen langfristigen Waffenstillstand vor, während dessen die Völker Israels und Palästinas versuchen können über einen dauerhaften Frieden zu verhandeln.“

Alessandro Pelizzari analysiert für die Schweiz dieselbe Tendenz zu prekären Arbeitsverhältnissen, wie sie auch in Deutschland und Österreich zu beobachten ist. „Die Analyse von Marx ist weiterhin vollkommen richtig: Die Prekären und die working poor gesellen sich neben den Ausgeschlossenen und den Arbeitslosen zur neuen industriellen Reservearmee des modernen Kapitalismus, deren Funktion die gleiche geblieben ist wie früher, nämlich Druck auszuüben auf die Beschäftigten in festen Arbeitsverhältnissen und ihre Forderungen nach einer besseren Bezahlung und nach korrekten Arbeitsbedingungen“

Die Vorbereitungen der breiten Bewegung gegen das G8-Treffen in Heiligendamm gewinnen an Fahrt. Ein Thema wird dort die Migration sein. **Attac Marokko** kritisiert die EU-Maßnahmen gegen MigrantInnen und verlangt die Wiedereinführung des Rechts auf Asyl und die Einhaltung der Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes von Flüchtlingen und Asylsuchenden und fordert die sofortige Einstellung jeglicher gegen sie gerichteten Abschiebe- oder Ausweisungspraxis.“

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:

1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 14€ für 6 Ausgaben.

Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

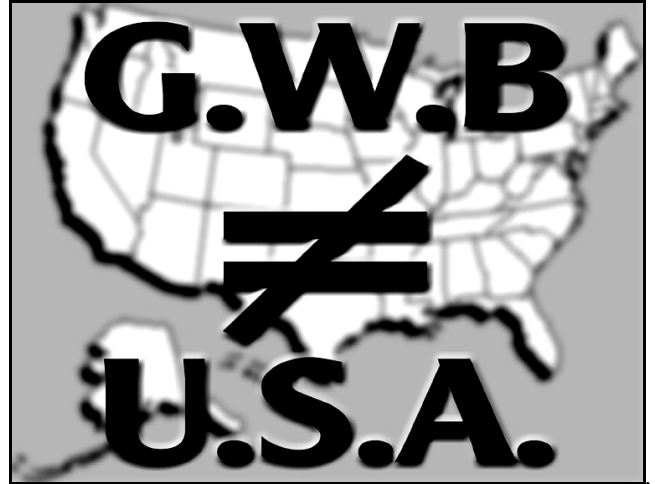
Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Walden Bello

Die US-Amerikaner wollen eine neue Richtung - aber werden die Demokraten sie einschlagen?

Die November-Wahlen in den USA waren Wahlen der Erlösung zu einem Zeitpunkt, an dem schon viele die amerikanische Wählerschaft als eine leblose Knetmasse in den Händen von Karl Rove abgeschrieben hatten. Stattdessen wachten die Wähler auf und lieferten der republikanischen Partei den schwersten Schlag im letzten Vierteljahrhundert. Nicht nur Unabhängige und Zentristen stimmten gegen republikanischen Kandidaten.

Auch ein Drittel der Evangelikalen – der fundamentalistischen christlichen Basis von Bush – stimmten für die Demokraten



Einer von denjenigen, die angenehm überrascht waren, ist der Autor dieser Zeilen, der nach den Präsidentschaftswahlen 2004 voraussagte, dass die Republikaner vielleicht für das nächste Vierteljahrhundert regieren würden, auf Grund der formidablen Basismaschinerie, die sie aufgebaut hatten - ein „Moloch“, der verankert war in der fundamentalistischen Basis der sog. „Roten (republikanischen) Staaten“

Zwei Wege

Natürlich haben viele deshalb die Demokraten gewählt, weil sie nicht länger die täglichen Skandale ertragen konnten, in die die Republikaner im Kongress verwickelt waren. Aber eine Umfrage nach der anderen zeigte, dass für die Wähler der Irak-Krieg und das starke Gefühl, dass Bush das Land in die falsche Richtung führt, die beiden Schlüsselfragen waren. Diese Wahl der nationalen Richtung im Bewusstsein der Wähler vom 7. November wurde präzise von J. Shell in seinem 2003 erschienenen Buch „Die nicht zu erobernde Welt“ beschrieben.

„Die Amerikaner müssen sowohl zwischen zwei Americas wählen als auch zwischen zwei internationalen Ordnungen. In einem imperialen Amerika würde die Macht in den Händen des Präsidenten konzentriert sein und „Kontrolle und Gegenkontrolle“ (checks and balances) würden zu einem Ende kommen; zivile Freiheiten würden geschwächt oder verloren gehen, Militärausgaben würden sozialen Ausgaben verdrängen. Die Kluft zwischen Reichen und Armen würde sich verstär-

ken; Wahlen – insofern sie noch etwas von Bedeutung sind – würden zunehmend vom großen Geld bestimmt, vor allem von den multinationalen Konzernen, deren Einfluss die Interessen der Bevölkerung übertrumpfen würde; die soziale ökonomische und ökologische Agenda des Landes und der Welt würden zunehmend zurückgewiesen werden.“

Im Gegensatz zu diesem Weg eines „imperialen Amerikas“ gäbe es den eines „republikanischen“ Amerikas,

„das sich der Schaffung einer kooperativen Welt widmet, in der die unglaubliche Konzentration der Macht in der Exekutive gebrochen würde; Macht würde wieder geteilt zwischen den drei Zweigen, die ihre Verantwortung für „Kontrolle und Gegenkontrolle“ wahrnehmen, wie die Verfassung es vorschreibt; zivile Freiheiten würde gestärkt werden; Geld würde aus der Politik heraus getrieben und der Wille der Bevölkerung würde wieder gehört werden; Politik und mit ihr die Macht des Volkes würde wieder belebt werden; die sozialen ökonomischen und ökologischen Agenden des Landes und der Welt würden zum obersten Interesse der Regierung.“

Am 7. November haben die amerikanischen Wähler eindeutig den imperialen Weg zurückgewiesen.

Allerdings kann man nicht mit Sicherheit sagen, dass sie sich sehr klar über die Wegweiser des alternativen Wegs waren, den sie gewählt haben. Es ist die Aufgabe

der Führung, Richtungen zu zeigen und die große Frage im Moment ist, ob die siegreichen Demokraten eine solche Führung anbieten können

Irak: Nur schlechte Optionen

Irak ist der Testfall. Die Demokraten haben - wie schon häufig erwähnt - keine einheitliche Strategie für den Irak. Der Grund dafür ist, dass sich die Entwicklungen rund um den Irak in einem Grad verschlechtert haben, dass nur noch schlechte Optionen übrig bleiben.

Die gegenwärtige **Bush Strategie** besteht darin, die von den Schiiten dominierte Regierung aufzupöppeln und das klappt nicht.

Mehr Truppen in das Land zu bringen, um die Situation zu stabilisieren und dann abzuhaufen – ein Plan, der ursprünglich mal von John Kerry unterstützt wurde - kann ebenfalls nicht klappen, da der Bürgerkrieg einen Zustand erreicht hat, in dem auch eine Million Soldaten nichts erreichen können.

Die **Spaltung Iraks** in drei Einheiten – das sunnitische Zentrum, die Schiiten im Süden und die Kurden im Norden - wird nur ein Vorspiel für noch größere Konflikte sein, die noch mehr US Soldaten binden würden.

Rückzug auf Militärbasen oder in die Wüste, um Verluste zu vermeiden, wird nur die Frage aufwerfen, warum man die Soldaten überhaupt dort lässt.

Auch die Einbindung des **Irans der Türkei und Syriens** in eine **diplomatische Lösung** – was einige Experten von der

Irak-Studygroup unter James Baker und Lee Hamilton erwarten - wird nicht funktionieren, weil keine von außen aufgedrückte Lösung die innere Dynamik eines sektiererischen Konflikts überwinden kann, der den Punkt ohne Wiederkehr überschritten hat.

Natürlich bleibt Bush der Boss in Bezug auf die Irak Politik, und es ist unwahrscheinlich, dass dieser bockige dummer Mann aufgehört hat, an den Sieg zu glauben, so wie er es noch einmal auf derselben Pressekonferenz wiederholte, auf der er den Rücktritt von Donald Rumsfeld bekannt gab.

Die mehr machiavellischen republikanischen Strategen wie Karl Rove werden wahrscheinlich wünschen, die Demokraten in eine lang andauernde parteiübergreifende Exit-Strategie zu verwickeln, die noch mehr irakische und amerikanische Leben kosten wird, so dass 2008 zu den Präsidentenwahlen die Katastrophe im Irak sowohl die ihre als auch die der Republikaner sein wird.

Für den Augenblick haben die Demokraten das moralische Gewicht des Landes hinter sich und sie haben die Gelegenheit, nicht nur eine außenpolitische erdrückende Last loszuwerden sondern auch den Weg zu öffnen für **neue Beziehungen zwischen Amerika und der Welt**. Dazu müssen sie den am wenigsten beneidenswerten Weg einschlagen: Raus aus dem Irak, unmittelbarer Abzug. Das hat der Abgeordnete John Murtha vorgeschlagen, der vielleicht einer der wenigen Demokraten ist, der die militärischen Realitäten vor Ort kennt.

Es helfen nicht all die unausgegorenen Gefühle über verschwendeten amerikanischen Leben, über „unsere Verantwortung den Irakern gegenüber“, oder darüber, dass sie als Leute angesehen werden könnten, die alles stehen und liegen lassen. Viele derjenigen, die Demokraten gewählt haben, werden Schwierigkeiten haben, die Realität zu akzeptieren, dass der unmittelbare Rückzug die am wenigsten beneidenswerte Option ist, aber das ist gerade die Aufgabe von Führern: Bittere Wahrheiten zu artikulieren, wenn die Zeiten es verlangen.

Es ist nicht wahrscheinlich, dass eine Mehrheit von Politikern der Demokraten sich den unmittelbaren Rückzug zu Eigen macht. Ohne starken dauerhaften Druck werden sie wahrscheinlich mit einem Plan für einen Kompromiss mit Bush auftauchen, der nichts anderes ist als ein weiteres unrealistisches Flickwerk.

Wird das US-Militär streiken?

Eine Druckmöglichkeit könnte vom Militär kommen. Es ist allen bekannt, dass die Militärspitze mit der zivilen Führung extrem unzufrieden ist, weil sie fühlen, dass der Irak die Glaubwürdigkeit des US Militärs zerstört. General William Caldwell, der oberste Sprecher des US Militärs im Irak, bezeichnete am 19 Oktober die Ergebnisse der Pentagon Strategie als entmutigend diese schlägt vor, die Truppen auf Bagdad zu konzentrieren, um das irakische Militär darin zu unterstützen, die aus den Rudern laufende Gewalt einzuschränken... Damit trieb er einen Nagel in den Sarg der Wahlchancen der Republikaner. Es ist unwahrscheinlich, dass seine Worte von der zivilen Führung genehmigt wurden.

Es kann sein, dass das US Militär im Irak noch nicht genügend Fälle der Meuterei erfahren hat, aber die Verschlechterung der Moral wird deutlich in den wachsenden Vorkommnissen ziviler Tötungen, Vergewaltigungen, Gefangenmissbrauch, wegen derer eine anschwellende Zahl von Marines und Soldaten vor Gericht gestellt oder auch ins Gefängnis gesteckt wurden. Im Gegensatz zum Vietnam Krieg beruht das US Militär nicht auf der Wehrpflicht, aber das Oberkommando weiß auch, dass Berufssoldaten ihre Grenzen haben und dass die einfachen Soldaten sich zu einem bestimmten Zeitpunkt darüber empören, dass sie in einen sinnlosen Krieg geschickt werden. Niemand möchte für einen Fehler sterben. Niemand möchte im letzten Leichensack sein, der von Bagdad losgeschickt wird. Das ist es, was Murtha - ein hoch dekoriertes Vietnam-Veteran - der in den meisten anderen Militärfragen ein Falke war - seinen Kollegen von der demokratischen Partei sagte.



(Bildnachweis: www.protest.bmgbiz.net)

Dennoch ist eine de facto militärische Meuterei wie in den letzten Jahren des Vietnam Krieges in der US Armee nicht wahrscheinlich. Wahrscheinlich werden Demokraten und Republikaner sich um

einen Plan für einen „ehrenhaften Abzug“ zanken. Die Militärführung wird die US Einheiten in einer defensiven Stellung halten, um die Verluste zu verringern, und die Söldner der irakischen Sicherheitskräfte alleine lassen. Die Truppen könnten auch in ihre Basen zurückgezogen werden mit gelegentlichen Patrouillen, die nicht dazu dienen, Sicherheit zu gewährleisten, sondern nur Flagge zu zeigen. Das würde das militärische Äquivalent zum Streik sein.

Die Aufgaben der Antikriegsbewegung

Also kommt es auf die Antikriegsbewegung an.

Man muss der Bewegung **gratulieren** für ihre Rolle in ihrem titanischen Kampf, einen **Gezeitenwechsel** in der amerikanischen öffentlichen Meinung zu erzwingen. Cindy Sheehans Camp vor der Bushs Ranch in Crawford Texas, die vielen anderen Aktionen des Protestes und des zivilen Ungehorsams, an denen so viele teilgenommen haben, die großen Protestversammlungen und Demonstrationen: alles das hat etwas bewirkt, hat sehr viel bewirkt!

Aber die Bewegung kann nicht einmal daran denken, sich für eine Sekunde zu erholen, Der Augenblick ist kritisch. Jetzt - in der unmittelbaren Nachwahlperiode - ist es Zeit, sich aufzumachen. Jetzt ist es Zeit für die Antikriegsbewegung, die Anstrengungen zu vervielfachen - Demonstrationen nach Demonstrationen durchzuführen und den unmittelbaren Rückzug durchzusetzen, Die Wahlergebnisse haben einen Moment geschaffen, der in Straßenaktionen umgesetzt werden kann. Diese können ihrerseits zu einem starken Druck auf die Demokraten führen, damit sie nicht einer verschleppten Abzugsstrategie zustimmen. Die Bewegung kann sich nicht erlauben, diese Gelegenheit zu verschenken, denn der Preis für die Zurückhaltung wird sein, dass **noch mehr** Iraker und Amerikaner sterben, dass sie für einen **sinnlosen Krieg** geopfert werden - ohne dass ein wirkliches Ende in Sicht ist.

<http://www.focusweb.org/americans-want-a-new-direction-but-will-democrats-lead.html>

Übersetzung: SiG-Redaktion

S. auch Walden Bello: Die Herausforderung der republikanischen Rechten an die globale Antikriegsbewegung, 8. 11. 2004 in „Sand im Getriebe“ Nr.39

Thomas Fritz

„Wehrhafter Westen“

Wie ein transatlantisches Partnerschaftsabkommen die unipolare Welt gegen China verteidigen soll

Berlin, November 2006 Die Transatlantiker wittern Morgenluft. Immer zahlreicher werden ihre Vorstöße für einen Zusammenschluss Europas und Nordamerikas. Eine „transatlantische Freihandelszone“ wollen die einen, für einen „Atlantischen Wirtschaftsraum“ plädieren die anderen. Als Klammer diverser Etiketten schält sich das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ heraus. Der US-Kongress, das Europaparlament und die CDU treten bereits dafür ein. Beim euro-amerikanischen Gipfel im kommenden Jahr soll es womöglich auf den Weg gebracht werden.

Dieses Integrationsprojekt geht weit über traditionelle Handelspolitik hinaus. In ihm reflektieren sich neue Bedrohungsszenarien wirtschaftlicher und militärischer Art: der Aufstieg Chinas, eine weltweite Rezession nach einem möglichen Dollarsturz sowie die im Irak-Krieg gereifte Erkenntnis, dass die USA ohne enge Bündnisse kein Garant globaler „Sicherheit“ sind. Nach Ansicht der Transatlantiker müsse ein gestärktes Westbündnis eine neue globale Lastenteilung durchsetzen. Dies betrifft sowohl die Anpassungslasten aus einer Dollarabwertung als auch die militärischen Kosten. Zwei Ziele stehen dabei im Vordergrund: die Abwälzung eines großen Teils der ökonomischen Anpassung auf die Dritte Welt sowie die Aufrüstung in Europa.

Inhalt

1. Freihandelszone oder ‚NATO der Wirtschaft‘?
2. Stichwortgeber: Lobbys mit parlamentarischem Arm
3. Strategische Partnerschaft mit Seitensprung
4. Warum Europa die US-Armee finanziert
5. Crash-Test: harte oder weiche Landung des Dollars?
6. China, geh du voran!
7. Globale Lastenteilung und Krisenexport
8. Militärs im Verteilungskampf
9. Einmischung gefragt

1. Freihandelszone oder ‚NATO der Wirtschaft‘?

In den vergangenen Monaten wurde die deutsche Öffentlichkeit Zeugin einer konzertierten Aktion. Schlag auf Schlag unternahm ein konservatives Netzwerk verschiedene Vorstöße für die Errichtung eines gemeinsamen Marktes zwischen der Europäischen Union und Nordamerika. Als dessen prominentestes Mitglied trat Ende September 2006 Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Plan. Nach einer nicht-öffentlichen Sitzung des EU-Ausschusses des Bundestages sagte sie: „Ich halte die Idee für faszinierend.“¹ Sollte die im Juli dieses Jahres vorläufig ausgesetzte Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO endgültig scheitern, werde sie den Vorschlag einer Freihandelszone zwischen Europa und Amerika vorantreiben.

Wenige Tage zuvor forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des EU-Ausschusses, Matthias Wissmann, in der „Welt“ eine transatlantische Freihandelszone TAFTA (Transatlantic Free Trade Area) nach dem Vorbild des europäischen Binnenmarktes. Diese sei eine Antwort auf die „Herausforderungen der Globalisierung und der aggressiv wachsenden Volkswirtschaften in A-

sien“.² Deutschland solle die TAFTA zum Thema seiner EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr machen. Im Oktober schob Wissmann ein Papier nach, in dem er nunmehr ein „Transatlantisches Partnerschaftsabkommen“ propagierte.³ Dieser Vorschlag fand sich prominent in einem außenpolitischen Beschluss des CDU-Bundesvorstands vom 23. Oktober wieder: „Um die Stärke der Freien Welt im 21. Jahrhundert zu garantieren, schlagen wir ein Transatlantisches Partnerschaftsabkommen vor, das alle wesentlichen politischen Felder umfasst (...)“⁴

Akademische Rückendeckung kam von der Stiftung Wissenschaft und Politik SWP. Angesichts des „günstigen historischen Moments“ forderte der SWP-Forscher Jens van Scherpenberg ein umfassendes „Abkommen über einen integrierten Atlantischen Wirtschaftsraum“. Die Bundesregierung solle das unter deutscher Ratspräsidentschaft im kommenden

Jahr stattfindende EU-US-Gipfeltreffen nutzen, um diese Diskussion anzustoßen. Die Gipfelteilnehmer sollten beschließen, einen ersten Entwurf für ein Integrationsabkommen erarbeiten zu lassen, der beim Folgegipfel als Diskussionsgrundlage dienen könne.⁵ Beifall erhielt Merkel auch vom Bundesverband der deutschen Industrie. BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg teilte mit, sein Verband setze sich schon seit langem für eine transatlantische Wirtschaftsintegration ein: „Mittel- bis langfristiges Ziel sollte ein Abkommen über die Schaffung eines gemeinsamen Marktes sein.“⁶

Kritik erntete Merkels Vorstoß jedoch in der handelspolitischen Ecke. So wettete der ehemalige „Wirtschaftswoche“ Juergen B. Donges: „Diese bilateralen Handelsverträge wirken immer marktabschottend gegenüber Dritten; das zahlen wir dann mit weniger Wohlstand.“⁷ Sie führ-

¹ 'Wirtschaftsbund: Merkel für Freihandelszone mit den USA', Spiegel Online, 30.9.2006.

² Matthias Wissmann, 'TAFTA! Für eine transatlantische Freihandelszone', Die Welt, 24.9.2006.

³ Matthias Wissmann, 'Für eine starke transatlantische Wirtschaftspartnerschaft – die USA und die EU auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt im 21. Jahrhundert'. Berlin, Oktober 2006.

⁴ 'Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen', Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 23. Oktober 2006.

⁵ Jens van Scherpenberg, 'Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums', SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2006, S. 6.

⁶ 'Wirtschaft für neue Freihandelszone', Süddeutsche Zeitung, 22.9.2006.

⁷ 'Gefahr von Handelsblöcken', Interview mit Juergen B. Donges, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.9.2006. Von 2000-2002 war Donges Mitglied des Sachverständigenrats (die sog. 'Wirtschaftsweisen'), der alljährlich seine Gutachten über die wirtschaftliche Lage der BRD vorstellt.

ten überdies zu einer „deutlichen Schwächung der WTO“: „Tafta wäre für das Welthandelssystem ein großer Schritt zurück in Richtung Anarchie“.⁸ Der Handelsexperte des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Rolf Langhammer, sekundierte. Die ausgeschlossenen Länder könnten zu Gegenmaßnahmen greifen, eine „fatale Spirale des Protektionismus“ käme in Gang.⁹ Auch EU-Handelskommissar Peter Mandelson erteilte der Freihandelszone eine klare Absage: „Ich kenne kein EU-Land, das diese Idee unterstützt“, behauptete er. Der Rest der Welt würde mit „Entsetzen“ reagieren, sollten die beiden größten Wirtschaftsblöcke untereinander exklusive Handelsvorteile vereinbaren.¹⁰

Mandelsons Kollegin auf der anderen Seite des Atlantiks sah das jedoch ganz anders. Die US-Handelsbeauftragte Susan Schwab begrüßte den Merkel-Vorschlag. Liberalisierungsinitiativen, ob bilateral, regional oder multilateral, seien stets positiv. Sie glaube daher auch nicht, „dass Merkel in irgendeiner Weise den multilateralen Dialog oder Deutschlands Unterstützung für die Verhandlungen der Doha-Runde unterminiert“.¹¹ Und der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags stellte fest, trotz mancher Einwände „unterstützt die US-Regierung die Bildung einer TAF-TA“.¹²

Schlug man schließlich den „Spiegel“ auf, ließ sich erahnen, dass dieser Vorschlag womöglich weit über trockene Handels-

fragen hinausreicht. In einer Titelgeschichte verkündete der Autor Gabor Steingart, die asiatischen „Angreiferstaaten“, vor allem China und Indien, hätten dem Westen den „Weltkrieg um Wohlstand“ erklärt.¹³ Setze er sich nicht gegen den chinesischen „Termitenstaat“ zur Wehr, werde er selbst zur „raueren Spielweise“ gedrängt.¹⁴ Westliche Werte würden von den Angreifern permanent mit Füßen getreten und kämen per Wettbewerbsdruck auch bei uns unter die Räder: „Will der westliche Firmenchef nicht an jedem Handelstag als Verlierer vom Platz gehen, muss auch er seine Betriebsräte domestizieren, seine Umweltgesetze lockern und die soziale Absicherung stückweise wieder an die Familie oder den Einzelnen zurücküberweisen.“

China, in dessen Wirtschaftsleben Tote „billigend in Kauf genommen“ würden, sei eine „düstere“ Großmacht, „weil wir nicht fühlen, was sie fühlen, nicht wissen, was sie denken, und nicht einmal ahnen, was sie planen“. Steingart hingegen meint zu wissen, dass „das Gegenüber anderen als friedlichen Zielen nachhängt“. Als Antwort propagiert er die transatlantische Freihandelszone, eine „Nato der Wirtschaft“: „Was die Nato im Zeitalter militärischer Bedrohung für den Westen bedeutete, könnte im Angesicht der ökonomischen Herausforderung eine transatlantische Freihandelszone leisten.“ Amerikaner und Europäer müssten wieder enger zusammenrücken: „Die im Kalten Krieg bewährte Waffenbrüderschaft könnte im Weltwirtschaftskrieg fortgesetzt werden“, tönt es martialisch bei Steingart. Seelenverwandtschaft entdeckt er bei seiner Kanzlerin, die der Gedanke eines „wehrhaften Westens“ ebenfalls bewege. In der transatlantischen Freihandelszone erblicke sie einen „Zusammenschluss der Gleichgesinnten“.¹⁵

2. Stichwortgeber: Lobbys mit parlamentarischem Arm

So überzogen das Säbelrasseln des „Spiegel“ auch erscheinen mag, bei Merckels Vorstoß geht es tatsächlich um einen „wehrhaften Westen“ – ökonomisch und militärisch. Die „Transatlantiker“ in Eu-

ropa und in den USA, ihre Politiker, Industrieverbände und Think Tanks wittern derzeit Morgenluft. Das Zerwürfnis zwischen einzelnen EU-Staaten und den USA über den Irak-Krieg scheint überwunden – und darauf wollen sie aufbauen.

Zufrieden diagnostiziert eine Studie der EU-Kommission „einen erneuerten Willen auf beiden Seiten, die Irak-Krise hinter sich zu lassen und zu zeigen, dass es eine genuine Allianz zwischen Europa und Amerika gibt.“ Sie empfiehlt ausgehend von einem „verbindlichen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ eine Vertiefung der transatlantischen Beziehungen. Angesichts der Schaffung eigenständiger militärischer EU-Kapazitäten müssten diese sich auch auf die Sicherheitspolitik erstrecken.¹⁶ Ähnliches fordert das „Center for Strategic and International Studies“ CSIS in Washington. Neben einem gemeinsamen Markt wirbt das CSIS für ein „Euro-Atlantisches Partnerschaftsabkommen“, dem neben EU und USA auch alle NATO-Mitglieder angehören sollen.¹⁷

Die Washingtoner Denkfabrik unterhält enge Beziehungen zu den zwei Lobbyorganisationen Transatlantic Business Dialogue TABD und Transatlantic Policy Network TPN. Aufgrund seiner ungewöhnlichen Zusammensetzung übt vor allem das Transatlantic Policy Network einen enormen Einfluss aus. Ihm gehören nicht nur rund 40 Großunternehmen an, darunter Bertelsmann, Boeing, Coca-Cola, Daimler-Chrysler, Deutsche Bank und Microsoft, sondern auch 123 Abgeordnete des US-Kongresses und des Europaparlaments. Hinzu kommen Think Tanks, Handelskammern und Arbeitgeberverbände. Führende Rollen im TPN spielen zwei deutsche EU-Abgeordnete: die Sozialdemokratin Erika Mann als Vorsitzende des EU-Steuerungskomitees und der Christdemokrat und Bertelsmann-Mitarbeiter Elmar Brok.¹⁸

Im Dezember 2003 veröffentlichte das Transatlantic Policy Network seine Strategie zur euro-amerikanischen Integration. Der zentrale Ansatz des TPN besteht in

⁸ 'Wo der Staat interveniert, zahlen die Leute drauf', Interview mit Juergen B. Donges, WirtschaftsWoche, 41/2006, 13.10.2006.

⁹ 'Fatale Spirale bei transatlantischer Freihandelszone', WirtschaftsWoche 40/2006, 2.10.2006.

¹⁰ 'EU-Handelskommissar lehnt Freihandelszone ab', Manager-Magazin, 3.10.2006. Mandelsons Haltung spiegelt sich auch in der neuen Handelsstrategie der EU-Kommission wieder. Darin betont sie einerseits ihre bleibende Verpflichtung gegenüber der multilateralen Liberalisierung im Rahmen der WTO, benennt aber andererseits eine Reihe von Ländern, mit denen sie bilaterale Freihandelsabkommen abschließen möchte: die ASEAN-Staaten, Südkorea, den Mercosur, Indien, Russland und den Golf-Kooperationsrat. Nordamerika hingegen ist nicht darunter. Siehe: 'Global Europe Competing in the World', European Commission, External Trade, Brüssel 2006.

¹¹ 'US expresses support for transatlantic free trade zone', Financial Times, 21.9.2006.

¹² 'Das Konzept einer transatlantischen Freihandelszone', Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Nr. 49/06, Berlin, 19. Oktober 2006.

¹³ Siehe Gabor Steingart, 'Weltkrieg um Wohlstand', Der Spiegel, Nr. 37, 11.9.2006, S. 44-75. Unter dem gleichen Titel erschien ein Buch des Autors, aus dem Spiegel Online mehrere Ausschnitte veröffentlichte.

¹⁴ Gabor Steingart, 'Westbündnis gegen Asien. Drei Gründe für eine Nato der Wirtschaft', Spiegel Online, 22.9.2006.

¹⁵ Siehe FN 13 und 14.

¹⁶ 'Review of the Framework for Relations between the European Union and the United States', European Commission, Directorate General External Relations, Brüssel 2005.

¹⁷ 'Initiative for a Renewed Transatlantic Partnership', Center for Strategic and International Studies, Washington, 1. August 2006.

¹⁸ Vgl. die TPN-Webseite: www.tponline.org. Laut seiner Erklärung finanzieller Interessen beim Europaparlament bekleidet Elmar Brok den Posten eines 'Senior Vice President Media Development' bei der Bertelsmann AG.

der Verknüpfung von wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kapitalinteressen. Auf wirtschaftlichem Gebiet tritt das TPN für die Vollendung des transatlantischen Marktes bis 2015 ein, wobei die Kooperation sich auch auf internationale Währungs- und Handelspolitik erstrecken soll. Auf militärischem Gebiet hält es vor allem andauernde Investitionen in die europäischen Kapazitäten für erforderlich. Allerdings müssten diese „komplementär“ zu denen der NATO verbessert werden. Ferner sei die globale Einsatzfähigkeit der EU- und NATO-Streitkräfte sowie die wechselseitige Öffnung der Rüstungsmärkte voranzutreiben. Um seinem Wunschzettel zu größerer politischer Durchschlagskraft zu verhelfen, forderte das TPN schließlich das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“.¹⁹

Darauf setzte sich der parlamentarische Arm des Netzwerks in Bewegung. Die Europaabgeordneten Elmar Brok und Erika Mann brachten die TPN-Forderungen teils wortwörtlich in Form zweier Initiativberichte ins Europaparlament ein, das diese im Frühjahr 2006 auch annahm. Während Elmar Broks Bericht²⁰ den politischen und militärischen Teil der TPN-Strategie abdeckt, liefert Erika Manns Eingabe²¹ den komplementären ökonomischen Part. Im schönsten Gleichklang mit der Industrie ruft nun also auch das Europaparlament nach dem Partnerschaftsabkommen. Bis 2015 soll dies zur Realisierung eines „transatlantischen Marktes ohne Schranken“ führen, „mit einem vorgezogenen Zieldatum 2010 für die Finanzdienstleistungs- und Kapitalmärkte“ (Mann-Bericht). Ebenso fordern die Parlamentarier, „die Erhöhung der militärischen Kapazitäten Europas“ und die Öffnung des US-Rüstungs- und Technologiemarktes für europäische Firmen (Brok-Bericht). Stolz vermeldete das TPN schließlich, dass auch das US-Repräsentantenhaus eine ähnliche Resolution verabschiedete.

Die jüngsten deutschen Vorstöße in diese Richtung sind insofern Früchte der erfolg-

reichen Lobbyarbeit des Transatlantic Policy Network. Sein breiter, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik umfassender Ansatz findet sich genauso in dem außenpolitischen Beschluss des CDU-Bundesvorstands. Zu den Feldern, die das angestrebte Partnerschaftsabkommen abzudecken habe, zählen die Christdemokraten einen ständigen transatlantischen Konsultationsmechanismus im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, die enge Kooperation von EU und NATO, die Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsbeziehungen, die Überwindung von Handelshemmnissen und „langfristig die Schaffung eines transatlantischen Marktes“.²²

3. Strategische Partnerschaft mit Seitensprung

Die neuen Initiativen der Transatlantiker sollten allerdings nicht den Blick dafür verstellen, dass die euro-amerikanische Integration bereits munter voranschreitet. Auf ökonomischem Gebiet ist sie besonders weit gediehen. Selbst die bilateralen Konflikte über Flugzeugsbeihilfen, Gentechnik, Steuerwettbewerb, Stahlzölle oder über den Irak-Krieg konnten diesem Prozess nichts anhaben. Erleichtert konstatiert ein Bericht des US-Kongresses, dass „die US-EU-Wirtschaftsbeziehungen sich trotz dieser Streitigkeiten dynamisch entwickeln“.²³ Neben den hohen bilateralen Handelsströmen bildet vor allem der anschwellende wechselseitige Bestand an ausländischen Direktinvestitionen das Herzstück der ökonomischen Interdependenz. Ende 2004 summierte dieser sich auf 1,5 Billionen €. Damit kontrollieren beide Blöcke über 60 Prozent des weltweiten Produktivvermögens. Zwei Drittel der ausländischen Direktinvestitionen europäischer und US-amerikanischer Firmen fließen noch immer auf die jeweils andere Seite des Atlantiks.²⁴

Was bisher allerdings Schiffbruch erlitt, waren Initiativen für eine umfassende transatlantische Freihandelszone, die sich auch auf umstrittenere Bereiche wie die

Agrarpolitik erstreckt. So erwiesen sich bereits in den 90er Jahren kursierende Vorschläge wie die TAFTA oder der Neue Transatlantische Markt als zu ambitioniert und wurden durch pragmatischere Ansätze wie die New Transatlantic Agenda NTA und die Transatlantic Economic Partnership TEP ersetzt. Fortan beschränkten sich beide Seiten vor allem auf die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die aus unterschiedlichen Gesetzen und Normen resultieren.²⁵ Diesem inkrementellen Ansatz bleibt auch die beim EU-US-Gipfel 2004 in Irland beschlossene „Integrations- und Wachstumsinitiative“ verhaftet. Darin verpflichten sich beide Seiten zur Kooperation in Bereichen wie Regulierung, Integration der Finanzmärkte, Sicherheit von Handel und Transport, Schutz geistigen Eigentums sowie bei der Beseitigung von Investitions- und Wettbewerbsschranken.²⁶ Eine institutionelle Unterfütterung, wie sie das Partnerschaftsabkommen liefern würde, fehlt hingegen.

Auf sicherheitspolitischem Gebiet gibt es eine deutliche Konvergenz der Bedrohungsszenarien. Übereinstimmend rücken die Sicherheitsstrategien der Europäischen Union und der USA den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, „gescheiterte“ oder „Schurken“-Staaten ins Zentrum. Auch mögliche Gefährdungen der regelten Rohstoffzufuhr spielen eine wichtige Rolle. Ebenso haben beide Seiten die Wende von der Landesverteidigung zur weltweiten Intervention längst vollzogen.²⁷ Dies schlägt sich auch in der NATO nieder: Deren „out of area“-Einsätze, etwa beim „peacekeeping“ in Afghanistan oder der Ausbildung von Sicherheitskräften im Irak, ziehen ihre schrittweise Erweiterung zu einer globalen Organisation nach sich.²⁸

²⁵ 'EU-US free trade talks ahead?', *Corporate Europe Observatory*, Amsterdam 2004.

²⁶ 'The European Union and the United States Initiative to Enhance Transatlantic Economic Integration and Growth', *Dromoland Summit*, 2004.

²⁷ In der Europäischen Sicherheitsstrategie etwa heißt es: "Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen." Siehe 'Ein sicheres Europa in einer besseren Welt – Europäische Sicherheitsstrategie', Brüssel, 12. Dezember 2003. Vgl. auch die aktualisierte US-Sicherheitsstrategie: 'The National Security Strategy of the United States of America', Washington, März 2006.

²⁸ Ivo Gaalder/James Goldgeier, 'Global NATO', in: *Foreign Affairs*, Volume 85, No. 5, September/Oktober 2006, S. 105-113.

¹⁹ 'A Strategy to Strengthen Transatlantic Partnership', *Transatlantic Policy Network (TPN)*, Washington/Brüssel, 4. Dezember 2003.

²⁰ 'EU-USA Transatlantic Partnership Agreement', *European Parliament Resolution on improving EU-US relations in the framework of a Transatlantic Partnership Agreement*, P6_TA-PROV(2006)0238.

²¹ 'Entwurf eines Berichts über die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen', 1.2.2006, 2005/2082(INI).

²² Siehe FN 4.

²³ 'EU-US Economic Ties: Framework, Scope, and Magnitude', *Congressional Research Service (CRS)*, Report for Congress, 17. Januar 2006.

²⁴ Während Europäer im Jahr 2004 Direktinvestitionen von 702 Milliarden € in den USA hielten, verfügten US-Amerikaner über einen Bestand von 802 Milliarden € in Europa. Vgl. 'Bilateral Trade Relations with the US', *European Commission, Directorate General for Trade*, August 2006.

Allerdings sorgt die forcierte Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP auch für Konflikte. Misstrauisch beobachten die USA, dass die EU unabhängig von der NATO – und damit von den Vereinigten Staaten – global einsatzfähig wird. Verschiedene europäische Entscheidungen markieren diesen Trend: der Aufbau einer 60.000 Mann starken schnellen Eingreiftruppe mitsamt 18 kleinerer Eliteeinheiten (die sogenannten „Battle Groups“), die Gründung der Europäischen Rüstungsagentur und nicht zuletzt die Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie. Der vorläufig gescheiterte Europäische Verfassungsvertrag hätte diesen Trend u.a. über eine faktische Aufrüstungsverpflichtung weiter verstärkt.²⁹

Die europäische Aufrüstung liegt dabei im Interesse verschiedener politischer Flügel in der EU. Während in erster Linie Frankreich den „Vasallenstatus“ gegenüber den USA durch einen militärischen Gegenblock mit autonomen Kommandostrukturen überwinden will, meinen auch manche Linksliberale, nur europäische Militärkraft könne die USA auf einen friedlicheren Pfad führen. Ebenso betrachten Transatlantiker, die einen „wehrhaften Westen“ durch enge Anbindung an die USA wollen, die Militarisierung der EU als probates Druckmittel, um den Nordamerikanern die nötige Kooperationsbereitschaft abzutrotzen.³⁰

Unabhängig von den divergierenden Interessen, die sich mit der europäischen Aufrüstung verbinden, sind größere EU-Militäreinsätze ohne NATO-Unterstützung vorerst nicht möglich. Daher bleibt die transatlantische Kooperation für die EU-Strategen bis auf Weiteres unverzichtbar. „Die transatlantischen Beziehungen sind unersetzlich“, folgert die Europäische Sicherheitsstrategie und behauptet: „In gemeinsamem Handeln können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine mächtige Kraft zum Wohl der Welt sein.“ Das Ziel einer wirkungsvollen, ausgewogenen Partnerschaft mit den USA sei ein Grund, „warum die EU ihre Fähigkeiten weiter aus-

bauen und ihre Kohärenz verstärken muss.“³¹

Die konkrete Ausgestaltung dieser strategischen Partnerschaft regeln spezielle EU-NATO-Übereinkommen, insbesondere die „Berlin Plus“-Vereinbarung vom März 2003. Dieser Deal ermöglicht es der EU, eigenständige Militäreinsätze unter Zugriff auf NATO-Kapazitäten durchzuführen. Als bisheriger Höhepunkt der EU-NATO-Kooperation gilt der EU-Einsatz „Althea“ in Bosnien und Herzegowina. Mit der Kommandoübergabe von der SFOR- auf die EUFOR-Truppe im Dezember 2004 begann der bisher umfangreichste EU-geführte Militäreinsatz in enger, teils auch konfliktiver Zusammenarbeit mit der NATO.³²

4. Warum Europa die US-Armee finanziert

Auch wenn die transatlantischen Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht bereits recht eng sind und auf militärischem Gebiet an die NATO gekoppelt bleiben, nähren neue Problemwahrnehmungen die aktuellen Vorstöße für eine Vertiefung der euro-amerikanischen Integration. Eine wichtige Rolle spielt Chinas wirtschaftliches Wachstum. Die Machtverschiebung in Asien weckt auch in den USA das Interesse an einem erneuerten Westbündnis.

Im Rahmen des „Princeton Project on National Security“ entwarf ein Kreis einflussreicher Experten der Außen- und Sicherheitspolitik – darunter Francis Fukujama, John Ikenberry und Robert Kagan – eine Langfrist-Strategie für die USA.³³ Als zentrale „politische Herausforderung mit einer militärischen Dimension“ betrachten sie den Aufstieg Chinas, der wegen der Fixierung auf den Mittleren Osten sträflich vernachlässigt worden sei. Zwar könne nicht prognostiziert werden, ob dieser Aufstieg die Vormachtstellung der USA bedrohe und zu Konflikten führe, „weil Chinas Absichten unbekannt sind.“ Gegen diese Möglichkeit aber gelte es sich abzusichern. Aus den ungeahnten Schwierigkeiten, denen die US-Besatzer im Irak gegenüberstehen, ziehen die Autoren folgende Lehre: „Die USA können

ihre globale Führung nicht auf ‚Koalitionen der Willigen‘ stützen. Vielmehr brauchen sie formale, institutionalisierte Partnerschaften, die Ressourcen bündeln, Lasten teilen und aktive Machtausübung legitimieren.“ Der Schlüssel zur Bewältigung künftiger Herausforderungen liege in der „Wiederbelebung der westlichen Ordnung“.

Aus diesem Grund empfiehlt das „Princeton Project“ den Vereinigten Staaten, eine „neue große Übereinkunft mit Westeuropa“ („a new grand bargain“). Kern dieser Übereinkunft wäre eine reformierte NATO, befreit von lästigen Vetomöglichkeiten kleinerer Mitgliedstaaten. In strategischen Fragen müssten die Nordamerikaner den Europäern Mitentscheidungsrechte einräumen, während diese sich zu einem substanziellen Beitrag verpflichten: „höhere Verteidigungsausgaben und eine Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt“. Ein US-geführter vereinter Westen biete die besten Aussichten, den Mittleren Osten zu befrieden, „Schurkenstaaten“ einzudämmen, den Terrorismus zu bekämpfen und China davon zu überzeugen, der westlichen Ordnung „beizutreten statt sie zu stürzen“.

Die wesentliche Erkenntnis dieser liberalen Imperialisten besteht darin, dass die Vereinigten Staaten zur Verteidigung der westlichen Ordnung mehr denn je auf eine verlässliche, institutionell abgesicherte Lastenteilung mit Europa und anderen Demokratien angewiesen sind. Allein ist ihnen dieser Job immer weniger möglich – auch aus ökonomischen Gründen.

Seit Anfang der 1980er Jahre verwandelten sich die USA vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt. Die weltweiten Kapitalexporte flossen zu immer höheren Anteilen in die USA. Dieser Prozess setzt sich bis heute fort: Empfangen die Vereinigten Staaten 1992 noch 25 Prozent der globalen Kapitalexporte, steigerte sich diese Rate 1995 auf 40 Prozent und 2005 auf 70 Prozent.³⁴ Vor allem Kapital aus Westeuropa und Asien fließt in US-amerikanische Geldanlagen. Investoren aus der Eurozone halten US-Titel im Wert von 3 Billionen Dollar, asiatische Investoren (hauptsächlich aus Japan und China) kommen auf 2,5 Billio-

²⁹ In Teil I, Artikel 40, Absatz 3 des Entwurfs des Verfassungsvertrags heißt es: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten regelmäßig zu verbessern“.

³⁰ Vgl. Jürgen Wagner, „Partner oder Gegner? Die Militarisierung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen“, Informationsstelle Militarisierung, IMI-Studie 2004/01, Tübingen.

³¹ Siehe FN 27.

³² Vgl. Frank Kupferschmidt, „Strategische Partnerschaft in der Bewährung. Die Zusammenarbeit von NATO und EU bei der Operation Althea“, SWP-Studie, Berlin, April 2006.

³³ Francis Fukujama/G. John Ikenberry, „Report of the Working Group on Grand Strategic Choices“, The Princeton Project on National Security, September 2005.

³⁴ Katharina Pflück/Catherine Mann, „The United States as Net Debtor: How much longer the Exorbitant Privilege?“, Papier für das Transatlantische Kolloquium „Between Underperformance and Overstretch“, Institute for International Economics, Washington, 26.-27. Januar 2006.

nen Dollar.³⁵ Den USA wiederum erlauben die ausländischen Zuflüsse hohe private und öffentliche Konsumausgaben, trotz negativer Sparquoten von Haushalten und Staat. Während das US-Budgetdefizit in diesem Jahr auf geschätzte 370 Milliarden Dollar klettert, liehen sich die USA im Jahr 2005 netto rund 805 Milliarden Dollar vom Rest der Welt; ihr Leistungsbilanzdefizit entspricht 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Somit subventionieren Europa und Asien mit ihren Krediten zwangsläufig die Politik der Bush-Regierung: Steuergeschenke an die Reichen und den gewaltigen Militäretat. Letzterer beläuft sich in diesem Jahr auf 441 Milliarden Dollar.

Obwohl also Europa, Japan und manche Schwellenländer den US-Verteidigungshaushalt über Jahre auffüllten, erhielten sie keinerlei Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik. Im Gegenteil: Diese wurde seit den 80er Jahren immer unilateraler. In gewisser Weise handelt es sich bei der US-Armee um eine von den Europäern mitfinanzierte, aber nicht kontrollierte Söldnertruppe. Zwar stimmten Europäer mit deren Einsätzen des Öfteren nicht überein, ihre Kredite an die USA blieben davon aber unberührt. Dies gilt auch für alle anderen Gläubiger, einschließlich China. Dessen Zentralbank zog mittlerweile an der japanischen vorbei und hortete die weltgrößten Devisenreserven im Wert von rund einer Billion Dollar.³⁶ Auf die Frage, warum also Europa und andere Gläubiger Amerikas Militäreinsätze finanzieren, antwortet der US-Sicherheitsberater Henry R. Nau, dass sie „enorm von der US-Politik profitieren“. Es gebe eine Übereinkunft unter den fortgeschrittenen Ländern, die bisher niemand ernstlich infragestelle: „Die USA sorgen für Sicherheit und Wachstum; Europa und andere Überschussländer zahlen für diese Dienste, indem sie ihre Ersparnisse in den Vereinigten Staaten anlegen.“³⁷

³⁵ Alan Ahearne/Jürgen von Hagen, 'Global Current Account Imbalances: How to Manage the Risk for Europe', Bruegel Policy Brief, Issue 2005/02, Brüssel, Dezember 2005.

³⁶ 'China forex reserves hit \$1 trillion', Reuters, 6. November 2006.

³⁷ Henry R. Nau, 'The Political Reason for Global Economic Imbalances: Why Europe Finances American Military Activities Abroad and Economic Consumption at Home', Papier für das Transatlantische Kolloquium 'Between Underperformance and Overstretch', Institute for International Economics, Washington, 26.-27. Januar 2006.

Auch wenn nicht erkennbar ist, dass die aktuelle amerikanische Politik für Sicherheit sorgt, profitieren ihre Gläubiger tatsächlich. Denn die Kapitalzuflüsse ermöglichten den USA einen hohen Importüberschuss und stimulierten damit das exportgetriebene Wachstum in aller Welt. Mit ihren Krediten streichen Europäer, Japaner und Chinesen nicht nur Zinseinnahmen ein, sondern sichern zugleich den Absatz ihrer Exporte auf dem nordamerikanischen Markt. Nicht nur Zentralbanken investieren dabei in Dollars, sondern vor allem private Anleger. Trotz der seit Jahren niedrigen US-Zinsen schätzen sie die Vorzüge des sicheren und hoch entwickelten amerikanischen Finanzmarkts.

5. Crash-Test: harte oder weiche Landung des Dollars?

Dieser implizite Deal zwischen Europa und den USA droht nun aber zu platzen. Ökonomen debattieren leidenschaftlich, wie lange die globalen Ungleichgewichte noch anhalten können. Eine weitere Erhöhung der US-Außenschuld halten die meisten für untragbar. Dennoch droht das Leistungsbilanzdefizit weiter zu steigen, von 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in 2005 auf möglicherweise 8 Prozent in diesem Jahr. Als dauerhaft tragfähig betrachten Ökonomen jedoch ein maximales Defizit von 3 Prozent. Ihr Szenario einer „harten Landung“ des Dollars bedeutet weltweite Rezession: Die steigende Verschuldung nährt bei ausländischen Investoren den Verdacht, dass der Dollar überbewertet sei. In Erwartung einer Abwertung und folgender Wechselkursverluste könnten sie ihr Kapital massenhaft abziehen, was die Währung rapide absacken ließe. Um gegenzusteuern, müsste die US-Zentralbank Federal Reserve die Zinsen drastisch erhöhen – und damit die Binnenwirtschaft strangulieren. Die Verteuerung langfristiger Kredite würde zum Einbruch von Investitionen und Aktienkursen führen. Hohe Zinsen und die US-Krise könnten sich zu einer weltweiten Rezession auswachsen. Wie viele Kollegen seiner Zunft meint auch der US-Ökonom William Cline, dass die Chancen der harten Landung „mit dem Defizit steigen“.³⁸

Damit es stattdessen zu einer weichen Landung kommt, müsste der Dollar kontrolliert gegenüber anderen Währungen abwerten. Dadurch würden US-Exporte

³⁸ William Cline, 'The Case for a New Plaza Agreement', Institute for International Economics, Policy Briefs in International Economics, Number PB05-4, Washington, Dezember 2005.

billiger und Importe teurer, sodass das Leistungsbilanzdefizit langsam abgebaut werden könnte. Schätzungen für die hierfür nötige Dollarabwertung liegen zwischen 20 und 40 Prozent. Entsprechend müssten andere Währungen aufwerten. Das aber schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft in den betroffenen Ländern. Die kritische Frage ist also: Wie verteilt sich diese unabwendbare Anpassungslast? Edwin M. Truman vom Washingtoner Institute for International Economics entwickelte dafür verschiedene Szenarien. Danach erfordert eine 20-prozentige Dollarabwertung eine durchschnittliche Aufwertung anderer Währungen um 25 Prozent. Ziehen asiatische Schwellenländer wie China oder Indien aber nicht mit, könnte ein Großteil der Anpassungslast auf den Euro entfallen, dessen Kurs um 68 Prozent steigen müsste. Finden die Aufwertungen jedoch hauptsächlich in Asien statt, bräuchte der Euro womöglich nur um 1 Prozent steigen.³⁹

Ein besonderer Dorn im Auge orthodoxer Ökonomen sind dabei all jene Länder, die ihre Währung nicht frei schwanken lassen, sondern mehr oder minder eng an den Dollar koppeln, so China, Indien, Taiwan, Malaysia und Hongkong. Aber auch Japan kaufte noch bis vor kurzem eifrig Dollars, um die Aufwertung des Yen zu verhindern und seinen Leistungsbilanzüberschuss zu verteidigen. China allerdings steht bei den Amerikanern im Zentrum der Kritik. Aufgrund seines Handelsüberschusses gegenüber den USA – 160 Milliarden Dollar in 2005 – fordern sie eine kräftige Aufwertung des Yuan, den sie als stark unterbewertet betrachten. Zudem beklagen sie die Auswirkungen auf die asiatischen Nachbarn. Aus Furcht, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China einzubüßen, würden auch sie sich weigern, ihre Währungen aufzuwerten.⁴⁰ Sinkt der Dollar aber massiv und bleiben wichtige asiatische Währungen an ihn gekoppelt, müsste hauptsächlich der Euro die Anpassungslast tragen und aufwerten – eine schlechte Nachricht für die Euro-land-Exporteure, allen voran „Exportweltmeister“ Deutschland.

³⁹ Edwin M. Truman, 'Postponing Global Adjustment: An Analysis of the Pending Adjustment of Global Imbalances', Institute for International Economics, Working Paper, Number WP05-6, Washington, Juli 2005.

⁴⁰ Vgl. C. Fred Bergsten, 'Clash of the Titans', Newsweek, International Edition, 24. April 2006. Mitte 2005 wechselte China zu einem Währungskorb, der jedoch nur zu einer minimalen Aufwertung von 2 Prozent führte.

Schon bei einer gleichmäßigen Lastenteilung zwischen China, Japan, Europa und anderen Handelsüberschussländern (vor allem Ölexporteur) könnte es ungemütlich werden. Die Forscher des Brüsseler Think Tanks Bruegel, Alan Ahearne und Jürgen von Hagen, machen folgende Rechnung auf: Um das Handelsdefizit der USA auszugleichen, müssen die bilateralen Überschüsse ihrer Handelspartner um 700 Milliarden Dollar sinken. Bei einer gleichen Lastenteilung zwischen Asien, Europa und anderen Ländern würden die europäischen Nettoexporte um 233 Milliarden Dollar schrumpfen. Dies entspräche 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU-15. Drei Millionen Arbeitsplätze in den handelsnahen Branchen gingen verloren und die durchschnittliche Erwerbslosenquote stiege von 7,5 auf 9 Prozent.⁴¹

In dem Maße, in dem der Dollarkurs sinkt, vermindert sich überdies der Wert aller auf Dollar lautenden Finanzanlagen. Wertet die US-Währung um 30 Prozent ab, schmilzt ebenso der Wert des 3 Billionen Dollar betragenden Vermögens, das Europäer in US-Anlagen investierten. Diese Kapitalvernichtung könnte negativ auf die künftigen Investitionen durchschlagen. Legt man zudem die Annahmen der Europäischen Zentralbank zugrunde, verdunkelt sich der Horizont weiter. Die EZB schätzt, dass eine 5-prozentige Aufwertung des Euro zu einer Wachstumseinbuße von 0,7 Prozent in der Eurozone führt. Bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 2 Prozent könnte also schon eine 15-prozentige Euro-Aufwertung Europa in die Rezession stürzen.⁴²

6. China, geh du voran!

Angesichts dieser für EU und USA gleichermaßen unerquicklichen Szenarien nehmen die Rufe nach transatlantischer Kooperation auch in der Währungspolitik zu. So fordert das „Center for Strategic and International Studies“ ein koordiniertes Vorgehen beider Mächte, um eine „schnelle Aufwertung der chinesischen und anderer asiatischer Währungen“ zu erreichen. Adam S. Posen vom Institute for International Economics setzt dafür besonders auf die Merkel-Regierung: „Wenn die Vereinigten Staaten weiterhin allein gegen China in der Währungsfrage

⁴¹ Alan Ahearne/Jürgen von Hagen, FN 35.

⁴² Angaben nach Bruce Stokes, 'The Stresses of Deep Integration: The Transatlantic Relationship's New Economic and Political Challenges', American Institute for Contemporary German Studies, Policy Report 23, Washington 2006.

vorgehen, ist es unwahrscheinlich, dass die chinesische Regierung die Yuan-Bindung signifikant verändert. In dem Fall wird jeder Dollarsturz primär vom Euro aufgefangen werden müssen, während die protektionistischen Neigungen in den USA weiter zunehmen. Die Vereinigten Staaten und Deutschland haben ein gemeinsames Interesse, dies zu vermeiden.“⁴³

Damit verweist Posen zugleich auf den „spill over“ des amerikanisch-chinesischen Währungsstreits auf das transatlantische Verhältnis. Greifen die USA häufiger zu Handelssanktionen gegen chinesische Güter werden diese nach Europa umgelenkt und vergrößern hier das Handelsdefizit mit China (106 Milliarden € im Jahr 2005). Gegen diese Handelsumlenkung beklagte sich die EU bereits in den vergangenen Jahren. So verhängten die USA zwischen 1995 und 2005 in 19 Fällen Anti-Dumping-Zölle gegen chinesische Exporte, die EU hingegen in 5 Fällen. Wenig verwunderlich also, wenn Transatlantiker als Komplement einer abgestimmten Währungspolitik gegenüber China koordinierte euro-amerikanische Handelssanktionen fordern. Vereint könnten beide Blöcke enormen Druck ausüben: Die USA nehmen 27 Prozent, die EU 20 Prozent der chinesischen Güter ab. Mittels abgestimmter Erhebung von Strafzöllen ließe sich das exportabhängige China empfindlich treffen.⁴⁴

Das US-Interesse an einer Stärkung der transatlantischen Bande steigt zudem durch die Sicherheitsrelevanz mancher Handelsfragen. Dies wurde überaus deutlich, als der Europäische Rat im Dezember 2004 ankündigte, das Waffenembargo gegen China aufheben zu wollen. Dies löste einen solchen Proteststurm auf Seiten der amerikanischen Regierung aus, dass die EU bisher keine Entscheidung traf.⁴⁵ Allerdings drängt die Kommission in ihrer neuen China-Strategie darauf, weiter auf eine Aufhebung des Embargos hinzuwirken.⁴⁶ Ähnliche Verärgerung

⁴³ Adam S. Posen, 'The United States Needs German Economic Leadership', Institute for International Economics, Policy Briefs in International Economics, Number PB06-1, Washington, Januar 2006.

⁴⁴ Vgl. Bruce Stokes, FN 42.

⁴⁵ 'Review of the Framework for Relations between the European Union and the United States', European Commission, Directorate General External Relations, Brüssel 2005, S. 14f.

⁴⁶ 'EU-China: Closer partners, growing responsibilities', Communication from the

löste die Beteiligung Chinas an dem europäischen Satellitennavigationssystem Galileo aus. Dieses ermöglicht sowohl zivile als auch militärische Nutzung. Mithin erhoffen sich US-Zirkel von einer transatlantischen Integration auch eine Verschiebung der europäischen Wahrnehmung Chinas – weg vom „strategischen Partner“, hin zu einer potenziellen militärischen Bedrohung.

7. Globale Lastenteilung und Krisenexport

Hinter den aktuellen Vorstößen für eine wehrhaftes Westbündnis stehen also neue Bedrohungsszenarien sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Art. Aus Perspektive der Transatlantiker bedarf es zur dauerhaften Verteidigung der US-geführten Weltordnung einer neuen globalen Lastenteilung. Ohne institutionalisierte Partnerschaften westlicher Demokratien werde es ungleich schwerer, das „globale öffentliche Gut“ der Sicherheit zu garantieren und einen wirtschaftlichen Absturz zu verhindern. Beide Dimensionen hängen eng zusammen: Eine „harte Landung“ des Dollars mitsamt globaler Rezession könnte auch das Militär unter Sparzwang setzen. Was aber wären die Folgen vertiefter Integration und Kooperation der beiden Weltmächte EU und USA?

Die angestrebte Kooperation zur Vermeidung des globalen Crashes zielt wesentlich darauf ab, die Anpassungslasten so weit wie möglich auf die Dritte Welt und Lohnabhängige abzuwälzen. Ein Dollarsturz ließe sich auch durch kontrollierte Aufwertung des Euro (und des japanischen Yen) dämpfen. Höhere Importe und stärkere Binnennachfrage der Eurozone würden helfen, einen partiellen Ausfall des globalen Wachstumsmotors USA auszugleichen. Dies gilt vor allem für den weltgrößten Exporteur Deutschland. Jedoch sind gerade die deutschen Merkantilisten nicht bereit, durch eine binnenorientierte Politik zum weltweiten Ausgleich beizutragen. Stattdessen versuchen sie im Schulterschluss mit den USA, die Anpassungslast in der Peripherie abzuladen, vor allem in China. Die euro-amerikanische Front wollen sie nicht nur bilateral, sondern auch multilateral schließen.

Eines ihrer Instrumente ist der Internationale Währungsfonds IWF. In den Beschlüssen der diesjährigen IWF-Tagungen spiegelt sich diese Strategie bereits wider: Während die „Überschussländer im auf-

Commission to the Council and the European Parliament, Brüssel 2006.

strebenden Asien“ aufgefordert werden, „größere Wechselkursflexibilität“ zuzulassen, findet sich kein diesbezügliches Wort zum „Exportweltmeister“ Deutschland oder zur Eurozone.⁴⁷ Scheinheilig schiebt auch der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück die Verantwortung nach Asien ab: „Chinesische Führerschaft“ bei der notwendigen Wechselkursanpassung sei „ein wertvoller Beitrag zum Ausgleich globaler Ungleichgewichte“.⁴⁸

Während Deutschland die globalen Ungleichgewichte erhöht, trägt China immer stärker zur deren Ausgleich bei. Seit Anfang der 90er Jahre steigen Binnennachfrage und Importe der Volksrepublik kräftig an. Während in der verheerenden Asienkrise 1997/98 mehrere Länder der Region ihre Währung drastisch abwerteten, blieb Chinas Wechselkurs stabil. Mittlerweile verzeichnet das Land nicht nur bilaterale Handelsdefizite mit vielen seiner asiatischen Nachbarn, sondern auch mit Rohstoffexporteuren anderer Regionen. Damit trägt die chinesische Nachfrage zum Wachstum in der Dritten Welt bei.

Viele Länder, die in den letzten Jahren schwere Währungskrisen durchlitten, wechselten zu einer ähnlichen Politik wie China: Stabilisierung einer leicht unterbewerteten, an den Dollar gekoppelten Währung, Erwirtschaftung von Handelsüberschüssen und Akkumulierung hoher Devisenreserven. Dies ist eine klare Abkehr von der neoliberalen Dogmatik, die unbeirrt Freigabe des Kapitalverkehrs und der Wechselkurse predigt. Es ist zudem einer der wenigen Auswege, die das deregulierte Weltwirtschaftssystem seiner Peripherie überhaupt lässt.⁴⁹

Allerdings: Diese Strategie hängt auf Gedeih und Verderb davon ab, dass irgendwann die Dritte-Welt-Exporte aufsaugt. Das waren bisher in erster Linie die

USA. Fallen sie aus und tritt niemand an ihre Stelle, ist diese prekäre Stabilisierung bedroht. Angesichts der hohen Überschüsse der Industrienationen Deutschland und Japan fordert die UN-Handels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD, dass die Beseitigung der globalen Ungleichgewichte „hauptsächlich auf ihre Kosten stattfinden sollte“ und nicht „durch Druck auf Entwicklungsländer“.⁵⁰ Sie macht zudem auf den Preis der deutschen Exportweltmeister-Strategie aufmerksam: Diese stütze sich wesentlich auf „eine Begrenzung des Anstiegs der Lohnstückkosten“, mithin auf Reallohnverluste. Das deutsche Exportmodell durch einen transatlantischen Schulterchluss zu verteidigen, behindert folglich einen sozialen Ausgleich im In- und Ausland.

Nach Vorstellungen der Transatlantiker soll sich die euro-amerikanische Koordination noch auf weitere multilaterale Institutionen erstrecken, zum Beispiel auf die Welthandelsorganisation. Die Einwände mancher Freihändler, „ein integrierter Atlantischer Wirtschaftsraum würde das multilaterale System der WTO beschädigen“, hält SWP-Mann Scherpenberg für „wenig plausibel“. Bereits die europäische Integration habe sich positiv auf den Multilateralismus ausgewirkt: Um keine Marktanteile in der EU zu verlieren, drängten seinerzeit auch die USA auf den Abschluss der Uruguay-Runde des GATT, die 1995 zur WTO-Gründung führte. „Dasselbe könnte auch für einen institutionell integrierten Atlantischen Wirtschaftsraum gelten“, so Scherpenberg.⁵¹

Die Präferenzvorteile, die EU und USA einander gewähren, ließen sich als Druckmittel gegenüber den übrigen WTO-Mitgliedern einsetzen: „Denn damit wäre das Angebot verbunden, auf den eigenen Präferenzvorteil aus der atlantischen Integration partiell zu verzichten.“⁵² Auf diese Weise könnte eine geschlossene nordatlantische Front auch in der WTO dafür sorgen, einen Dollarsturz durch forcierte Marktöffnung im Süden aufzufangen. Die Anpassungskrise würde

– wie so oft – an den Rändern des Weltsystems zum Ausbruch gebracht.⁵³

8. Militärs im Verteilungskampf

Wohin aber können sich all die Anleger wenden, die ihr Vermögen vor der Entwertung durch einen schwächelnden Dollar retten wollen? Hier ist vornehmlich Europa gefordert. Damit die aus den USA abgezogenen Gelder im Westen verbleiben, ist der hiesige Finanzmarkt als rettender Hafen auszubauen. Er muss vertieft, verbreitert und ausgeschachtet werden. Der hoch entwickelte britische Finanzmarkt dient als leuchtendes Beispiel, dem auch der Kontinent folgen soll. Dafür aber sind lukrative Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Unternehmen müssen sich weniger über den Bankkredit und mehr über die Börse finanzieren. Renten- und Krankenversicherung sind nicht mehr vom Staat, sondern von Investmentfonds zu betreiben. Öffentliche Infrastrukturen – Sparkassen, Stadtwerke, Universitäten und Krankenhäuser – sind in Senken für das anlagesuchende Überschusskapital zu verwandeln, das heißt Stück für Stück zu privatisieren. Um den Ausbau des Anleger-Hafens zu forcieren, setzt das vom Europaparlament geforderte „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ ein vorgezogenes Zieldatum 2010 für die schrankenlose Integration der euro-amerikanischen Kapitalmärkte.⁵⁴

Denn diese Gelder werden auch aus anderem Grund dringend gebraucht. Entledigen sich die USA im Zuge der neuen Lastenteilung eines Teils ihrer Militärausgaben, müsse jemand anderes einspringen, meint Sicherheitsberater Nau.⁵⁵ Das europäische Establishment zumindest ist hierzu bereit: Dies bezeugen die faktische Aufrüstungsverpflichtung des Verfassungsvertrags oder das Drängen des Europaparlaments auf „Erhöhung der militärischen Kapazitäten Europas“.⁵⁶ Internationale Anlagengelder kämen wie gerufen. Sie könnten die Verteilungskonflikte entschärfen, die die Europäische Rüs-

⁴⁷ Siehe: *Communiqué of the International Monetary and Financial Committee of the Board of Governors of the International Monetary Fund*, 22. April 2006. Diese Forderung findet sich auch im 'Communiqué' vom 17. September 2006.

⁴⁸ *Statement von Peer Steinbrück, International Monetary and Financial Committee, Thirteenth Meeting*, 22. April 2006.

⁴⁹ Wohlgermerkt: Die exportgetriebene Stabilisierung peripherer Ökonomien hat ihren Preis. Sie ist bestenfalls das kleinere Übel. Sie geht häufig auf Kosten der Binnenwirtschaft, verschärft schwelende Landkonflikte, befördert die subalterne Einbindung in globale Wertschöpfungsketten und ist oft durch Sozial- und Umweltdumping erkaufte. Diese Strategie ist Ausdruck eines Dilemmas, das ohne ein anderes Weltwirtschaftssystem unlösbar bleibt.

⁵⁰ UNCTAD, 'Trade and Development Report 2006', United Nations Conference on Trade and Development, New York/Genf 2006, S. 11.

⁵¹ Jens van Scherpenberg, 'Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums', SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2006.

⁵² FN 51.

⁵³ Eine wichtige Funktion des internationalen Institutionensystems besteht darin, die wiederkehrenden Entwertungskrisen möglichst in der Peripherie zum Ausbruch zu bringen und regional zu begrenzen. Ausführlicher dazu: Thomas Fritz, 'Globale Produktion, Polarisierung und Protest', in: Thomas Fritz/Cícero Gontijo/Christian Russau, 'Produktion der Abhängigkeit: Wertschöpfungsketten. Investitionen. Patente', FDCL, Berlin, Oktober 2005, S. 7-52.

⁵⁴ Siehe Bericht von Erika Mann, FN 21.

⁵⁵ Siehe FN 37.

⁵⁶ Siehe FN 20.

tungsagentur fürchtet. In ihrer jüngst veröffentlichten Abschätzung des künftigen Kapazitätsbedarfs sorgt sie sich um die Überalterung Europas. Die Schmelze nicht nur den rekrutierbaren Pool Wehrfähiger ab, sondern treibe auch die Gesundheits- und Pensionskosten in die Höhe. Der schrumpfende Anteil der Erwerbstätigen mindere überdies die Steuereinnahmen. Um zu zeigen, dass das Geld trotz knapper Kassen dennoch im Militär gut angelegt ist, liefert die Rüstungsagentur die Bedrohungsszenarien gleich mit: verschärfter Migrationsdruck in Europas Hinterhöfen in Afrika sowie Ressourcenkonflikte mit dem energiehungrigen China.⁵⁷

Das Partnerschaftsabkommen würde nicht nur zur finanziellen Absicherung europäischer Aufrüstung beitragen, sondern auch zur engeren Kopplung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die NATO. Nicht umsonst fordert das Transatlantic Policy Network einen Ausbau europäischer Kapazitäten „komplementär“ zu denen der NATO.⁵⁸ Ebenso warnt der Vorschlag des CDU-Bundesvorstands vor dem Versuch, „Europa als Gegengewicht zu den USA zu etablieren“. Dieser müsse scheitern, „weil er zur Spaltung Europas führt.“⁵⁹ Dem widerspricht allerdings nicht, Europas militärisches Gewicht zu erhöhen und damit Druck auf die USA auszuüben. Ganz im Gegenteil wird die europäische Aufrüstung als Voraussetzung einer vertieften nordatlantischen Integration betrachtet. Daher heißt es in dem kürzlich von der Bundesregierung verabschiedeten Bundeswehr-Weißbuch: „Nur Nationen mit einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie haben ein entsprechendes Gewicht bei Bündnisentscheidungen.“⁶⁰

Im Ergebnis stünde die Dritte Welt einem noch geschlosseneren nordatlantischen Militärblock gegenüber. Den infolge eines Dollarsturzes möglicherweise sinkenden US-Verteidigungsetat würde die Europäische Union ausgleichen. Auf die hohe Konvergenz der Bedrohungsszenarien und die gemeinsamen „out of area“-Einsätze könnte die engere Koordination auf multilateraler Ebene folgen. Hierzu

⁵⁷ 'An Initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs', European Defence Agency (EDA), 3. Oktober 2006.

⁵⁸ Siehe FN 19.

⁵⁹ Siehe FN 4.

⁶⁰ 'Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr', Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, Oktober 2006, S. 74.

gehören gemeinsame Vorstöße im Rahmen der Vereinten Nationen zur Erweiterung des Spektrums völkerrechtlich legitimer Gewaltanwendung.

Das Bundeswehr-Weißbuch etwa verweist auf die „völkerrechtliche Lehre der ‚Responsibility to Protect‘“, die sich westliche Staaten nach dem Kosovo-Krieg zu Eigen machten. Zwar seien die Verfechter einer Erweiterung der Einsatzgründe noch in der Minderheit, langfristig aber werde diese Lehre „Auswirkungen auf die Mandatierung internationaler Friedensmissionen durch den Sicherheitsrat“ haben.⁶¹ Konzertierte nordatlantische Initiativen könnten also zur Redefinition des internationalen Rechts führen. Künftige euro-amerikanische Waffengänge – egal aus welchen Gründen sie angezettelt werden – sollen stets mit völkerrechtlicher Legitimation rechnen können.

9. Einmischung ge fragt

Die aktuellen Vorstöße zur transatlantischen Integration gehen weit über traditionelle handelspolitische Fragen hinaus. In ihnen reflektieren sich neue Bedrohungsszenarien wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Art: der Aufstieg Chinas, die drohende globale Rezession nach einem abrupten Dollarsturz sowie die im Irak-Krieg gereifte Erkenntnis, dass die USA ohne institutionalisierte Bündnisse kein Garant globaler „Sicherheit“ sind. Für die Verteidigung der US-geführten Weltordnung suchen euro-amerikanische Strategen daher das Heil in einer vertieften Integration. Als Klammer für eine Vielzahl diesbezüglicher Vorschläge schält sich immer mehr das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ heraus. Dieses umfasst nicht nur bilaterale wirtschafts- und sicherheitspolitische Fragen, sondern auch eine Koordination auf multilateraler Ebene.

Einem gestärkten „wehrhaften Westen“ käme es vor allem zu, eine neue globale Lastenteilung durchzusetzen. Dies betrifft sowohl die Anpassungslasten aus einer Dollarabwertung als auch die militärischen Kosten. Zwei Zele stehen dabei im Vordergrund: die Abwälzung eines großen Teils der ökonomischen Anpassung auf die Dritte Welt sowie die Aufrüstung in Europa. Dazu bedarf es einerseits der Währungsaufwertung und Marktöffnung in exportstarken Entwicklungsländern,

⁶¹ Weißbuch 2006, S. 51f., FN 59. Zur Kritik siehe: 'Das Weißbuch der Bundeswehr: 'Highlights' des Kabinettsentwurfs', Informationsstelle Militarisierung, IMI-Analyse 2006/025.

andererseits einer Kanalisierung des wöglich aus den USA abfließenden Kapitals nach Europa und einer Expansion der hiesigen Finanzmärkte.

Gelingt dieses Manöver, würde der globale Süden nicht nur ökonomisch geschwächt, sondern stünde einem noch geschlosseneren westlichen Militärblock gegenüber. Angesichts schrumpfender Erwerbsbevölkerung müsste die europäische Aufrüstung wiederum durch Sozialkürzungen und höhere Kapitalimporte gegenfinanziert werden.

Unter den gegebenen Bedingungen wäre das euro-amerikanische Integrationsprojekt eine schlechte Nachricht für eine gerechtere und friedlichere Welt. Es trüge nicht nur zur Verschärfung sozialer Disparitäten bei, sondern auch zur weiteren Militarisierung der europäischen und amerikanischen Außenpolitik. Mehr noch: Der Schulterschluss des Westens stünde allen Versuchen im Weg, aus dieser Entwicklung auszubrechen.

Konzerne, das Europaparlament, neoliberale Think Tanks und konservative Zirkel drängen jedoch darauf, beim kommenden euro-amerikanischen Gipfel im April 2007 in Washington das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ auf den Weg zu bringen. Die US-freundliche Bundeskanzlerin solle die deutsche EU-Präsidentschaft für eine solche Initiative nutzen. Den Moment betrachten die Transatlantiker als günstig. Ob ihr Kalkül aufgeht, hängt aber auch von Öffentlichkeit ab. Bisher erregten die weitreichenden Integrationspläne allerdings kaum Aufsehen. Dies sollte sich ändern.

Impressum

© BLUE 21, Berlin, November 2006
Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21) e.V.
Gneisenastraße 2a
D-10961 Berlin
blue21@blue21.de
<http://www.blue21.de>

Über den Autor

Thomas Fritz: Gutachter und Publizist, Vorstandsmitglied der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21) und freier Mitarbeiter des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL).

Kontakt: Thomas.Fritz@blue21.de

Die transatlantische Freihandelszone ist auf dem Weg – und der Widerstand?

Das **europäische Parlament** hat im Juni ein ehrgeiziges Ziel für die Deregulierung des Handels zwischen der EU und den USA gesetzt: Bis 2015 soll ein „*transatlantischer Markt ohne Schranken*“ verwirklicht werden, schon 2010 soll die Öffnung der Finanzdienstleistungs- und Kapitalmärkte auf beiden Seiten des Atlantiks abgeschlossen sein.(1)

Eine Gruppe von **16 europäischen NGOs, darunter attac Frankreich**, kritisierte, der Text liefe „*dem Wunsch einer Mehrheit der Europäer nach einem sozialen Europa*“ zuwider. Außerdem müsse eine derart zentrale Weichenstellung öffentlich diskutiert werden.(2) Doch ihr Aufruf an die Abgeordneten, den Antrag abzulehnen, verhallte nahezu ungehört. Der Initiativbericht der deutschen SPD-Abgeordneten Erika Mann wurde mit breiter Unterstützung aus beiden großen Fraktionen, Konservativen und Sozialdemokraten, verabschiedet. dem Parlamentsbeschluss zufolge Auf dem kurz darauf in Wien stattfindenden EU-USA-Gipfel hätte das Ziel, bis 2015 eine transatlantische Freihandelszone zu vollenden, festgehalten werden sollen. Doch dazu kam es – vorerst – nicht.

Dies ist allerdings kein Grund zur Entwarnung: Die **Idee eines Freihandelsabkommens zwischen EU und USA ist nicht neu** und hat ein zähes Leben bewiesen. Schon 1995 unterzeichneten der damalige Präsident der EU-Kommission, Santer und US-Präsident Clinton die „*Neue Transatlantische Agenda*“ (NTA).(3) Neben der Absicht, in der WTO koordiniert zu handeln, um dort gemeinsame Interessen durchzusetzen, enthielt diese die Gründung eines „*Neuen Transatlantischen Markts*“ (NTM). 1998 unterbreitete die europäische Kommission einen detaillierteren Vorschlag zum transatlantischen Markt, der extrem weit gehende Deregulierungen, auch im Dienstleistungssektor, beinhaltete.

Das Projekt stieß daher auf den Widerstand u. a. der französischen Regierung und war in dieser Form nicht durchsetzbar. Stattdessen vereinbarten EU und USA noch im selben Jahr die „*Transatlantische Wirtschaftliche Partnerschaft*“ (TEP). Diese enthält weniger spektakuläre, aber sehr konkrete Maßnahmen zur weiteren Liberalisierung, darunter ein Paket von Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung (MRA). Diese sollen – ähnliche wie die allerdings viel weiter gefasste Bolkestein-Richtlinie innerhalb der EU – für von Auflagen unbelasteten freien Wettbewerb sorgen. Über solche Abkommen wurde inzwischen auf zahlreichen Feldern von der Ausübung des Architektenberufs bis zur Zulassung von Medikamenten verhandelt, so dass auf diesem Wege bereits beträchtliche Schritte zu

einer de-facto- Freihandelszone zurückgelegt werden konnten.

Gleichzeitig beraten EU und USA, wie sie untereinander einen noch höheres Schutzniveau von geistigem Eigentum herstellen können, als sie es weltweit bereits im Rahmen des TRIPS (handelsbezogene Aspekte der Rechte geistigen Eigentums) durchgesetzt haben und bemühen sich um die Angleichung technischer Standards sowie sämtlicher Regeln, die als Handelsbarrieren wahrgenommen werden.

Das Corporate Europe Observatory berichtet, dass VertreterInnen beider Seiten seit dem Scheitern des NTM den Begriff „*Freihandel*“ vermeiden und lieber von „*gegenseitiger Anerkennung*“ oder „*Äquivalenz*“ reden.(4)

Treibende Kräfte hinter diesen Prozessen sind die **Lobbyorganisationen** TransAtlantic Business Dialogue (TABD) und Transatlantic Policy Network (TPN). Ersterer vereint 30 Großkonzerne aus EU und USA, während das TPN neben Unternehmen auch Angeordnete aus Europäischem Parlament und US-Kongress unter seinen Mitgliedern zählt. An dieser Stelle nur zwei Beispiele für ihren Einfluss: Im offiziellen Aktionsplan zum TEP heißt es in einem Punkt, es müsse die „*Teilnahme der Öffentlichkeit und anderer interessierter Parteien, insbesondere des TABD*“ sichergestellt werden und das Europäische Parlament verabschiedete im April 2004 eine Resolution zum Transatlantischen Handel, die zum großen Teil wörtlich aus einem Papier des TPN übernommen war. Eingebbracht wurde diese Resolution vom CDU-Abgeordneten Elmar Brok, der Mitglied der Parlamentariergruppe des TPN ist. Letzteres hat er mit seiner SPD-Kollegin Erika Mann gemeinsam, die den anfangs zitierten Bericht zu den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen schrieb. Seitdem das Europäische Parlament diesen Bericht am 1. Juni verabschiedet hat, haben sich mehrere Unterstützer der Idee einer transatlantischen Freihandelszone offen zu Wort gemeldet. So machte der konservative ehemalige spanische Regierungschef Aznar deutlich, worum es bei der transatlantischen Zusammenarbeit auch gehen soll, nämlich „*den willkürlichen Enteignungen in Bolivien und Venezuela Einhalt zu gebieten*“ (5), oder allgemeiner gesagt, progressive Regierungen weltweit unter Druck zu setzen, wenn sie die Interessen europäischer oder US-amerikanischer Konzerne anzutasten wagen. Aznar geht von einem Scheitern der Doha-Verhandlungen in der WTO aus und sieht ein bilaterales Handelsabkommen zwischen den größten Wirtschaftsblöcken als beste Antwort darauf.

Auch der britische Wissenschaftler Razeen Sally von der London School of Economics

rät dem mutmaßlichen Blair-Nachfolger Gordon Brown in einem im August veröffentlichten Papier, die transatlantische Freihandelszone zu einem zentralen Projekt der Außenpolitik zu machen (6).

Den vielleicht konkretesten Hinweis auf zu erwartende Initiativen gibt die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Aussage „*Nach den Wahlen zum US-Kongress im November und der Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Deutschland ab Januar 2007 ergäbe sich hierfür [für die transatlantische Freihandelszone, FP] eine günstige Gelegenheit.*“ (7)

In Frankreich und anderen Ländern haben soziale Bewegungen die Gefahren der transatlantischen Freihandelszone schon erkannt: Sie könnte nicht nur hormonbehandeltes Rindfleisch und gentechnisch manipulierten Reis nach Europa bringen, sondern wäre ein entscheidender Schritt, im Dumping-Wettbewerb um niedrigere Löhne und Sozialstandards zu Lasten der Beschäftigten auch die letzten Barrieren einzureißen. Zugleich würde sie eine noch aggressivere Handelspolitik des transatlantischen Blocks nach außen vorbereiten.

Doch können wir uns angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 darauf verlassen, dass der Widerstand in Frankreich es schon richten wird?

Felix Pithan ist Mitglied bei attac und nahm 2005 an der internationalen Kampagne gegen die EU-Verfassung „les faces du non“ teil

1 Entschließung des Europäischen Parlaments über die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen EU-USA P6_TA-PROV(2006)0239

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0239+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2 Non a la zone de libre-échange UE – Etats-Unis <http://www.bellacio.org/fr>

3 The New Transatlantic Agenda http://ec.europa.eu/comm/external_relations/us/new_transatlantic_agenda/text.htm

4 EU-US free trade talks ahead?

<http://www.corporateeurope.org/tpntabd.html>

5 Jose Maria Aznar, Free Trans-Atlantic Trade, in: Wall Street Journal Online,

http://www.washingtonspeakers.com/prod_images/pdfs/AznarJose.FreeTransAtlanticTrade.07.04.06.pdf

6 Razeen Sally, Putting Word Trade Back together again

<http://www.thecommonwealth.org/Templates/HSInternal.asp?NodeID=153012>

7

http://www.kas.de/international/aussen_sicherheit/bez_usa_brd/702_webseite.html

Militarisierung der EU

Das Programm zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik der im Januar 2007 beginnenden deutschen Ratspräsidentschaft

Nach der finnischen Ratspräsidentschaft (1) wird Deutschland (2) am 1. Januar 2007 für ein halbes Jahr den Ratsvorsitz übernehmen. Danach folgen bis Dezember 2008 weiter im halbjährlichen Turnus Portugal, Slowenien und Frankreich. Für die Funktionsweise der Europäischen Union ist die Ratspräsidentschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der Vorsitz des Rates spielt eine wesentliche Rolle bei der Organisation der Arbeiten der Institution des Rates (3), insbesondere als Impulsgeber im legislativen und politischen Entscheidungsprozess. Ihm obliegt die Einberufung, Vorbereitung und Leitung aller Sitzungen; er führt auch den Vorsitz in den zahlreichen Arbeitsgruppen und arbeitet Kompromisse aus. Das heißt: Ab Januar 2007 wird die Bundesregierung wesentlich über die Agenda der Europäischen Union bestimmen. Das ist auch für die Außen- und Militärpolitik mit entscheidend, denn der Rat legt die Grundsätze (4) der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (5) (GASP) fest und setzt diese um. Der Rat selbst besteht neben dem Ratssekretariat aus den Ministern der Mitgliedstaaten, die im Rahmen des Rates der Europäischen Union tagen. Je nach den Themenbereichen, die auf der Tagesordnung stehen, ist jedes Land mit seinen zuständigen Fachministern vertreten (Auswärtige Angelegenheiten, Justiz und Inneres, Finanzen, Soziales, Verkehr, Landwirtschaft usw.)

Rückblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft 1999: Schwerpunkt Militarisierung

Mit Fug und Recht kann man die letzte deutsche Ratspräsidentschaft 1999 als Militarisierungspräsidentschaft bezeichnen, als da von der rot-grünen Bundesregierung die wesentlichen Projekte der EU-Militarisierung, wie die Aufstellung von EU-Interventionstruppen aufgelegt wurden. Mit der "Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der GASP" von Köln im Juni 1999 (6) wurde der Aufbau einer operativen und eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (7) (ESVP) als integraler Bestandteil der GASP eingeleitet. Ziel war es, der EU in Bezug auf internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung Handlungsfähigkeit zu verleihen. Vor allem sollte ein autonomes mili-

tärisches Eingreifen bei internationalen Krisen ermöglicht werden, allerdings eingeschränkt nur "in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht beteiligt ist", um eine Konkurrenzsituation zu vermeiden. Also nur wo die NATO auf ihr Erstzugriffsrecht verzichtet, kann die EU selbstständig militärisch intervenieren. Alles weist darauf hin, dass die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 die Militarisierung der EU nun ebenso vorantreiben wird.

Fortführung von Militarisierungsprojekten

Zum einen ist zu erwarten, dass die Bundesregierung Militarisierungsprojekte der finnischen Ratspräsidentschaft, wie die bestehenden ESVP-Militäroperationen (8), fortsetzt. Auch steht zu erwarten, dass die Arbeit am Ausbau der militärischen Mittel und Fähigkeiten während der deutschen Präsidentschaft fortgesetzt wird.

Die Grundlage für die Arbeit an der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten wird durch das Planziel 2010 (Headline Goal 2010 (9)), das am 17. Juni 2004 vom Rat verabschiedet wurde, vorgegeben. Im ersten Halbjahr 2007 sollen insbesondere die Luftlandkapazitäten vervollständigt und Landkapazitäten aufgebaut werden, um den EU-Battle-Groups, von denen nach Auskunft des finnischen Ratsvorsitzes im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments bis 2010 insgesamt 19 mit nahezu 40.000 Soldaten in Dienst gestellt werden sollen, bessere globale Militärinterventionsfähigkeiten zu ermöglichen. Dies erfolgt zusätzlich zu der im Jahr 2000 auf freiwilliger Basis erfolgten Verpflichtung der Mitgliedstaaten zu einzelstaatlichen Beiträgen. Auf der Helsinki-Beitragskonferenz wurde die erforderliche Anzahl von Truppen von den Mitgliedstaaten zugesagt (100.000 Soldaten, 400 Luftfahrzeuge, 100 Schiffe) und im so genannten Helsinki-Streitkräfte-Katalog (Helsinki Force Catalogue) aufgelistet. Zusätzlich zu den rein militärischen Kapazitätsaufbauzielen formulierte der Europäische Rat bereits im Dezember 2004 als neues zivil-militärisches Planziel das 'Civilian Headline Goal 2008 (10). Damit soll das rein militärische Aufgabenspektrum durch ein zivil-militärisches der

ESVP ergänzt werden. Hierzu sollen die Fähigkeit zum Monitoring von Krisen und die fachliche Unterstützung der Sonderbeauftragten der EU gehören. Dazu kommen die Bereiche wie die so genannte Reform des Sicherheitssektors, hinter der sich oft die Restrukturierung verbündeter Armeen verbirgt. Im Kern geht es aber um eine Verbesserung der Fähigkeiten, erfolgreiche Besatzungsregimes zu etablieren.

Als Lehre aus den Fehlern der "zu" militärischen Irak- und Afghanistan-Besatzung, sollen zivil-militärischer Kapazitäten aufgebaut und eingesetzt werden. Dazu wurden Anforderungen an Personal und Ausrüstung der Mitgliedstaaten formuliert, um eine zukünftig engere Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem militärischen Bereich sowie die Beschleunigung der Reaktionszeiten zu gewährleisten. So wurde bereits 2005, um die Entsendegeschwindigkeit zu erhöhen, beschlossen, so genannte Civilian Response Teams aufzustellen. Sie sollen ähnlich kurzfristig wie die schnell verlegbaren Polizeigruppen (Rapid Deployable Police Elements) zum Einsatz kommen.

Außerhalb des Rahmens der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann die EU zudem auf die paramilitärische European Gendarmerie Force, gebildet von Italien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland, zurückgreifen, um eine mögliche EU-Besatzungspolitik nicht nur zivil-militärisch zu begleiten, sondern um auch Kapazitäten zur Niederschlagung möglicher Widerstände bereitzustellen. Auch hier steht zu erwarten, dass diese Art der heimlichen Aufrüstung für die deutsche Ratspräsidentschaft hohe Priorität genießen wird, um das Projekt 2008 zum Abschluss bringen zu können.

Arbeitspapier zur Militarisierung

In einem Arbeitspapier vom 18. Oktober 2006 für ein "18-monatiges Programm der deutschen, portugiesischen und slowenischen Ratspräsidentschaft", das von der deutschen Bundesregierung mitverfasst wurde, wird der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages, wie auch der Fortentwicklung der Europäischen Militärpolitik hohe Priorität eingeräumt. Noch während der deutschen Ratspräsident-

schaft soll dem europäischen Rat ein Bericht vorgelegt werden, um die weitere Entwicklung auszuloten. Auf dieser Basis soll dann der EU-Verfassungsvertrag weiter befördert werden, um spätestens im zweiten Halbjahr 2008 zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Um das außenpolitische Gewicht der EU zu erhöhen soll im Rahmen der Entwicklung der Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik am Aufbau der "militärischen und zivilen Kapazitäten und einer effektiven zivil-militärischen Koordination" weitergearbeitet werden. In der Folge wird aufgelistet, was alles konkret geplant ist. Die Grundlage dabei soll die Europäische Sicherheitsstrategie bilden. Besondere Betonung findet im Arbeitspapier die "Entwicklung einer strategischen Partnerschaft zwischen EU und NATO" und die "Stärkung der Kooperation mit Schlüsselpartnern". Hier wird insbesondere auf die USA verwiesen.

Insbesondere das Battle-Group-Konzept sollen die drei Ratspräsidentschaften umsetzen, im Hinblick auf die weitere gemeinsame Entwicklung der "Rapid Response Capabilities" und einer Neugewichtung des "EU Military Rapid Response Concepts" (EU MRRC). Besondere Erwähnung in diesem Zusammenhang finden erneut die angestrebte Umsetzung des "Headline Goals 2010" und des "Civilian Headline Goals 2008".

Zusätzlich soll eine "effektive Koordination der militärischen und zivilen Planungen und Kommandostrukturen" gewährleistet werden, insbesondere auf einen "verbesserten Gebrauch der Civ-Mil Cell", des Nukleus eines EU-Generalstabs für Militärinterventionen. Um deren Arbeit zu optimieren sollen gemeinsame Manöver mit der NATO durchgeführt werden (CME-CMX). Dabei sollen auch zivile Planer für Missionen innerhalb der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschult werden.

Die Counter-Terrorismus-Strategie soll zu einem hervorgehobenen Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden, dabei soll insbesondere auf die "Kooperation mit der UN und der NATO" Wert gelegt werden.

Zusammenfassend sticht auch die quantitative Gewichtung unterschiedlicher Politiken in diesem Arbeitspapier ins Auge. Während der EU-Menschenrechtspolitik gerade einmal zwei Sätze gewidmet sind, wird der Ausbau der ESVP auf drei Seiten des Papiers ausführlich dargelegt. Das

Ziel eines militärisch global agierenden Akteurs EU soll für die drei Ratspräsidentschaften oberste Priorität haben. EU-Militärpolitik soll von den Zielen bis zur institutionellen Umsetzung eng mit NATO-Sicherheitskonzepten und US-Außenpolitik verbunden werden.

Absoluten Vorrang für die deutsche Bundesregierung genießt die Durchsetzung des EU-Verfassungsvertrags auch in punkto Außen- und Sicherheitspolitik. Außenminister Walter Steinmeier lässt sich dazu in der Bild-Zeitung mit den Worten zitieren: *Wir sind überzeugt: Die Verfassung macht Europa transparenter, greifbarer und auch schlagkräftiger.*" Deshalb soll die deutsche Ratspräsidentschaft einen Fahrplan erarbeiten, wie sich der EU-Verfassungsvertrag dann am geschicktesten in den einzelnen Mitgliedsstaaten ratifizieren lassen wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel betont, dass es der Bundesregierung darum gehe, dies noch "vor der nächsten Europawahl" 2009 über die Bühne zu bringen. Dazu ist auch geplant, sich mit den beiden folgenden Präsidentschaften eng abzustimmen.

Was den Inhalt des Vertrages angeht, gibt es bei der Bundesregierung keine Einsicht geschweige denn Umkehr. Weder der anhaltend hohe Prozentsatz der eigenen Bevölkerung, der den neuen EU-Vertrag ablehnt, noch die Mehrheiten in Frankreich und den Niederlanden gegen den EU-Verfassungsvertrag bei den Referenden im Frühjahr 2005 haben etwas an dieser Einstellung geändert. Die Devise heißt einfach "Weiter So". Im Grunde soll so lange abgestimmt werden, bis das Ergebnis stimmt. Daneben wird eine Strategie verfolgt, die die Bestimmungen des EU-Verfassungsvertrags als Blaupause für die forcierte Militarisierung der EU nimmt.

Beispiel 1: Europäische Rüstungsagentur (11). Sie arbeitet schon seit 2004 und soll laut EU-Verfassungsvertrag, darauf achten, dass die Mitgliedstaaten ihre militärischen Fähigkeiten ständig verbessern.

Beispiel 2: EU-Battle-Groups. Sie sollen am 1.1.2007 in Dienst gestellt werden. Ihre Aufstellung war bereits im Protokoll "strukturierte Zusammenarbeit" des EU-Verfassungsvertrags fixiert worden.

Beispiel 3: Militarisierte Weltraumforschung und die Rüstungs- und Sicherheitsforschung. Sie wird in der Geschichte der EU zum ersten Mal im EU-Verfassungsvertrag benannt. Bereits jetzt wird sie aber schon im 7. Rahmenfor-

schungsprogramm mit 1,6 Milliarden Euro bedacht.

Der Beitrag des Europäischen Parlaments zur Spezifizierung der Militäragenda

Einen originären Beitrag zur Agenda der Deutschen Ratspräsidentschaft leistet die erdrückende Mehrheit des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung (12) des Europäischen Parlaments. Sein Vorsitzender, der CDU-Abgeordnete Karl von Wogau, erklärte die militärische Sicherung des Energiezugangs zum Kernbereich der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ihre Aufgabe bestünde in der Sicherung des *"freien Flusses von Zuliefergütern für die Industrie und für individuelle Konsumenten und von Brennstoffen im Besonderen, dies betreffe besonders die Sicherheit von Schiffen, Flügen und Pipelines"*.

Im bisherigen Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaft ist schon jetzt vorgesehen, Energiesicherheit und Energieaußenpolitik zu ihrer Durchsetzung als weitere Priorität zu etablieren. Offensichtlich wird hierbei auch über eine militärische Komponente zur Sicherung von Energierohstoffen nachgedacht. Dazu kommen weitere Vorstöße, einen gut funktionierenden EU-Rüstungsmarkt zu schaffen. Auch hier sieht die Bundesregierung industriepolitischen Handlungsbedarf und wird sich aus den Vorarbeiten des Europäischen Parlaments bedienen können. Dienlich dabei dürfte sein, dass der heutige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, der für EU-Politik zuständig ist, Joachim Würmeling, zu seiner Zeit als Europaabgeordneter Berichterstatter für die Schaffung eines EU-Rüstungsmarkts war.

Deutsch-Französische Militäragenda

Auf dem Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat (13), der am 12. Oktober in Paris stattfand, wurden in der Erklärung von Paris (14) die wesentlichen Eckpunkte der Militäragenda für die deutsche Ratspräsidentschaft gemeinsam mit Frankreich abgestimmt. Bekannt gegeben wurde, dass Deutschland und Frankreich sich über zentrale Themen der europäischen Militärpolitik und der NATO verständigt hätten. Zentraler Punkt des Treffens war, die EU-Militarisierung voranzutreiben. So heißt es in der Erklärung:

"Im Hinblick auf die deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union im ersten

Halbjahr 2007 bekräftigen Deutschland und Frankreich ihre Entschlossenheit, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) weiterzuentwickeln. Die Lösung der Statusfrage vorausgesetzt, wird der erfolgreiche Aufbau der ESVP-Rechtsstaatsmission im Kosovo die zentrale Aufgabe der deutschen Präsidentschaft sein. Unsere beiden Länder werden sich bei der praktischen Umsetzung der neuen zivilen und militärischen Instrumente der Union zur Krisenbewältigung eng abstimmen. Besonderes Augenmerk wird auf das Erreichen der vollen Einsatzbereitschaft des Operationszentrums der Europäischen Union Anfang 2007 liegen. Mit diesem Zentrum wird es möglich sein, vom nächsten Jahr an Operationen bis vom Umfang der Operation 'Artemis' zu planen und zu führen. Darüber hinaus werden 2007 die Gefechtsverbände zur schnellen Krisenreaktion der Europäischen Union (Battle Groups) in vollem Umfang einsatzfähig sein. Deutschland und Frankreich werden den Kern von zwei der vier 2007 in Bereitschaft stehenden Gefechtsverbände stellen."

Neben Lob für die "erfolgreichen" militärischen Engagements im Libanon, Kongo und in Afghanistan, bekräftigt die Erklärung den unbedingten Willen im Sudan militärisch intervenieren:

"Unsere beiden Länder ersuchen die sudanesishe Regierung, ihr Einverständnis zur Implementierung der Mission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) in der Region Darfur zu geben, um gemäß der Resolution 1706 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen die Umsetzung des Darfur-Friedensvertrags zu unterstützen."

Dort sollen Presseberichten zufolge auch die ersten EU-Battle-Groups in enger Kooperation mit der NATO eingesetzt werden.

Zudem wird erneut betont, dass die Schaffung eines Europäischen Lufttransportkommandos oberste Priorität hat. *"Die Ausbildung des Personals und das Training der Besatzungen sollen im Verbund stattfinden. Synergien bei der technologischen Unterstützung lassen Ersparnisse von beträchtlichem Umfang erwarten"*, heißt es in der Erklärung. Darüber hinaus setzt man darauf, dass *"die operative Zusammenarbeit im Europäischen Lufttransportkommando eine optimale Nutzung der nationalen Kapazitäten ermöglichen"* wird.

Bereits im April 2006 wurde eine Absichtserklärung zur Schaffung dieses Lufttransportkommandos unterzeichnet. Die ersten Kapazitäten sollen ab 2009 zur Verfügung stehen. Während der deutschen Ratspräsidentschaft steht zu erwarten, dass für diese Initiative, der sich Belgien bereits angeschlossen hat und die anderen europäischen Staaten offen steht, intensiv geworben werden wird. Die Aufgabe soll anschließend bis Dezember von der französischen Ratspräsidentschaft weiterbetrieben werden. Das Ziel ist klar: EU-Interventionstruppen sollen autonom weltweit eingesetzt werden können, wobei die enge Verzahnung mit der NATO Teil dieses Programms ist. So sitzen über die NATO-Abteilung bei der so genannten "Civ-Mil Cell", die nichts anderes als einen Nukleus eines EU-Generalstabs darstellt, die USA immer mit am Tisch.

Fazit: Für die deutsche Ratspräsidentschaft hat die globale Kriegsführungsfähigkeit der EU große Priorität. Die Annahme und Ratifizierung der EU-Verfassung soll dies vertraglich absichern und befördern helfen. Denn gerade das Problem der immensen Kosten des EU-Militarisierungsprogramms ist auf Grundlage des EU-Verfassungsvertrags, der einen eigenständigen EU-Militärhaushalt ermöglichen würde, wesentlich leichter zu schultern. Zu Erinnerung: Der geltende EU-Vertrag von Nizza verbietet einen eigenständigen EU-Militärhaushalt. Die bisherige Praxis der Umwidmung ziviler Haushaltstitel in militärische birgt zu viele politische Risiken.

Was könnte getan werden?

Zu diesem Kurs in Richtung künftiger Militäreinsätze und Kriege der Deutschen Ratspräsidentschaft gibt es eine Gegenagenda. Angefangen von der Durchsetzung des Leitbilds "Zivile Europäische Union", nicht zu verwechseln mit dem Neusprech und der Rede von der Friedensmacht oder der Zivilmacht Europa, in die alle möglichen Militärinterventionskonzepte eingesenkt werden, bis hin zu konkreten Abrüstungsprojekten. Eine echte Abrüstungsinitiative, der sich die Bundesregierung annehmen könnte, wäre eine Initiative für ein atomwaffenfreies Europa.

Die Atommächte der Europäischen Union, Frankreich und Großbritannien modernisieren zur Zeit ihre Atomwaffenarsenale, statt die Verpflichtung des Atomwaffensperrvertrags zur atomaren Abrüstung zu erfüllen. Deutschland hält, wie

andere EU-Staaten auch, an der nuklearen Teilhabe fest und ebenso hält es weiterhin Kapazitäten zur industriellen Anreicherung waffenfähigen Urans vor (Garching, Gronau). Zusätzlich haben die USA etwa 480 Atomwaffen in der EU stationiert. In Strategiepapieren der Europäischen Union, wie dem "European Defence Paper", finden sich Überlegungen Atomwaffen im Rahmen der ESVP einzusetzen. Um diesem Szenario zu begegnen, sollte die Bundesregierung die Initiative für ein atomwaffenfreies Europa ergreifen. Alle Strategieplanungen zum Einsatz von Atomwaffen im Rahmen der ESVP müssten dann eingestellt werden. Einseitige atomare Abrüstungsinitiativen von EU-Mitgliedstaaten als vertrauensbildende Maßnahmen müssten dann befördert werden. Deutschland müsste auf die nukleare Teilhabe und die Vorhaltung von Kapazitäten zur Anreicherung waffenfähigen Urans verzichten. Die Regierung der Vereinigten Staaten müsste aufgefordert werden, einen klaren und konkreten Zeitplan für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Europa bis Ende 2006 vorzulegen.

Notwendig wäre auch die Absage an alle Pläne für den Aufbau einer europäischen Armee, was offensichtlich eine zentrale Zukunftsidee der deutschen Ratspräsidentschaft sein soll, wie Rainer Arnold, "verteidigungspolitische" Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, in einem Interview in der Berliner Zeitung bestätigt: *"Die Frage ist, ob wir nicht ständige Verbände in Einsatzbereitschaft brauchen, deren Zusammensetzung gleich bleibt. Das könnte ein Thema sein für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft."* Inzwischen äußerten sich auch Angela Merkel und Kurt Beck in diese Richtung. Wohl gemerkt: Es geht um zusätzliche Kapazitäten zu den schon jetzt geplanten und ab 1.1.2007 teilweise verfügbaren Battle-Groups und den einzelstaatlichen Militärstrukturen der EU-Mitgliedsstaaten.

Es ist wenig wahrscheinlich, dass sich derartige Abrüstungsinitiativen auf der Agenda der Bundesregierung wiederfinden werden. Wir schlagen deshalb vor zwei zentrale Kampagnen zur Militäragenda der Deutschen Ratspräsidentschaft zu führen. Zum einen eine Kampagne gegen die EU-Battle-Groups und ihre deutsche Kommandostruktur in Potsdam und Ulm sowie zum anderen eine Kampagne zum Rückzug der Bundeswehr- und EU-Truppen, angefangen mit dem Rückzug der Bundeswehr-Truppen aus Afghanistan.

LINKS

- (1) http://www.eu2006.fi/en_GB/
 - (2) <http://www.eu-praesidentschaft.de/>
 - (3) http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1&mode=g&lang=en
 - (4) http://www.bundestag.de/bic/analysen/2006/GASP_ESVP_und_ihre_Instrumente-Ein_Ueberblick_.pdf
 - (5) http://ec.europa.eu/comm/external_relations/cfsp/intro/index.htm
 - (6) http://europa.eu.int/council/off/conclu/june99/annexe_de.htm
 - (7) <http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=261&lang=de&mode=g/>
 - (8) <http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=268&lang=de>
 - (9) <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/2010%20Headline%20Goal.pdf>
 - (10) [http://www.intermin.fi/intermin/hankkeet/skh/h_ome.nsf/files/Civilian%20Headline%20Goal%202008/\\$file/Civilian%20Headline%20Goal%202008.pdf](http://www.intermin.fi/intermin/hankkeet/skh/h_ome.nsf/files/Civilian%20Headline%20Goal%202008/$file/Civilian%20Headline%20Goal%202008.pdf)
 - (11) <http://www.eda.eu.int/>
 - (12) http://www.europarl.europa.eu/committees/sede_home_en.htm
 - (13) http://www.deutschland-und-frankreich.de/public/index.php?sess_id=SB2tcDK569iVNO4sd8jdxE0M7Oz3uG&id_article=706
 - (14) http://www.deutschland-und-frankreich.de/public/index.php?sess_id=SB2tcDK569iVNO4sd8jdxE0M7Oz3uG&id_article=719
 - (15) <http://www.guengl.org/showPage.jsp>
- http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse-2006_026.pdf

Tobias Pflüger Deutsche Kriegs(vorbereitungs)politik

Am 25. Oktober legte Militärminister Franz-Josef Jung dem Bundeskabinett das neue Weißbuch "zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr" vor. Vorausgegangen war ein monatelanges Tauziehen, wie deutlich die neuen Aufgaben der Bundeswehr in diesem Weißbuch beschrieben werden sollten. Um es vorwegzunehmen: Gewonnen haben in der Sprache die Sozialdemokraten, im Inhalt die Konservativen. Die Festschreibung und Beschreibung der Bundeswehr als - Armee für den Auslandseinsatz, der eben auch Krieg bedeuten kann - ist in sozialdemokratische Watte gepackt. Der Vorentwurf des Weißbuches hatte noch so manch kräftige Formulierung enthalten.

Auffällig ist, wie offen das Weißbuch trotzdem erklärt, die Bundeswehr habe militärisch für die Absicherung der Rohstoffversorgung zu sorgen: Deutschland sei "in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. [...] Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen." (S. 17) Aus diesem Grund "muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden." (S. 18)

Wesentlicher Bezugspunkt deutscher Militärpolitik sind schon bisher und werden noch mehr die Europäische Union (EU) und die NATO. Die nukleare Komponente der NATO, in die Deutschland, in offenem Bruch des Atomwaffensperrvertrages, integriert ist, wird weiter gut geheißt: "Deutschland bei der nuklearen Teilhabe einen seiner Rolle im Bündnis und der im Strategischen Konzept von 1999 vereinbarten Grundsätze entsprechenden Beitrag leistet." (S. 27)

Bezüglich der EU wird die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) wiedergegeben. Ein Kernsatz der ESS wird übernommen: Die erste "Verteidigungslinie wird hierbei oft im Ausland liegen." (S. 35) Die Kriegsführungsfähigkeit der EU wird festgestellt: "Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, gleichzeitig zwei Krisenmanagement-Operationen mit je einer Battlegroup durchführen zu können. Dazu müssen ständig zwei Battlegroups in höchster Verfügbarkeit gehalten werden."

Interessant ist, dass offen gesagt wird, dass die EU - insbesondere im Rüstungsbereich - sowohl in offener Konkurrenz zu, als auch als Kooperationspartner der USA agieren: "Eine effiziente Rüstungskoooperation in Europa unterstützt die sicherheitspolitischen Ziele Europas, fördert die Entwicklung der Fähigkeiten der Streitkräfte und festigt die Position der Europäischen Union sowohl im Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten von Amerika als auch als deren Kooperationspartner." (S. 46)

Das alles reicht einigen offenbar noch nicht: Rainer Arnold, "verteidigungspolitischer" Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion will noch mehr: Er meint in einem Interview in der Berliner Zeitung: "Wir müssen überlegen, ob die Konzepte für EU Battle Group und Nato Response Force noch tragfähig sind. (...) Die Frage ist, ob wir nicht ständige Verbände in Einsatzbereitschaft brauchen, deren Zusammensetzung gleich bleibt. Das könnte ein Thema sein für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft."

Zu all dem kommt die aktuelle Debatte über den ganz normalen Wahnsinn deutscher

Bundeswehr-Auslandseinsätze: Leichenschändungen von deutschen Gëbirgsjägern am Hindukusch, der Fall Kurnaz und die wahrscheinliche Kooperation beim Foltern und Misshandeln von Gefangenen durch das Kommando Spezialkräfte. Wer Soldaten als Kampfsoldaten - wie das KSK und die ISAF-Soldaten - ins Ausland schickt, braucht sich über nichts zu wundern. Das ist die immanente Logik des Militärischen.

Fast 9000 Bundeswehrsoldaten sind schon im Auslandseinsatz und es sollen es noch mehr werden. Es wird immer deutlicher, deutsche Soldaten ziehen in aller Welt Hass auf sich. Deutschland versinkt mehr und mehr im Sumpf der Auslandseinsätze der Bundeswehr: Im Kongo, wo die EU als parteiischer Akteur zugunsten des autokratischen Präsidenten Kabila wahrgenommen wird oder in Afghanistan, wo bei westlichen Angriffsaktionen der Tod von Zivilisten als "Kollateralschaden" achselzuckend hingenommen wird. Bevor es noch schlimmer kommt, muss etwas passieren:

Meine Vorschläge: Keine Umsetzung des vorgelegten Weißbuches, Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Auflösung des KSK!

Lasst uns gemeinsam eine Kampagne für den Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen starten! Sparen wir uns diese Truppe!

Quelle:

<http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/2902927/>

Und

<http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1441>

Hinweis: Bundeswehr im Innern, Vortrag von Ulla Jelpke auf dem IMI-Kongress 2006

<http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1457>

Stellungnahme zur EU-Dienstleistungsrichtlinie in der vom Europäischen Parlament in zweiter Lesung verabschiedeten Fassung

Nachdem das Europäische Parlament im Februar dieses Jahres in erster Lesung für eine Fassung der Dienstleistungsrichtlinie gestimmt hatte, die gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Kommission zahlreiche positive Veränderungen aufwies, wurden viele dieser Änderungen vom Rat wieder kassiert. Im Frühjahr legte die Kommission selbst noch einmal einen überarbeiteten Richtlinienentwurf vor, der viele Änderungen des Parlaments wieder stark einschränkte. Diesen Vorstellungen folgte der Rat in seiner ersten Lesung weitgehend. In der zweiten Lesung am heutigen 15. November 2006 hat dann auch die Mehrheit im EU-Parlament der Ratsfassung zugestimmt. Damit hat sich das Parlament von seiner weitergehenden Kritik verabschiedet, die es in der ersten Lesung noch zum Ausdruck gebracht hatte.

Damit gilt die Richtlinie als verabschiedet, ohne dass sich Rat oder Parlament noch weiter mit ihr befassen müssen. Alle Mitgliedsstaaten sind nun verpflichtet, die Bestimmungen der Dienstleistungsrichtlinie innerhalb der nächsten drei Jahre in ihre nationalen Regelwerke zu übernehmen. Der folgende Text stellt die Kritik des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac an der jetzt verabschiedeten Richtlinie dar und zeigt Wege, mit denen sich die zu befürchtenden negativen Auswirkungen zumindest abmildern ließen. Dennoch bleibt Attac bei seiner Auffassung, dass es eines grundsätzlichen Politikwechsels in der Europäischen Union bedarf und diese Richtlinie eindeutig in die falsche politische Richtung weist. Es wäre notwendig gewesen, diese Richtlinie konsequent abzulehnen. (Stand 15. 11. 2006)

1. Wettbewerb und soziale Spaltung nimmt zu

Die Dienstleistungsrichtlinie ist ein wichtiger Bestandteil der Strategie von Lissabon, mit der die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden soll: Konzerne sollen wachsen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Wie die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, wird dieses Ziel vor allem auf Kosten der Beschäftigten, der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Umwelt angestrebt. Von der Dienstleistungsrichtlinie profitieren vor allem Großkonzerne und solche Unternehmen, die ein hohes Rationalisierungspotenzial und ausreichend Kapital haben. Ihr Wachsen führt zu einem noch stärkeren Verdrängungswettbewerb, unter dem vor allem mittelständische Betriebe leiden werden. In den Branchen, in denen sich Skaleneffekte durch verstärkte Rationalisierung realisieren lassen, wird es zu einem weiteren Arbeitsplatzabbau kommen. In den anderen betroffenen Branchen, in denen das nicht der Fall ist, wird noch stärker versucht werden, die Arbeitskosten zu senken, um der Konkurrenz aus anderen EU-Staaten standzuhalten, die ein noch niedrigeres Lohnniveau haben. In beiden Fällen kommt es zu einer weiteren Schwächung der Inlandsnachfrage, die zu weiterem Arbeitsplatzabbau führt.

Um die weiter abnehmende Inlandsnachfrage auszugleichen, wird noch stärker versucht werden, diese durch zusätzliche Exporte in den Branchen auszugleichen, in denen Deutschland auf Grund hoher Technisierung Wettbewerbsvorteile hat. Ziel der Dienstleistungsrichtlinie ist es unter anderem, im Binnenmarkt optimale Voraussetzungen zu schaffen, damit Konzerne eine kritische Größe und Wettbewerbsfähigkeit erreichen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Der Einfluss des exportorientierten Kapitals auf die Politik wird

weiter wachsen. Damit wird sich auch der Druck auf die Länder des Südens verstärken, ihre Märkte z.B. im Rahmen der GATS-Verhandlungen oder anderer Handelsabkommen für die Konzerne des Nordens zu öffnen. Erfahrungsgemäß führt eine solche Politik zu einer immer stärkeren sozialen Polarisierung sowohl im Norden als auch im Süden. Wenige Reiche werden immer reicher und immer mehr Arme immer ärmer und zwar sowohl im Inland, in der EU als auch in den Ländern des Südens. Das so genannte abgehängte Prekariat wird noch stärker abgehängt.

2. Das Herkunftsland-Prinzip bleibt weiterhin Kern der Richtlinie

Man muss am ursprünglichen Entwurf von EU-Kommissar Frederik Bolkestein vieles kritisieren, einen Vorteil hatte er aber: Bezüglich der Regelungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr sprach er eine klare Sprache. In Artikel 16 führte er das Herkunftslandprinzip als neues Grundprinzip im freien Dienstleistungsverkehr ein, dem zu Folge grenzüberschreitend tätige Dienstleistungserbringer als Grundprinzip nur noch den Regeln unterworfen sind, die am Ort ihrer Niederlassung gelten. Artikel 17 enthielt dann eine Liste mit Ausnahmen, die bestimmten, in welchen Fällen das in Artikel 16 definierte Grundprinzip nicht gelten sollte.

Weder das Europäische Parlament noch der Rat haben diese Regelung seither ernsthaft in Frage gestellt. Das wurde bereits unmittelbar nach der ersten Lesung im Europäischen Parlament deutlich, als die sozialdemokratische Verhandlungsführerin gegenüber der Presse erklärte, es sei geschafft worden, wieder das Tätigkeitslandprinzip in die Richtlinie zu schreiben, während der konservative Verhandlungsführer erklärte, das Herkunftslandprinzip sei nach wie vor vorhanden, auch wenn es als Wort im Text nicht mehr auftauche. Tatsächlich wurde

eine Scheindebatte geführt, denn die eigentliche Kernfrage ist, wann welches Prinzip gilt. Beide Prinzipien waren bereits im allerersten Entwurf der Kommission enthalten. Was sich leider als roter Faden durch alle Entwürfe zog und jetzt auch vom Parlament verabschiedet wurde, ist die Neuerung, dass als Grundprinzip nicht mehr, wie eigentlich in den Europäischen Verträgen vorgesehen, das Recht am Tätigkeitsort gilt, sondern das des Herkunftslandes. Der Begriff „Herkunftslandprinzip“ wurde zwar gestrichen, die ihm zu Grunde liegende Rechtskonstruktion bleibt aber nach wie vor Kern der Richtlinie. Diese Umbenennung stellt nicht nur eine Täuschung der Öffentlichkeit über die tatsächlichen Folgen des Richtlinienentwurfs dar, sondern auch eine gravierende Verschlechterung im Vergleich zum Status quo. Davon, den Entwurf durch Änderungen vom Kopf auf die Füße gestellt zu haben, wie immer wieder behauptet wurde, kann also keine Rede sein.

In zahlreichen Urteilen hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Vergangenheit anerkannt, dass das Tätigkeitsland grenzüberschreitend tätige Dienstleister dann nationalen Regelungen unterwerfen kann, wenn dies unter anderem aus einem „zwingenden Grund des Allgemeininteresses“ gerechtfertigt ist. Zu den zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gehörten in der Vergangenheit beispielsweise:

- öffentliche Ordnung,
- öffentliche Sicherheit
- öffentliche Gesundheit,
- die Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung,
- sozialpolitische Zielsetzungen,
- der Schutz der Empfänger von Dienstleistungen
- die Sicherheit von Patienten,
- der Verbraucherschutz,
- der Schutz der Arbeitnehmer einschließlich des sozialen Schutzes
- die Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts des Systems der sozialen Sicherheit,

- die Erhaltung einer ausgewogenen und für jedermann zugänglichen medizinischen Versorgung und Krankenhausversorgung,
- die Vorbeugung von Betrug,
- der Zusammenhalt des Steuersystems,
- die Vorbeugung von unlauterem Wettbewerb,
- der Schutz der Umwelt
- der Schutz der städtischen Umwelt
- die Stadt- und Raumplanung,
- der Gläubigerschutz,
- die Wahrung der ordnungsgemäßen Rechtspflege,
- die Straßensicherheit,
- kulturpolitische Zielsetzungen
- die Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäußerung im audiovisuellen Bereich für verschiedene, insbesondere soziale, kulturelle, religiöse und philosophische Auffassungen in der Gesellschaft,
- die Wahrung der Pressevielfalt,
- die Wahrung des nationalen historischen und künstlerischen Erbes
- und die Veterinärpolitik.

Diese Liste war prinzipiell offen und durch weitere Tatbestände ergänzungsfähig.

Durch die Neuformulierung des Artikel 16 wird diese Liste auf

- öffentlichen Ordnung,
- öffentliche Sicherheit,
- Schutz der Gesundheit und
- Schutz der Umwelt

verkürzt und geschlossen. Weitere Rechtfertigungen sind nur noch in den Bereichen möglich, wo dies durch weitere Ausnahmen an anderer Stelle in der Richtlinien explizit gedeckt ist.

Der EuGH erkannte diese Gründe in der Vergangenheit auch häufig dann an, wenn diese als indirekte Diskriminierung interpretiert werden konnten. Durch den neuen Richtlinienentwurf ist dies auch bei den verbliebenen Tatbeständen verboten und nur noch in den Fällen möglich, wo dies durch eine explizite Ausnahme an anderer Stelle im Richtlinienentwurf möglich ist.

Durch das nach wie vor enthaltene Herkunftslandprinzip kommt es auch zu einer weiteren Entdemokratisierung, da die von gewählten Regierungen verabschiedeten Gesetze nur noch für einen Teil der im Inland tätigen Unternehmen gelten. Zugleich kommt es zu einem Rechtschaos, da kaum jemand in der Lage sein dürfte, zu überblicken, für wen welche Gesetze gelten. Hinzu kommt bei der jetzt vorgelegten Fassung der Artikel 16 und 17, dass sie viele derart vage definierte Begrifflichkeiten enthält, dass es wahrscheinlich erst vieler Urteile des EuGH bedarf, bis ihre Bedeutung tatsächlich klar ist. Das immer wieder propagierte Ziel der Richtlinie, Rechtssicherheit zu schaffen, wird nicht erreicht.

3. Unklare Abgrenzung zwischen freiem Dienstleistungsverkehr und der Gründung einer Niederlassung

Grundsätzlich sind Unternehmen, die im Tätigkeitsland eine Niederlassung unterhalten, in erheblich größerem Umfang nationalen Regelungen unterworfen als grenzüberschreitend tätige Dienstleister. Niedergelassene Unternehmen unterliegen stärker der Besteuerung und umfangreicheren Registrierungspflichten, ohne die eine effektive Kontrolle nicht gewährleistet ist. Durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie würde die bereits heute unzureichend definierte Grenze zwischen der Gründung einer Niederlassung und grenzüberschreitender Dienstleistungstätigkeit weiter zu Gunsten letzterer verschoben. Die jetzt verabschiedete Fassung verbietet es Mitgliedsstaaten, grenzüberschreitend tätigen Dienstleistern die Gründung einer Niederlassung auf ihrem Territorium vorzuschreiben oder die Errichtung umfangreicher Infrastruktur zu verbieten, einschließlich Geschäftsräumen, einer Kanzlei oder einer Praxis, sofern diese zur Erbringung der Leistung erforderlich ist. Regelungen, die den Mitgliedsstaaten Rechtssicherheit geben, wann davon auszugehen ist, dass sich ein Dienstleister im Inland niedergelassen hat, finden sich dagegen nicht im Richtlinienentwurf. Bereits heute unterhalten zahlreiche Firmen in Deutschland Vertriebsbüros und sind seit vielen Jahren auf dem deutschen Markt tätig, ohne sich hier formal niedergelassen zu haben.

Auch die im Richtlinienentwurf neu aufgenommene Definition, dass ein grenzüberschreitender Dienstleister im Herkunftsland nur dann als niedergelassen gilt, wenn von dort eine „tatsächliche Ausübung einer [...] wirtschaftlichen Tätigkeit durch den Dienstleistungserbringer auf unbestimmte Zeit“ erfolgt und zwar „mittels einer festen Infrastruktur, von der aus die Geschäftstätigkeit der Dienstleistungserbringung tatsächlich ausgeübt wird“, lässt viele Fragen offen. Nicht nur, dass es auch Fälle gibt, in denen eine Firma für einen begrenzten Zeitraum gegründet wird. Fraglich ist auch, was es für einzelne Branchen konkret bedeutet, eine Dienstleistung tatsächlich auszuüben und wie dies effektiv kontrolliert werden kann. Der Gefahr der Verlagerung von Niederlassungen nur zu dem mit der Einführung des Herkunftslandprinzip ermöglichten Zweck, derselben Tätigkeit unter Inanspruchnahme niedrigerer gesetzlicher Anforderungen nachzugehen, wird damit nicht ausreichend begegnet.

4. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nicht vom gesamten Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen

Artikel 2 schließt nur „nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interes-

se“ vom gesamten Anwendungsbereich der Richtlinie aus. Immer mehr Dienstleistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel die Wasserversorgung oder die Abfallentsorgung werden privatisiert und fallen damit unter weite Teile des Anwendungsbereichs der Richtlinie. Auch in den Branchen, die bereits durch andere Richtlinien liberalisiert sind, wie zum Beispiel die Strom- und Gasversorgung, ist völlig unklar, welche Auswirkungen der Richtlinienentwurf in den Bereichen haben würde, in denen diese Richtlinien nur wenig präzise definierte Regelungen enthalten wie etwa bei der Bestimmung des Betreibers von Verteilernetzen.

Besonders dramatisch ist dies hinsichtlich der zahlreichen Anforderungen an die Vergabe von Genehmigungen und Konzessionen, die in den Artikeln 9 bis 13 geregelt sind. So schreibt Artikel 12 vor, dass Konzessionen, deren Anzahl begrenzt ist, mit einer angemessenen zeitlichen Befristung zu versehen sind und die danach erfolgende Neuausschreibung mit keinerlei Bevorzugung des bestehenden Genehmigungsinhabers verbunden sein darf. Damit geraten alle Anforderungen unter starken ökonomischen Druck, die dem Genehmigungsinhaber vorschreiben, seine Einrichtung auf dem neusten technischen Stand zu halten, um einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen zu gewährleisten. Stattdessen steigt der Anreiz, alle dann noch getätigten Investitionen bis zum Ablauf der Genehmigungsdauer durch Einsparung von Personalkosten oder Umwälzung auf die Verbraucher bis zum Ende der Genehmigungsdauer wieder zu erwirtschaften. Völlig offen bleibt sowohl, was aus dem Personal wird, als auch, was aus den noch nicht abgeschriebenen Investitionen wird, wenn ein Genehmigungsinhaber in Folge einer Neuausschreibung seine Konzession verliert. Die Diskussion um die Hafentrichtlinie hat gezeigt, dass solche Fragen nicht befriedigend zu lösen sind, schon gar nicht in einer branchenübergreifenden Richtlinie. Unklar ist auch, wie sich die Richtlinie im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland auswirkt. Wenn eine Dienstleistung der allgemeinen Daseinsvorsorge auf Grund einer Privatisierung oder Gesetzesänderung nur in einem Bundesland oder einigen Kommunen für den Wettbewerb geöffnet ist, gilt sie dann auf dem gesamten Territorium der Bundesrepublik Deutschland als für den Wettbewerb geöffnet oder nur in der Gebietskörperschaft, die dies beschlossen hat?

5. Problematische Branchen nicht oder nur unzureichend ausgenommen

Wie bereits unter Punkt 4 ausgeführt, sind Teile der allgemeinen Daseinsvorsorge nur vom Herkunftslandprinzip ausgenommen. Auch für Bildung und Forschung gibt es

keine ausreichende Ausnahme, da im Bildungsbereich nur diejenigen Bereiche ausgenommen sind, die nicht überwiegend privat finanziert sind. Insbesondere im Hochschulbereich gibt es sowohl in Forschung als auch in Lehre einen bedenklichen Trend, zur Finanzierung immer mehr auf private Mittel zu setzen. Es ist völlig unklar, wie sich hier die Dienstleistungsrichtlinie auswirken wird, wenn der Anteil privater Mittel an der Finanzierung einer solchen Einrichtung 50 Prozent übersteigt.

6. Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten nach wie vor unzureichend

Der Richtlinienentwurf enthält zwar einige Bestimmungen zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, nach wie vor fehlt aber jegliche Sanktions- oder andere Handlungsmöglichkeit, wenn ein Staat diesen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Vergangenheit zeigt, dass Mitgliedsstaaten in vielen Fällen derartige Bestimmungen weitgehend ignorieren.

Außerdem wurde zwar im vergangenen Jahr eine EU-Richtlinie verabschiedet, mit der die Vollstreckung von Bußgeldern in anderen EU-Staaten erleichtert werden soll. Viele Wirtschaftsdelikte werden aber von dieser Richtlinie nicht erfasst. Offen bleibt auch, wie gut eine Durchgriffshaftung gewährleistet ist, wenn ein beklagtes Unternehmen in der Zwischenzeit in Konkurs geht.

Nach wie vor fehlen auch EU-weite Unternehmens- und Sozialversicherungsregister. Dieses Defizit ist um so bedenklicher, je einfacher es wird, in einem anderen Mitgliedsstaat ein neues Unternehmen zu gründen und damit wieder auf dem Inlandsmarkt aktiv zu werden. Viele Strafen wie zum Beispiel die Haftung bei betrügerischem Konkurs oder der Ausschluss von öffentlichen Bauaufträgen lassen sich so immer problemloser umgehen.

7. Gewerkschaftliche Rechte unzureichend geschützt

Der Richtlinienentwurf kommt sehr einseitig den Interessen von Unternehmen entgegen, sieht aber keinerlei Stärkung gewerkschaftlicher Rechte vor. Damit trägt der Richtlinienentwurf zu einer weiteren Aushöhlung der Tarifautonomie bei. Zwar wird in Artikel 1(6) klargestellt, dass der Entwurf keine juristischen Auswirkungen auf das kollektive und individuelle Arbeitsrecht haben soll, dies gilt allerdings nur insoweit, als dessen Bestimmungen unter Wahrung des Gemeinschaftsrechts angewendet werden. Was aber das genau bedeutet, ist immer wieder umstritten, ohne dass diese Unklarheit unter Absicherung der gewerkschaftlichen Rechte beseitigt wird. Ein Beispiel dafür ist die Frage, ob mit der Entsenderichtlinie alle Möglichkeiten voll-

ständig definiert sind, grenzüberschreitend tätige Dienstleister nationalen Gesetzen zu unterwerfen, die dem Schutz der Beschäftigten dienen, oder ob auch Regelungen möglich sind, die über den Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie hinausgehen.

Problematisch ist auch, dass Leiharbeit nicht vollständig vom Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen ist, sondern nur Dienstleistungen von Leiharbeitsagenturen. Die Verleihung von Arbeitnehmern zwischen Unternehmen, die keine Leiharbeitsagenturen sind, oder eine konzerninterne Verleihung zwischen Niederlassungen in unterschiedlichen Ländern, ist damit nicht vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen.

8. Mindestlohn

Die negativen Folgen der starken Lohndivergenzen im EU-Binnenmarkt und die immer stärker voranschreitende Aushöhlung der Tarifautonomie ließen sich abmildern, wenn auf nationaler Ebene endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt würde. Dieser Mindestlohn müsste so bemessen sein, dass mit ihm eine ausreichende Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand möglich ist.

Zusätzlich wäre eine konsequente Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit notwendig. Auch hier existiert derzeit sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene große Rechtsunsicherheit. Eine klare Abgrenzung zwischen echter Selbstständigkeit und Scheinselbstständigkeit, wie sie etwa in den ersten Jahren der rot-grünen Koalition in Deutschland schon einmal existierte, wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

In vielen Branchen würde allerdings selbst ein Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde noch ein deutliches Absinken der Löhne bedeuten. Deshalb bedarf es auch einer praktikablen Regelung, allgemeinverbindliche branchenbezogene Mindestlöhne einzuführen. Die derzeitige Ausgestaltung des Arbeitnehmerentsendegesetzes enthält keine derartige Regelung, da durch sie branchenbezogene Mindestlöhne nur dann für allgemeinverbindlich erklärt werden können, wenn auf Arbeitgeberseite ein Verhandlungspartner zustimmt, der Unternehmen repräsentiert, die mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigen, für die dieser Mindestlohn dann gelten würde. Ein möglicher Ausweg wäre, eine solche Regelung von der Zustimmung derjenigen Arbeitgebervereinigung abhängig zu machen, die die Arbeitgeberseite im jeweiligen Tarifgebiet am stärksten repräsentiert.

Die besten Regelungen helfen allerdings nichts, wenn ihre Einhaltung nicht durchgesetzt und kontrolliert werden kann. Wünschenswert wären die stärkere Förderung von Initiativen, die versuchen, Entsendearbeiter zu organisieren, wie dies etwa derzeit

der Europäische Verband der Wanderarbeiter versucht. Darüber hinaus wäre anzustreben, dass in allen Betrieben, in denen Entsendearbeiter eingesetzt werden, diese durch permanente Aushänge in ihrer Muttersprache in den Aufenthaltsräumen ihrer Betriebsstätte über ihre Rechte aufgeklärt werden müssen und dort auch Kontakttelefonnummern von Ansprechpersonen finden, die ihnen zur Seite stehen, wenn ihre Rechte verletzt werden

Attac Österreich Richtlinie gefährdet hohe Arbeits- und Sozialstandards

Das EU-Parlament stimmte heute in zweiter Lesung dem gemeinsamen Standpunkt des Rates zur Dienstleistungsrichtlinie zu.

Für Attac ist dies ein weiterer Beweis, dass die europäische Integration derzeit in die falsche Richtung läuft. „Eine EU, die das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen will, müsste sich etwa um hohe Standards bei Arbeitsrecht und Konsumentenschutz bemühen“, so Petra Ziegler von Attac Österreich. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie bietet dafür keine Anreize. Im Gegenteil: Anstatt eine Harmonisierung auf hohem Niveau anzustreben wird der Wettbewerbsvorteil für Anbieter aus Ländern mit niedrigen Standards festgeschrieben. „Es besteht die Gefahr, dass - ähnlich wie beim Steuerwettbewerb - hier eine Spirale nach unten in Gang kommt. Die Richtlinie bleibt eine Gefahr für die Qualität der Dienstleistungen. Die Leidtragenden werden sowohl die europäischen ArbeitnehmerInnen als auch die KonsumentInnen sein. Durch den heutigen Beschluss wird es sicher nicht gelingen das soziale Klima innerhalb der EU zu verbessern“, so Ziegler.

Nach der heutigen Entscheidung müssen sich Unternehmen bei grenzüberschreitend überbrachten Leistungen nur noch in eingeschränktem Maß an die Regeln des Ziellandes halten. Profitieren werden davon in erster Linie aggressiv expandierende Großkonzerne, ein verstärkter Verdrängungswettbewerb zu Lasten heimischer Klein- und Mittelbetriebe droht.

Die Mitgliedsstaaten haben „die freie Aufnahme und Ausübung der Dienstleistungserbringung zu gewährleisten“, Auflagen dürfen nur noch aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, der Gesundheit und des Umweltschutzes erfolgen. Bei darüber hinausgehenden Schutzbestimmungen wird wie bisher im Einzelfall zu klären sein, ob sie eine „unzulässige Einschränkung“ der Dienstleistungsfreiheit darstellen. „In Konsequenz werden politische Entscheidungen an den EuGH delegiert. Das Herkunftslandprinzip ist durch das Prinzip der Ungewissheit abgelöst worden“, so Ziegler abschließend.

<http://www.attac.at/4938.html>

Uri Avnery

Wütend auf Deutschland!

In Berlin fand am 3.-5.11.2006 eine Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum „Dialog für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten“ statt. An dieser Konferenz nahm auch der Mentor der israelischen Friedensbewegung, Uri Avnery, teil. Er erläutert im folgenden Interview seine Einschätzung der Lage im Libanon, im Iran, in Israel und Palästina, sowie die Rolle von Hisbollah und Hamas. Er formuliert eine beißende Kritik an der Bundesregierung, an Europa und den USA (1)

Frage: Alle zu dieser Konferenz eingeladenen palästinensischen Referenten sind nicht erschienen. Woran liegt das?

Antwort: Das hat drei Gründe: ein Teil ist von den Israelis nicht herausgelassen worden, ein anderer ist von der deutschen Regierung nicht rein gelassen worden, und ein dritter kam nicht aufgrund der innerpalästinensischen Spannungen und der Versuche, dort eine Einheitsregierung zu bilden.

In Israel selbst ist die innenpolitische Lage durch die Aufnahme von Lieberman in die Regierung sehr schwierig geworden. Wie wird sich die Lage dadurch verändern? Wird es eine Zunahme der Spannungen geben? Wird es einen neuen Krieg geben? Oder wird Israel sogar einen Angriff auf den Iran unternehmen?

Drei verschiedene Sachen.

Die Aufnahme von **Lieberman** hat heute keine außenpolitischen Folgen. Es hat innenpolitische und moralische Folgen, denn die Tatsache, dass in dieser Regierung der Kadima und Arbeitspartei jetzt ein ausgesprochener Rassist, nicht zu sagen: Faschist sitzt, das ist ein riesiger Schritt hin auf eine **Rechtsradikalisierung Israels**. Das ist für jeden beängstigend, der um die israelische Demokratie bangt. Es handelt sich hier um eine Partei, die mit beinahe 10% der Stimmen keine Randpartei ist, die ausgesprochen rassistisch ist, für eine ethnische Säuberung eintritt und von diktatorischen Bestrebungen nicht weit entfernt ist. Das ist etwas, worum wir Israelis uns kümmern müssen.

Ein weiterer **Krieg im Libanon** ist absolut möglich und – in einem halben Jahr bis zu einem Jahr – sogar wahrscheinlich. Denn dieser Krieg, den wir jetzt gehabt haben, dieser vollkommen überflüssige, dumme Krieg, den Olmert geführt hat, hat zu einer Diskreditierung des gesamten israelischen Systems geführt, auch zu einer Diskreditierung der Armeeführung, und darum liegt es immer nahe, dass die Regierung und das Militär sich danach sehnen, diesen Fleck auszumerzen in der

Hoffnung, dass man in einem neuen Krieg, auf den man sich besser vorbereitet, siegen könnte. Das ist eine Gefahr, die besteht.

In einem neuen Krieg werden die Ergebnisse genauso sein wie in diesem Krieg, weil er auf einer **total falschen Einschätzung der Hisbollah** beruht. Hisbollah ist keine Kraft, die von außen in den Libanon gekommen ist, sie ist weit mehr als eine Gruppe von Iran oder Syrien, Hisbollah ist eine authentische libanesische Bewegung, sie repräsentiert die schiitische Gemeinde, die beinahe die Hälfte der libanesischen Bevölkerung ausmacht. Sie hat bewiesen, dass sie kämpfen kann, und die Idee, dass man sie mit militärischen Mitteln besiegen kann, ist Unsinn.

Das Problem **Irans** ist weitgehender, auch viel gefährlicher. Iran ist im Begriff, sich mit Atomwaffen auszurüsten, man kann darüber diskutieren, wie viele Jahre es dauern wird, aber es ist scheinbar unabwendbar. Die Idee, dass Israel es mit militärischen Mitteln verhindern kann, ist unrealistisch, gelinde gesagt. Es ist äußerst fraglich, ob die USA es verhindern können, das wird von militärischen Fachleuten bestritten. Man muss sich darauf gefasst machen, in einer neuen Welt zu leben, in der der Iran Atomwaffen hat, und es ist die Frage, was dann passiert. Der iranische Präsident hat ziemlich verückte Erklärungen von sich gegeben, klar antisemitische Äußerungen, blöde Äußerungen, die den Holocaust verleugnen, und solche Sachen. Obwohl man solche Äußerungen ernst nehmen muss, besonders nach den Erfahrungen mit Hitlers „Mein Kampf“ – wir können nicht mehr sagen, wir nehmen nicht ernst, was ein solcher Demagoge von sich gibt, man muss es ernst nehmen – so besagt es glaube ich sehr wenig über die wirkliche Führung des Irans aus. Der Präsident ist nur ein Beamter der wirklichen Führung, die wirkliche Führung ist die geistige Führung des schiitischen Islams und vom ersten Tag an bis heute hat diese Führung sich äußerst rationell und vorsichtig verhalten, sie hat nie einen Krieg angezettelt, im Gegenteil, sie behauptet, dass Iran

überhaupt in den letzten 2000 Jahren keinen einzigen Krieg angezettelt hat. Ich würde eher annehmen, dass ein Gleichgewicht des Schreckens zwischen Israel und Iran entstehen wird, wie seinerzeit zwischen den USA und der SU. Ein unangenehmer Zustand, ein gefährlicher Zustand, aber nicht das Ende der Welt.

Der Konflikt im Nahen Osten dauert nun schon 120 Jahre oder 5 Generationen. Gibt es denn für die nächsten 30 bis 50 Jahre überhaupt eine Perspektive, dass dieser Konflikt lösbar ist? Einige wie Meretz fordern die Aufnahme von Israel und Palästina in die EU, andere fordern, dass sich Israel in die arabische Welt integriert, die LINKE fordert eine neue Nahostkonferenz. Wie sehen Sie das, mit dem weiten Zeithorizont Ihrer Lebenserfahrung?

Ich bin 83 Jahre alt und bin fest entschlossen, den Frieden noch zu erleben, also kann es keine 40 Jahre mehr dauern. Es wird früher geschehen. Ich glaube, der Frieden wird zustande gekommen, die kleinen taktischen Fragen sind nicht sehr wichtig. **Wichtig ist, dass beide Völker zu der Überzeugung kommen, dass der Friede für sie gut ist**, dass ihre Sicherheit, ihre Zukunft, nur in einem Frieden gewährleistet werden kann. Und trotz der schlimmen Sachen, die täglich passieren, glaube ich, dass dieser **unterirdische geistige Prozess** in vollem Gange ist. Sogar dieser unglückselige Krieg gegen den Libanon hat ein sehr positives Resultat, es hat nämlich die Überzeugung erschüttert, dass man alles mit militärischen Mitteln erreichen kann, dass das israelische Militär unbesiegbar ist, und dass es nur an uns liegt, wollen wir dies oder das Problem mit unserer Armee lösen. Das ist heute nicht mehr so sicher. Das Vertrauen in die Macht der israelischen Armee ist erschüttert. Das Image der Armeechefs als Superman ist nicht mehr da. Sogar die israelischen Medien, die bisher immer sehr konformistisch waren, wagen es heute, die Weisheit und Kompetenz der Armeeführung zu bezweifeln. Und das ist ein Teil dieser Entwicklung, dass wir

langsam zu der Überzeugung kommen - wir Israelis als Volk -, dass militärische Macht begrenzt ist und dass man unsere Probleme nicht mit militärischen Mitteln lösen kann. Das ist eine sehr wichtige Entwicklung auf dem Weg zum Frieden.

Welche Rolle spielt Europa auf dem Weg zum Frieden und was ist die Rolle Deutschlands

Ich bin wütend auf Deutschland, weil Deutschland eine Reihe von Sachen gemacht hat, die einen eigentlich nicht nur wütend machen kann, sondern Zweifel an der Politik Deutschlands aufkommen lassen.

Als wir zum Beispiel während des Libanon-Krieges täglich in Tel Aviv gegen diesen Krieg demonstriert haben, wo tausende auf die Straße gegangen sind um gegen diesen Krieg zu demonstrieren, der noch im vollen Gange war, hat Deutschland beschlossen, etwas gegen die Beendigung des Krieges zu tun und **gegen einen Waffenstillstand** zu stimmen. Gerade für Deutschland ist das beinahe unglaublich, das ist eine Militarisierung des Denkens der Bundesrepublik, dass die Bundesrepublik gegen einen Waffenstillstand irgendwo auf der Welt überhaupt stimmen kann.

Dann der Beschluss, als das palästinensische Volk eine Regierung gewählt hat, die Deutschland nicht gefallen hat, die Europa nicht gefallen hat, die vor allem den USA nicht gefallen hat: **Deutschland hat Sanktionen gegen Palästina verhängt**, praktisch eine Blockade verhängt. Eine Blockade ist ein Kriegsakt, und ich würde sagen, Deutschland ist in diesem Augenblick im Krieg mit Palästina. Die Idee, dass man ein Volk aushungern darf, um es dazu zu bringen, seine Regierung abzusetzen und eine Quisling-Regierung einzusetzen, die von den USA und Israel ernannt wird, ist ein ungeheuerliche Idee, besonders wenn es von Deutschland kommt.

Darüber bin ich wütend.

Wenn Sie mich fragen, was Deutschland tun sollte, würde ich sagen: das Gegenteil. **Deutschland – und Europa überhaupt – sollten einen Dialog mit der Hamas aufnehmen.** Hamas ist eine Tatsache, ein Teil der Realität, man kann sie nicht wegdenken, sie verliert nicht an Kraft aufgrund der Blockade, im Gegenteil, sie wächst aufgrund der Blockade. Wenn die Palästinenser wütend sind, wählen sie die Hamas noch mal oder sie wählen jemanden, der noch extremer ist. Hamas ist nicht die extremste Bewegung in Palästina, es gibt Gruppen, die bei

weitem extremer sind wie z.B. der islamische Jihad und andere Kreise. Hamas ist ansprechbar. Meine Freunde und ich haben den Dialog aufgenommen am Tag nach der Wahl. Leider sind alle unsere Gesprächspartner verhaftet worden, die sitzen im Gefängnis, aber man kann absolut mit den Leuten sprechen, sie sind weder verrückt noch fanatisch. Sie haben eine gewisse Auffassung, durch die islamische Theologie bedingt, das macht es schwerer, mit ihnen zu paktieren als z.B. mit der PLO seinerzeit. Ich habe schon vor vielen Jahren gesagt: wer nicht bereit ist, mit Arafat zu verhandeln, der wird Hamas bekommen, und ich würde heute hinzufügen: **Wer heute nicht bereit ist, mit Hamas zu verhandeln, wird den Jihad bekommen** usw. Hamas versucht, ihre Theologie zu umgehen, indem sie alle möglichen taktischen Vorschläge macht, um praktisch Israel anzuerkennen und praktisch mit Israel zu verhandeln und praktisch mit Israel zu einem Friedensvertrag zu kommen, obwohl die Semantik eine neue Semantik ist. Darauf muss man sich einfach einstellen.

Das erste ist, man muss versuchen, die Leute zu verstehen, was ist ihre geistige Welt, was ist ihre Terminologie, was können sie tun, was können sie nicht tun. Dafür braucht man einen Dialog. Man kann den Dialog nicht umgehen, wenn man sich verständigen will, man muss der anderen Seite zuhören.

Europa unter deutscher Führung (EU-Präsidentschaft) sollte das Tabu gegenüber der Hauptströmung der palästinensischen Bewegung aufheben, einen vernünftigen Dialog entfalten, direkt oder indirekt, auf Regierungsebene oder einer anderen Ebene. Diese Konferenz wäre ja eine wunderbare Gelegenheit zur Aussprache gewesen. Der deutsche Beschluss, Hamas hier nicht zuzulassen, ist ein skandalöses Benehmen der Regierung der Bundesrepublik. Es ist auch blöde, denn hier gab es die Gelegenheit, auf Nichtregierungsebene einen Dialog zu starten, sie dazu zu zwingen, Farbe zu bekennen und eine klare Position zu beziehen. Das zu verhindern, nützt weder Deutschland noch Israel.

Man fragt sich, warum das so gekommen ist. Kann es sein, dass Deutschland und Israel ein gemeinsames Problem haben: die Abhängigkeit von den USA? Dass es nur dann möglich ist, zu neuen Lösungen zu kommen, wenn Deutschland sich aus der Unterwürfigkeit unter die USA befreit und sich Israel aus der Abhängigkeit von den USA löst und sich endlich auf die Nachbarn und die Region konzentriert?

Deutschland hat mehr als ein Problem gegenüber Israel. Eins ist **die Abhängigkeit von den USA**. Das hat mir mal ein sehr führender deutscher Politiker gesagt: Im Nahen Osten können wir nichts tun, es hängt alles von der USA ab und wir sind machtlos.

Aber Deutschland hat natürlich **ein psychologisches Problem mit Israel** wegen der Erinnerung an den Holocaust. Man kann es sich nicht wegdenken. Ich würde mir auch gar nicht wünschen, es wegzudenken. Es ist ja gut, dass Deutschland sich an den Holocaust erinnert und daraus moralische Konsequenzen zieht. Aber die Konsequenz kann doch nicht sein, dass man wegen der Erinnerung an den Holocaust eine unmoralische Politik gegenüber der Palästinensern macht. Weil man vor zwei Generationen ein schreckliches Unheil angerichtet hat, kann man doch jetzt nicht ein neues Unheil anrichten. Das ist nicht moralisch, **das ist unmoralisch**. Ich lehne es überhaupt ab, dass man – wenn man für Israel ist – gegen die Palästinenser sein muss. Oder vice versa: wenn man den Palästinensern helfen will, dass man dann gegen Israel sein muss.

Man kann für Israel und für Palästina sein, indem man die wahren Patrioten auf beiden Seiten, die den Frieden wollen, unterstützt. Das sollte Deutschland, das sollte Europa unter deutscher Führung tun.

Gab es auch vor dem Libanon-Krieg Protestaktionen, als Israel in den Gaza einmarschiert ist?

Die Situation in **Gaza** war nicht so klar wie im Libanon, im Gaza ging der Krieg, diese schreckliche Besatzung, die ganze Zeit vor sich, darum war die Reaktion weniger dramatisch. Wir haben jetzt, gerade heute Abend, eine monatelange Aktion eingeleitet gegen die Blockade im Gaza. Heute haben wir eine riesige Demonstration, eine Trauerkundgebung zum Tod von Isaak Rabin, da werden 100000 Menschen da sein, und unsere Bewegung, Gush Shalom, verteilt einen Aufkleber „Man redet mit dem Feind – wir müssen mit Hamas sprechen“, das machen wir einen Monat lang, um die Aufmerksamkeit auf Gaza zu richten. Gaza ist heute im israelischen Bewusstsein schon so zu Routine geworden, als ob es regnet oder irgendein anderes Naturereignis wäre. Dort kommen jeden Tag 5 bis 10 Palästinenser um, und es wird darüber überhaupt nicht berichtet. Unsere Aufgabe ist es, die Aufmerksamkeit der israelischen Öffentlichkeit darauf zu richten und zu betonen, dass dort täglich schreckliche Dinge von unseren Leuten, in unserem Namen, an-

gestellt werden. Das ist eine Anschlussaktion auf unseren Protest gegen den Libanon-Krieg, auf die wir sehr stolz sind. Denn das hat ein Ausmaß erreicht, die uns angenehm überrascht hat. Natürlich ist es immer sehr schwer, während eines Krieges, in dem unsere Soldaten eingesetzt werden, gegen den Krieg zu protestieren. Vor Kriegsende haben wir 10000 Menschen im Zentrum von Tel Aviv zusammen gebracht, obwohl einige Bewegungen wie „Peace Now“ den Krieg unterstützt haben.

Jetzt geht es um Gaza, da kann und sollte Europa eine Rolle spielen. Diese Idee, dass es keine Lösung gibt, eine Idee, die um sich greift, „Es gibt eben Probleme, die man nicht lösen kann“ – das ist furchtbar bequem, man braucht ja nichts zu tun für Frieden, man braucht keinen Preis zu zahlen dafür, es ist eine gottgegebene Situation. Dieser Idee müssen wir ein Ende setzen. **Es gibt eine Lösung**, es gab immer eine Lösung, es gibt jetzt eine Lösung. Die Lösung an sich ist vollkommen klar, wie sie aussehen wird, nach all den 100 Plänen, die bisher ausgearbeitet

wurden, die ähneln sich alle sehr, sind zu 90% identisch (2). Die Frage ist, ob man einen Preis zahlen will, ob man ernsthaft verhandeln will. Der Sieg der Hamas dient Israel und den USA und damit auch Europa als Ausrede, um zu sagen: mit den Leuten kann man nicht verhandeln, und sie verhandeln nicht.

Aber, wer ein gutes Gedächtnis hat, weiß, dass genau dieselben Argumente, mit genau denselben Worten, benutzt worden sind, um sich Verhandlungen mit der PLO zu verweigern. Ich habe 1982 im belagerten Beirut die Fronten überquert und als erster Israeli mich mit Yassir Arafat getroffen. Auf dem Rückweg nach Israel hörte ich schon im Radio, dass 4 Minister forderten, mich wegen Hochverrats vor Gericht zu stellen. „Kontakt mit dem Feind während eines Krieges“. Aber wir wissen, was dabei herausgekommen ist: ein Vertrag mit der PLO und mit Yassir Arafat. Wir werden auch jetzt mit Hamas verhandeln, wie wir mit der PLO verhandelt haben und hoffentlich mit Hamas zu einer Lösung kommen, wie wir sie in Oslo erreicht haben. **Oslo** war al-

lerdings leider ein schlechter Vertrag, er ist sofort gebrochen worden von Israel, auch von der anderen Seite. Ich hoffe, wir lernen daraus, dass wir das nächste Mal zu einem vernünftigen Vertrag kommen werden. Dass wir dazu gezwungen werden durch die Gegebenheiten, ist mir vollkommen klar. Am Ende kommen wir immer wieder zu ein paar grundlegenden Wahrheiten zurück. In diesem kleinen Land gibt es zwei Völker. Diese beiden Völker sind da, sie werden nicht weggehen oder verschwinden. Darum müssen wir eine Lösung finden, die für beide Völker annehmbar ist

Danke, Uri Avnery. Hoffen wir, das wir „Jüngeren“ auch noch mit 83 Ihren Optimismus und Ihre Kampfkraft haben werden!

Wie unsere arabischen Freunde sagen „Inshallah“ – „Wenn Gott es will“

(1) Interview mit Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann

(2) 101 neue Thesen Wahrheit gegen Wahrheit

Ein Gush Shalom-Dokument zum israelisch-palästinensischen Konflikt

(...)

100. Das neue Friedenslager muss einen Friedensplan formulieren, der auf den folgenden Prinzipien beruht:

- a) Die Besatzung muss aufhören. Ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat wird neben Israel errichtet.
- b) Die Grüne Linie wird die Grenze zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina sein. Begrenzter Landaustausch wird nur durch gegenseitiges Einvernehmen möglich sein, der durch freie Verhandlungen im Verhältnis von 1:1 erreicht wird.
- c) Alle israelischen Siedler werden aus dem Gebiet des Staates Palästina evakuiert, und die Siedlungen werden den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.
- d) Die Grenze der beiden Staaten wird nach Übereinkunft durch gemeinsame Abkommen für Waren und Menschen offen sein.
- e) Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten sein. West-Jerusalem wird die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas sein. Der Staat Palästina wird die vollständige Souveränität über Ost-Jerusalem, einschließlich des Haram Al-Sharif (Tempelberg) haben. Der Staat Israel wird die volle Souveränität über West-Jerusalem haben, einschließlich der Klagemauer und dem jüdischen Viertel in der Altstadt. Die beiden Staaten werden ein Abkommen über die Einheit der Stadt auf Verwaltungsebene erreichen.
- f) Israel wird im Prinzip das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen und moralische Verantwortung für seinen Teil bei der Schaffung des Problems übernehmen. Ein Wahrheitsfindungs- und Versöhnungskomitee wird die historischen Fakten in objektiver Weise nachweisen. Die Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das sich nach gerechten, fairen und praktischen Erwägungen ausrichtet und auch Rückkehr auf das Gebiet des palästinensischen Staates, Rückkehr einer begrenzten und abgestimmten Zahl auf das Gebiet von Israel, Zahlungen von Kompensation und Ansiedlung in anderen Ländern einschließt.
- g) Die Wasserressourcen werden gemeinsam kontrolliert und durch ein Abkommen gleich und fair geteilt.
- h) Ein Sicherheitspakt zwischen den beiden Staaten wird die Sicherheit von beiden garantieren und die besonderen Sicherheitsbedürfnisse von beiden berücksichtigen. Das Abkommen wird durch die internationale Gemeinschaft unterstützt und durch internationale Garantien bestätigt.
- i) Israel und Palästina werden mit anderen Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine regionale Gemeinschaft nach dem Vorbild der Europäischen Union zu errichten.
- j) Die ganze Region wird von Massenvernichtungswaffen frei gemacht. (...)

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden>

Der Text erschien im AphorismA Verlag Berlin (Reihe: kleine Texte)

Die folgende Analyse der politischen Lage im gesamten Mittleren Osten enthält für die Friedensbewegung in Deutschland eine besondere Aktualität angesichts der zunehmenden militärischen Kämpfe in Afghanistan und der traurigen Rolle, die die Bundeswehr dort als devoter Diener der US-Interessen spielt. Der Aufsatz wurde von Samir Amin im Juli 2006 erarbeitet, noch vor dem Angriff Israels gegen den Libanon. Der Abschnitt zum Libanon wurde später hinzugefügt und der gesamte Aufsatz in der Zeitschrift „Afrique Asie“ (9/2006) veröffentlicht. (Anm. d. Redaktion)

Samir Amin

Die USA und ihre Verbündeten bekämpfen

Die Region des "Broader Middle East" (Palästina, Libanon, Syrien, Irak, Afghanistan, Iran) als Zentrum eines Konfliktes, in dem sich die führende Kraft des Imperialismus und die Völker der ganzen Welt gegenüber stehen

Die USA verfolgen den Plan, ihre militärische Kontrolle auf die ganze Welt auszudehnen. Sie werden dabei unterstützt von ihren untergeordneten Verbündeten in Europa und von Israel.

Aus vier Gründen wurde der „Mittlere Osten“ in dieser Perspektive als Region für den ersten Angriff ausgewählt:

- *Dort befinden sich die ergiebigsten Erdölvorkommen der Erde. Deren direkte Kontrolle durch die US-Armee gäbe Washington eine privilegierte Stellung, die seine Verbündeten – Europa und Japan – und seine möglichen Gegner (China) in eine für deren Energieversorgung unangenehme Situation der Abhängigkeit bringen würde.*
- *Diese Region befindet sich mitten in der alten Welt und diese Lage macht es leicht, eine dauerhafte militärische Bedrohung gegen China, Indien und Russland auszuüben.*
- *Diese Region ist zur Zeit geschwächt und verunsichert und erlaubt dem Angreifer - zumindest kurzfristig - einen leichten Sieg.*
- *die USA haben dort in Israel einen bedingungslosen Verbündeten, der über Atomwaffen verfügt.*

Den Ländern und Nationen an der Frontlinie (Afghanistan, Irak, Palästina, Libanon, Syrien, Iran) bringt dieser Angriff eine Situation der Zerstörung (die ersten vier) oder der akuten Bedrohung (Syrien, Iran).

Die Aggression gegen den Libanon

Der Angriff Israels gegen das libanesisches Volk, der am 11. Juli 2006 begann, ist Bestandteil des amerikanischen Planes für diese Region. Die Gefangennahme von zwei israelischen Soldaten auf libanesischem Boden und die berechnete Forderung, diese gegen die von den Israelis auf libanesischem Territorium gekidnappten libanesischen Bürger auszutauschen, diente dafür nur als Vorwand. Die Durchführung dieses Plans wurde durch die UNO-Resolution vorbereitet, die den Abzug der syrischen Armee aus dem Libanon und die „Entwaffnung“ der Hisbollah nach dem Mord an Rafic el Hariri forderte, eine Tat, die immer noch nicht aufgeklärt wurde. Die USA und Europa wiederholen ihre Forderung nach einer vollständigen Erfüllung dieser Resolution, hüten sich aber daran zu erinnern, dass die Maßnahmen zur Erfüllung der Resolution 242, welche die Räumung des seit 1967 besetzten Palästinas forderte, niemals in Angriff genommen wurden! Und sie vergessen natürlich auch die Forderung nach Rückgabe der Golanhöhen an Syrien! Das ist zu plump!

Der Plan der USA ist darauf ausgerichtet, die gesamte Region unter die militärische Kontrolle Washingtons zu bringen (verpackt als „Demokratie-Export“!) und dort eine durch die Plünderung der Ölfelder zu ihren Gunsten gestaltete neoliberale Ord-

nung zu errichten. Washington hat ebenfalls die zionistischen Phantasmen übernommen: das Auseinanderbrechen der Region in Mikrostaaten nach ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten und eine Art „Protektorat“ Israels über diese Staaten im Kielwasser der Vereinigten Staaten.

Die Durchführung dieses Planes ist schon weit fortgeschritten: Palästina, der Irak und Afghanistan sind besetzt und zerstört, Syrien und der Iran nach dem Libanon offen bedroht. Aber das Scheitern des Plans ist auch offensichtlich: Der Widerstand der Völker wird nicht schwächer, das libanesische Volk verteidigt in vorbildlicher Einheit seine Kämpfer. Es enttäuscht so die Erwartungen Tel Avivs, Washingtons und die der Europäer. Mit einfachen Mitteln macht der libanesischer Widerstand den feindlichen Armeen schwer zu schaffen, die dank der von der amerikanischen Militärbasis Diego Garcia aus organisierten Luftbrücke hochgerüstet sind (daran kann man den Nutzen dieser Militärbasen für den globalen Plan Washingtons erkennen).

Afghanistan

Die beste Zeit in Afghanistans neuerer Geschichte war die Phase der sog. "kommunistischen" Republik. Ein Regime eines aufgeklärten modernistischen Despotismus, das den Zugang für Kinder beider Geschlechter zur Bildung weit öffnete, gegen

Aberglauben und Unwissenheit vorging und daher im Inneren der Gesellschaft unterschiedene Unterstützung fand. Die von ihm durchgeführte „Agrarreform“ bestand im Wesentlichen aus einer Reihe von Maßnahmen, die die tyrannische Herrschaft der Stammesführer beschränken sollte. Die zumindest stillschweigende Unterstützung durch die Mehrheit der Bauern versprach den wahrscheinlichen Erfolg dieser Entwicklung, die gut in Gang gekommen war. Die Propaganda, die sowohl von den westlichen als auch von Medien des politischen Islam verbreitet wurde, hat diese Politik als „totalitären und atheistischen Kommunismus“ dargestellt, der vom afghanischen Volk abgelehnt wurde. In Wirklichkeit war dieses Regime ebenso wie das von Atatürk zu seiner Zeit keineswegs „unpopulär“.

Die Tatsache, dass seine Initiatoren sich selbst in ihren beiden Hauptfraktionen (Khalq und Parcham) als Kommunisten bezeichneten, ist in keiner Weise überraschend. Das Vorbild des von den Nachbarvölkern im sowjetischen Zentralasien erreichten Fortschritts (trotz allem, was man sich zu diesem Thema erzählte und trotz der autokratischen Praktiken des Systems) – verglichen mit den permanenten sozialen Katastrophen in den vom britischen Imperialismus geführten Nachbarstaaten (Indien und Pakistan) – hatte hier und in vielen anderen Ländern der Region dazu geführt, dass die Patrioten das ganze Ausmaß ken-

nen lernten, mit dem der Imperialismus jeden Versuch einer Modernisierung behinderte. Die Aufforderung einzumarschieren, die einige Fraktionen an die Sowjets gerichtet hatten, um die anderen loszuwerden, hat sich sicherlich negativ ausgewirkt und die Möglichkeiten des Projektes zur Errichtung eines nationalen, populistischen und modernistischen Nationalstaates belastet.

Die Vereinigten Staaten insbesondere und ihre Verbündeten der Triade (= USA, Europa, Japan) im Allgemeinen waren immer hartnäckige Gegner der afghanischen Modernisierer, egal ob sie Kommunisten waren oder nicht. Sie waren es, die die fortschrittsfeindlichen Kräfte des politischen Islam pakistanischer Ausprägung (die Taliban) und die Warlords (die vom sog. „kommunistischen“ Regime erfolgreich kalt gestellten Stammesführer) mobilisiert, ausgebildet und bewaffnet haben. Sogar nach dem sowjetischen Rückzug hätte der Widerstand, zu dem die Regierung Najibullah sich fähig zeigte, wahrscheinlich gesiegt, wenn nicht Pakistan eingegriffen hätte, um zunächst die Taliban und dann noch die wieder erstarkten Warlords zu unterstützen, was das Chaos noch verschlimmerte.

Afghanistan wurde durch die Intervention der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten und Agenten, insbesondere der islamistischen, verwüstet. Afghanistan kann nicht unter dem Schirm ihrer Macht wieder aufgebaut werden, eine Macht, die nun - notdürftig maskiert - von einem Hanswurst ausgeübt wird, der keine Wurzeln im Land hat und vom transnationalen texanischen Konzern eingeflogen wurde, deren Angestellter er war. Die angebliche „Demokratie“, in deren Namen Washington, die NATO und die zur Hilfe gerufene UNO die Fortsetzung ihrer „Anwesenheit“ (in Wahrheit Besatzung) zu rechtfertigen behaupten, was von Anfang an eine Lüge war, ist zu einer einzigen Farce verkommen.

Es gibt nur eine Lösung für das afghanische „Problem“: Dass alle ausländischen Kräfte das Land verlassen und dass alle Mächte gezwungen werden, ihre „Verbündeten“ weder weiter zu finanzieren noch ihnen Waffen zu liefern. Jenen besorgten Seelen, die befürchten, dass das afghanische Volk dann die Diktatur der Taliban (oder die der Warlords) zulassen wird, antworte ich, dass die Anwesenheit der ausländischen Mächte bisher die beste Unterstützung dieser Diktatur war und bleiben wird! Und dass das afghanische Volk einen anderen Weg eingeschlagen hatte, – einen Weg, der den Keim zu einer bestmöglichen Entwicklung in sich trug - zu einer Zeit, als der „Westen“ gezwungen war, sich weniger um afghanische Angelegenheiten zu kümmern. Dem aufklärten Despotismus der „Kommunisten“ hat die zivilisierte westliche Welt immer den fortschrittsfeindlichen Despotismus vorgezogen, der für die eigenen Interessen erheblich weniger gefährlich war!

Der Irak

Die bewaffnete Diplomatie der Vereinigten Staaten hatte sich zum Ziel gesetzt, den Irak buchstäblich zu zerstören, lange bevor ihr dafür zweimal ein Vorwand geliefert wurde, einmal anlässlich der Invasion in Kuwait 1990 und dann nach dem 11. September, der zu diesem Zweck von Bush Junior mit bodenlosem Zynismus und mit Lügen à la Goebbels ausgenutzt wurde, und zwar nach der Formel: „wiederholt man eine Lüge 1000 Mal wird sie Wirklichkeit“.

Der Grund hierfür ist offensichtlich und hat nichts zu tun mit dem Gerede, das zur „Befreiung“ des irakischen Volkes von der (wirklich) blutigen Diktatur Saddam Husseins aufrief. Der Irak besitzt in seinem Boden einen großen Teil der besten Ölserven unseres Planeten; aber obendrein hatte es der Irak geschafft, wissenschaftliche und technische Fachleute auszubilden, die durch ihre vereinten Fähigkeiten in der Lage waren, ein in sich geschlossenes nationales Projekt voran zu bringen. Diese „Gefahr“ musste durch einen „Präventivkrieg“ gebannt werden - die Vereinigten Staaten haben sich ja das Recht herausgenommen, jederzeit und an jedem Ort einen Präventivkrieg durchzuführen, ohne Achtung für das Internationale „Recht“.

Jenseits dieser offensichtlich banalen Feststellung bleibt allerdings eine ganze Reihe ernster Fragen zu untersuchen:

- Warum konnte der Plan Washingtons so leicht den Anschein eines überwältigenden Erfolgs annehmen?
-) Welches ist die durch ihn entstandene neue Lage, vor der die irakische Nation heute steht?
- Welche Antworten geben die verschiedenen Teile des irakischen Volkes auf diese Herausforderung?
- Welche Lösungen können die demokratischen und fortschrittlichen irakischen, arabischen und internationalen Kräfte hervorbringen?

Die Niederlage Saddam Husseins war vorhersehbar. Gegenüber einem Feind, dessen hauptsächlichlicher Vorteil in der Fähigkeit besteht, durch straflose Bombardierungen Völkermord zu betreiben (der Einsatz von Atomwaffen bleibt abzuwarten), haben die Völker nur eine mögliche wirksame Antwort: ihren Widerstand im überfallenen Land zu entfalten.

Jedoch hatte sich das Regime von Saddam bemüht, alle seinem Volk verfügbare Verteidigungsmittel zu vernichten und zwar durch die systematische Zerstörung aller Organisationen, aller politischen Parteien (der kommunistische Partei an erster Stelle), die die Geschichte des modernen Irak geschrieben haben, einschließlich der Baath-Partei, selbst ein Hauptakteur in der modernen irakischen Geschichte.

Überraschend in diesem Zusammenhang ist nicht, dass das „irakische Volk“ sein Land ohne Kampf besetzen ließ.

Überraschend ist auch nicht, dass einige Verhaltensweisen (wie seine offensichtliche Beteiligung an den von der Besatzungsmacht organisierten Wahlen oder der Ausbruch der Bruderkriege, in dem Kurden, sunnitische Araber und schiitische Araber gegeneinander kämpften) darauf hinzuweisen scheinen, dass die mögliche Niederlage hingenommen wurde (worauf die Planungen Washingtons basierten).

Überraschend ist vielmehr, dass der Widerstand vor Ort jeden Tag zunimmt (trotz aller schwerwiegenden Schwächen, die diesen Widerstand kennzeichnen), dass er schon den Einsatz eines scheinbar „Ordnung“ stiftenden Lakaierenregimes unmöglich gemacht hat, dass er in gewisser Weise schon das Scheitern des amerikanischen Planes bewiesen hat. Die internationale Anerkennung dieses Marionettenregimes durch die gezähmte UNO ändert nichts an der Realität: sie ist weder rechtmäßig noch akzeptabel.

Durch die ausländische Besatzung ist dennoch eine neue Situation entstanden. Die irakische Nation ist wirklich bedroht, weil der Plan der USA nur durch eine Zerschlagung des Landes weiter verfolgt werden kann. Denn die USA sind nicht in der Lage, ihre Kontrolle über das Land mittels einer Regierung mit „nationalem“ Anstrich aufrecht zu erhalten und seine Ölserven zu plündern, was ja das Hauptziel war. Das Auseinanderbrechen des Landes in mindestens drei „Staaten“ (Kurdisch, Arabisch-sunnitisch und Arabisch-schiitisch) war vielleicht von Anfang an das Ziel der sich mit Israel auf einer Linie befindenden USA (die Archive werden es später enthüllen). Wie dem auch sei, Washington spielt die Karte des „Bürgerkriegs“, um seine Besatzung zu rechtfertigen. Denn die dauernde Besatzung war und bleibt das Ziel: Es ist das einzige Mittel für Washington, die Kontrolle über das Öl zu behalten.

Man kann den „Absichtserklärungen“ von Washington im Stil von „wir verlassen das Land, sobald die Ordnung wieder hergestellt ist“, sicher keinerlei Glauben schenken. In diesem Zusammenhang erinnert man sich daran, dass die Briten ihre Besatzung Ägyptens von 1882 an niemals anders als „provisorisch“ bezeichnet haben (sie dauerte bis 1956!). In der Zwischenzeit zerstören die USA natürlich jeden Tag ein wenig mehr mit allen - auch kriminellsten - Mitteln das Land, seine Schulen, seine Fabriken, seine wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die Antwort, die das irakische Volk auf diese Herausforderung gibt, scheint - jedenfalls zur Zeit - nicht dem äußersten Ernst der

Situation zu entsprechen. Und das ist noch das Geringste, was man dazu sagen kann. Welches sind die Gründe dafür?

Die herrschenden westlichen Medien wiederholen bis zum Überdruß, dass der Irak ein „künstliches“ Land sei und dass die Unterdrückung der Schiiten und Kurden durch das „sunnitische“ Regime Saddams die Ursache des unvermeidlichen Bürgerkriegs sei, den die andauernde Besatzung vielleicht stoppen könne. Der „Widerstand“ sei demnach auf einige islamistische pro-Saddam-Zentren im sunnitischen „Dreieck“ begrenzt.

Wie kann man nur so viele Lügen aneinanderreihen.

Die britische Kolonialmacht hatte nach dem ersten Weltkrieg viel Mühe, den Widerstand des irakischen Volkes zu brechen. Um ihre Macht zu behaupten, haben die Briten in voller Übereinstimmung mit ihrer imperialen Tradition eine importierte Monarchie und eine Klasse von Großgrundbesitzern geschaffen. Sie gaben dem sunnitischen Islam eine privilegierte Stellung. Aber trotz ihrer systematischen Bemühungen sind die Briten gescheitert. Die Kommunistische Partei und die Baath-Partei bildeten die wichtigsten organisierten politischen Kräfte, die die „sunnitische“ Monarchie davonjagten, die von allen gehasst war, von Sunniten, Schiiten und Kurden.

Der heftige Zusammenstoß dieser beiden Kräfte, hauptsächlich ausgetragen zwischen 1958 und 1963, endete mit dem Sieg der Baath-Partei, was damals von den westlichen Mächten mit Erleichterung begrüßt wurde. Das kommunistische Projekt jedoch trug in sich den Keim einer möglichen demokratischen Entwicklung, das Projekt der Baath-Partei hingegen überhaupt nicht. Die Baath-Partei, panarabisch, nationalistisch und prinzipiell eine Einheitspartei, bewunderte das preußische Modell der deutschen Reichsgründung, rekrutierte ihre Mitglieder im modernistischen verweltlichten Kleinbürgertum und zeigte sich feindlich gegenüber fortschrittsfeindlichen Formen der Religion. Als die Baath-Partei an der Macht war, entwickelte sie sich, wie vorauszusehen, in eine Diktatur, deren Staatsraison nur halbherzig antiimperialistisch war, halbherzig in dem Sinn, dass - entsprechend den jeweiligen Entwicklungen und Umständen - die beiden Partner (die Baath-Regierung im Irak und der in der Region herrschende amerikanische Imperialismus) einen Kompromiss aushandeln konnten. Dieser „Deal“ hat die Entwicklung des Führers zum Größenwahn gefördert, der sich einbildete, Washington würde es akzeptieren, ihn zu seinem Hauptverbündeten in der Region zu machen.

Die Unterstützung Bagdads durch Washington (samt Lieferung chemischer Waffen) im absurden und kriminellen Krieg gegen den Iran von 1980 bis 1989 schien dies em Kalkül Glaubwürdigkeit zu verleihen. Saddam

konnte sich nicht vorstellen, dass Washington falsch spielte, dass die Modernisierung des Irak für den Imperialismus unannehmbar war und dass die Entscheidung, das Land zu zerstören, bereits gefallen war. Nachdem er in die Falle getappt war (Saddam war grünes Licht gegeben worden für die Annexion Kuwaits – eigentlich eine irakische Provinz, die die britischen Imperialisten abgetrennt hatten, um daraus eine ihrer Erdölkolonien zu machen), wurde der Irak zehn Jahre lang Sanktionen unterworfen, die das Land ausbluten sollten, um die glorreiche Eroberung leerer Räume durch die amerikanische Armee zu erleichtern.

Man kann den aufeinander folgenden Regierungen des Baath alles vorwerfen, auch derjenigen, die während der letzten Phase seines Niedergangs im Amt war und unter Saddams „Leitung“ stand, nur nicht, den konfessionellen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten geschürt zu haben.

Wer also ist verantwortlich für die blutigen Zusammenstöße, die heute zwischen den beiden Gemeinschaften stattfinden? Eines Tages wird man sicher erfahren, wie die CIA (und zweifellos auch der Mossad) viele dieser Massaker organisiert haben.

Aber es ist auch wahr, dass die politische Wüste, die Saddam geschaffen hat, und das Beispiel seiner opportunistischen, prinzipienlosen Methoden andere dazu gebracht hat, sie nachzuahmen. Kandidaten jeglicher Couleur fühlten sich „ermuntert“, den Weg zur politischen Macht einzuschlagen, oft vom Besatzer dabei protegirt, manchmal auch vielleicht so naiv zu glauben, sie könnten „sich seiner bedienen“. Die Kandidaten, um die es hier geht, seien es nun „religiöse“ Chefs (Schiiten oder Sunniten), angebliche „Prominenz“ (aus der Nähe der Stämme) oder bekanntermaßen korrupte „Geschäftsleute“, die aus den USA eingeflogen wurden, waren niemals wirklich im Land politisch verankert; selbst diejenigen unter den religiösen Chefs, die von den Gläubigen geachtet waren, verfügten über keinen politischen Einfluss, der dem irakischen Volk annehmbar erschien. Ohne die von Saddam geschaffene Leere hätte man nie von ihnen reden gehört.

Haben angesichts dieser vom neoliberalen globalisierten Imperialismus fabrizierten neuen „politischen Welt“ andere politische Kräfte, die wirklich volksnah und national, eventuell auch demokratisch sind, die Möglichkeit sich neu zu bilden?

Es gab eine Zeit, in der die kommunistische Partei des Irak den Kristallisationspunkt für die besten Kräfte bildete, die die irakische Gesellschaft hervorbringen konnte. Die kommunistische Partei war in allen Regionen des Landes verankert und beherrschte die Welt der oft schiitischen Intellektuellen (ich meine, dass aus der schiitischen Glau-

bensgemeinschaft hauptsächlich Revolutionäre und religiöse Führer hervorgehen, selten Bürokraten oder mit dem ausländischen Kapital verbundene Bourgeois). Die kommunistische Partei war wirklich volksnah und anti-imperialistisch, der Demagogie abgeneigt und potentiell demokratisch. Soll sie nun endgültig aus der Geschichte verschwinden, nach dem Massaker an Tausenden seiner besten Mitglieder durch die Baath-Diktaturen, nach dem Zusammenbruch der Sowjet-Union (auf den sie nicht vorbereitet war) und angesichts des Verhaltens derjenigen ihrer Intellektuellen, die es für akzeptabel hielten, auf den Lastwagen der US-Armee aus dem Exil zurückzukehren? Das ist leider nicht unmöglich, aber auch nicht „unausweichlich“, bei weitem nicht!

Die „kurdische“ Frage ist ein wirkliches Problem, im Irak wie im Iran und in der Türkei. Aber auch bei diesem Thema muss man daran erinnern, dass die westlichen Mächte diese Frage höchst zynisch immer mit zweierlei Maß angegangen sind. Die Unterdrückung kurdischer Forderungen hat niemals, weder im Irak noch im Iran, den Grad permanenter polizeilicher, militärischer, politischer und moralischer Gewalt erreicht wie sie von Ankara praktiziert wird. Weder der Iran noch der Irak sind jemals so weit gegangen, die Existenz der Kurden zu leugnen. Dennoch hat man der Türkei alles verziehen. Sie ist ja auch ein Mitgliedsland der NATO – die ja, wie die Medien betonen, eine Vereinigung demokratischer Nationen ist, deren Gründungsmitglied unter anderen der hervorragende Demokrat Salazar war, wie auch die nicht weniger bedingungslosen Anhänger der Demokratie, die griechischen Obristen und die türkischen Generäle!

Die Volksfrontbewegungen, die um die kommunistische Partei und auch um die Baath-Partei herum in den besten Momenten ihrer bewegten Geschichte entstanden waren, haben immer, wenn sie Regierungsverantwortung ausübten, eine Verständigungsbasis mit den wichtigsten kurdischen Parteien gefunden, die übrigens immer ihre Verbündeten waren.

Die „anti-schiitischen“ und „antikurdischen“ Aktionen des Saddam-Regimes gab es sicherlich: Die Bombardierungen der Basra – Region durch die Armee Saddams nach seiner Niederlage in Kuwait 1990, der Giftgaseinsatz gegen die Kurden. Diese Aktionen fanden statt als „Antwort“ auf die Machenschaften der bewaffneten Diplomatie Washingtons, die Geister geweckt hatte, die es eilig hatten, die Gelegenheit auszunutzen. Nichtsdestoweniger bleiben es dumme, ja kriminelle, Entscheidungen, wobei der Erfolg der Appelle Washingtons sehr begrenzt war. Aber kann man von Diktatoren vom Schlage Saddams anderes erwarten?

Der machtvolle Widerstand gegen die ausländische Besatzung, „unerwartet“ unter diesen Bedingungen, scheint ein „Wunder“ zu sein. Das ist jedoch nicht der Fall, denn die ganz elementare Wahrheit ist, dass das irakische Volk in seiner Gesamtheit (arabisch und kurdisch, sunnitisch und schiitisch) die Besatzer hasst und von ihren täglichen Verbrechen weiß (Morde, Bombardierungen, Massaker, Folterungen).

Man müsste sich nun vorstellen, dass sich eine Einheitsfront des Nationalen Widerstands gründet (man kann sie nennen wie man will), die Namen, die Liste der teilnehmenden Organisationen und Parteien sowie deren gemeinsames Programm bekannt gibt. Bis heute hat das nicht stattgefunden, vor allem aus all den Gründen, die sich aus der durch die Diktatur Saddams und der Besatzer hervorgerufenen Zerstörung des sozialen und politischen Geflechts ableiten. Aber was auch immer die Gründe für diese Schwäche sein mögen, sie stellt nichtsdestoweniger ein ernsthaftes Hindernis dar, das die Machenschaften zur Spaltung erleichtert, das die Opportunisten fördert bis aus ihnen Kollaborateure werden und das Verwirrung über die Ziele der Befreiung stiftet.

Wer wird es schaffen, diese Probleme zu überwinden? Die Kommunisten wären die Richtigen, um dies zu schaffen. Ihre - vor Ort befindlichen - Aktivisten setzen sich bereits deutlich von den Aktivisten der „Führung“ ab (und nur diese sind den Medien bekannt!), die nicht mehr ein noch aus wissen und deswegen versuchen, ihrer Kollaboration mit der Regierung einen Anschein von Legitimität zu geben, indem sie behaupten, dadurch den bewaffneten Widerstand zu ergänzen!! Aber viele andere politischen Kräfte wären unter Umständen in der Lage, entscheidende Schritte hinsichtlich des Aufbaus dieser Front zu machen.

Dennoch hat der Widerstand des irakischen Volkes trotz seiner „Schwächen“ den Plan Washingtons (politisch, wenn nicht auch militärisch) zum Scheitern gebracht. Das genau beunruhigt die atlantisch ausgerichteten Mitglieder der Europäischen Union, die treuen Verbündeten Washingtons. Die untergeordneten Verbündeten der Vereinigten Staaten fürchten heute deren Niederlage, denn diese würde die Fähigkeit der Völker des Südens verstärken, das globalisierte transnationale Kapital der imperialistischen Triade zu zwingen, die Interessen der Nationen und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu respektieren.

Der irakische Widerstand hat Vorschläge gemacht, die den Vereinigten Staaten ermöglichen könnten, sich aus diesem Wespennest zurückzuziehen. Er schlägt folgendes vor:

- Bildung einer Übergangsverwaltung, die mit der Unterstützung des Sicherheitsrates aufgebaut würde;
- sofortiger Stopp der Widerstandsaktionen sowie der militärischen und polizeilichen Einsätze durch der Besatzungsarmeen;
- Abzug aller ausländischen militärischen und zivilen Behörden innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten. Die Einzelheiten dieser Vorschläge wurden in der angesehenen arabischen Zeitschrift Al Mustaqbal Al Arabi in Beirut veröffentlicht (Januar-Nummer 2006).

Das totale Verschweigen dieser Nachricht durch die europäischen Medien ist in dieser Hinsicht ein Beweis für die Solidarität unter den imperialistischen Partnern. Die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Europas haben die Pflicht, sich von dieser Politik der imperialistischen Triade zu distanzieren und die Vorschläge des irakischen Widerstands zu unterstützen. Das irakische Volk seinem Gegner allein gegenüberzutreten zu lassen ist keine annehmbare Option: Sie verstärkt die gefährliche Idee, dass vom Westen und seinen Völkern nichts zu erwarten sei und fördert damit die unannehmbaren, ja kriminellen Verirrungen bei den Aktionen gewisser Widerstandsbewegungen.

Je schneller die ausländischen Besatzungstruppen das Land verlassen, je stärker die Unterstützung des irakischen Volkes durch die demokratischen Kräfte in der Welt und in Europa, desto größer würde die Aussicht auf eine bessere Zukunft für dieses gemarterte Volk. Je länger die Besatzung dauert, desto düsterer werden die Zeiten nach ihrem unausweichlichen Ende.

Palästina

Das palästinensische Volk ist seit der Balfour-Erklärung aus der Zeit des ersten Weltkrieges Opfer einer Kolonialisierung durch eine fremde Besiedlung, die ihm das Schicksal der "Rothäute" vorbehält, ob man es nun zugibt oder so tut, als ob man es nicht wisse. Dieses Projekt wurde stets bedingungslos von der in der Region dominierenden imperialistischen Macht (früher Großbritannien, heute die Vereinigten Staaten) unterstützt, weil jener so entstandene und in dieser Region fremde Staat seinerseits nur ein bedingungsloser Verbündeter der ununterbrochenen Interventionen sein kann, die die Unterwerfung des arabischen Mittleren Ostens unter die Herrschaft des imperialistischen Kapitalismus erstrebt.

Für alle afrikanischen und asiatischen Völker ist dies ganz offenkundig. Daher führt die Hervorhebung und Verteidigung der Rechte des palästinensischen Volkes auf beiden Kontinenten ganz spontan zur Solidarisierung. In Europa hingegen spaltet die „Palästinafrage“ wegen der Verwirrung, die

durch die zionistische Ideologie ermutigt wird und die häufig auf ein positives Echo trifft.

In Verbindung mit dem amerikanischen Projekt des „Neuen Mittleren Ostens“ ("Broader Middle East") werden heute die Rechte des palästinensischen Volks mehr denn je mit Füßen getreten. Und das, obwohl die PLO die Abkommen von Oslo und Madrid und die durch Washington erstellte Roadmap akzeptiert hatte. Israel hingegen verweigerte ganz offen die Unterschrift und begann, einen noch ehrgeizigeren Expansionsplan umzusetzen. Die PLO wurde durch diese Tatsache deutlich geschwächt: es konnte ihr zu Recht vorgeworfen werden, dass sie naiv an die Aufrichtigkeit ihrer Gegner geglaubt hat. Die Unterstützung ihres islamistischen Gegners (Hamas) - zumindest in der Anfangszeit - durch die Besatzungsmacht und die zunehmende Korruption innerhalb der palästinensischen Verwaltung (über welche die "Geldgeber" - Weltbank, Europa und NGOs - schweigen, wenn sie diese nicht sogar fördern) mussten zu einem Wahlsieg der Hamas führen. Dies war vorhersehbar (und wahrscheinlich erwünscht) und diente als weiterer, sofort geltend gemachter Vorwand, um den bedingungslosen Schulterabschluss mit „jedweder“ Politik Israels zu rechtfertigen.

Das zionistische Kolonialprojekt war schon immer eine Bedrohung für Palästina und darüber hinaus für die benachbarten arabischen Völker. Sein Bestreben nach Annexion des ägyptischen Sinai, seine tatsächliche Annexion der syrischen Golanhöhen sind Beweise dafür. Im Projekt des "Broader Middle East" wird Israel mit seiner regionalen Monopolstellung in Sachen nukleare militärische Ausrüstung sowie in seiner Rolle als "unumgänglicher Partner" ein besonderer Platz eingeräumt, unter dem irreführenden Vorwand, dass Israel über "technologische Kompetenzen" verfüge, zu denen kein arabisches Volk fähig sei! (Ein Zeichen des spontanen Rassismus der imperialistischen Ideologen!).

Wir beabsichtigen hier nicht, die komplexen Wechselbeziehungen zwischen dem Widerstandskampf gegen die zionistische koloniale Expansion und den Konflikten und politischen Optionen im Libanon und in Syrien zu analysieren. Das Baath-Regime in Syrien hat sich auf seine Weise gegen die Forderungen der imperialistischen Mächte und Israels zur Wehr gesetzt. Dass dieser Widerstand gleichfalls dazu gedient hat, eher anfechtbare Zielsetzungen zu rechtfertigen (Kontrolle über den Libanon), ist sicherlich nicht zu bestreiten. Syrien hat im Übrigen seine "Verbündeten" gewissenhaft unter den "weniger gefährlichen" im Libanon ausgesucht. Man weiß, dass der Widerstand gegen die israelischen Einfälle im Süden Libanons (ebenso gegen die Umleitung von Wasserläufen) von der libanesischen kommunistischen Partei aufgebaut wurde. Die

syrischen, libanesischen und iranischen Mächte haben eng zusammen gearbeitet, um diese "gefährliche Basis" zu zerstören und durch die Hisbollah zu ersetzen. Die Ermordung von Rafik al-Hariri - die bei weitem noch nicht aufgeklärt ist - gab den imperialistischen Mächten (den Vereinigten Staaten an erster Stelle, gefolgt von Frankreich) offensichtlich die Gelegenheit zu einer Intervention, die zwei Ziele verfolgte: einmal Damaskus dazu zu bringen, sich in die Gruppe der arabischen Vasallen-Staaten einzuordnen (Ägypten, Saudi-Arabien) - oder andernfalls zumindest die Spuren des degenerierten Baath-Regimes zu beseitigen -, zum andern den Rest des Widerstandspotentials gegen israelische Einfälle zu zerschlagen (durch die Forderung nach "Entwaffnung" der Hisbollah). Die Rhetorik bezüglich "Demokratie" kann in diesem Rahmen, falls nützlich, eingesetzt werden. Heute ist es die absolute Pflicht für alle Demokraten der Welt, die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu verteidigen. Palästina steht im Zentrum der Hauptkonflikte unserer Epoche. Den israelischen Plan, die totale Zerstörung Palästinas und seines Volkes zu akzeptieren, würde bedeuten, den Völkern ihr allererstes Recht abzustreiten: das Recht auf Existenz. Diejenigen, die sich gegen die Umsetzung dieses israelischen Projekts stellen, wegen "Antisemitismus" anzuklagen, ist absolut inakzeptabel.

Iran

Wir beabsichtigen auch nicht, hier die Analysen auszubreiten, die die „islamische Revolution“ erforderlich macht. War sie, wie sie es selbst verkündet und wie sie häufig sowohl im Lager des politischen Islams als auch von den „ausländischen Beobachtern“ gesehen wird, die Ankündigung und der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die sich auf kurz oder lang in der ganzen Region, sogar in der gesamten „muslimischen Welt“ ausbreiten muss, die in diesem Zusammenhang zu "Umma" umgetauft wurde („Nation“, was sie niemals war)? Oder war „die islamische Revolution“ ein Einzelereignis, das sich aus der Besonderheit der Kombination schiitischer Islam-Interpretationen und dem Ausdruck des iranischen Nationalismus ergab?

Aus dem Blickwinkel dessen, was hier von Interesse ist, werde ich nur zwei Bemerkungen machen.

Die erste ist, dass das Regime des politischen Islam im Iran nicht von Natur aus unvereinbar mit der Integration des Landes in das derzeitige globalisierte kapitalistische System ist (die Prinzipien, auf denen das Regime basiert, finden ihren Platz in einer Vision der "liberalen" Ökonomie).

Die zweite ist, dass die iranische Nation als solche eine "starke Nation" ist, d.h. ihre Hauptkomponenten, wenn nicht sogar alle –

Volksmassen und die leitenden Klassen - akzeptieren nicht die Integration ihres Landes in das globalisierte System in einer untergeordneten Stellung.

Es gibt natürlich Widersprüche zwischen diesen beiden Dimensionen der iranischen Realität, und die zweite trägt derjenigen Richtung Außenpolitik Teherans Rechnung, die von dem Willen zeugt, sich gegen ausländische Diktate zur Wehr zu setzen. Auf jeden Fall erklärt der iranische Nationalismus – ein machtvoller und meiner Meinung nach historisch gesehen durchaus positiver Nationalismus - den Erfolg der „Modernisierung“ der wissenschaftlichen, industriellen, technologischen und militärischen Fähigkeiten, die unter dem Schahregime und darauf folgend vom Chomeinismus vorangetrieben wurde. Der Iran ist einer der wenigen Staaten des Südens (mit China, Indien, Korea, Brasilien und vielleicht noch einigen anderen, aber insgesamt nicht vielen!), der ein Projekt zur Entwicklung einer „nationalen Bourgeoisie“ hat. Ob dieses Projekt auf lange Sicht realisierbar ist oder nicht (meiner Meinung nach ist es das nicht), ist hier nicht Gegenstand unserer Diskussion. Heute existiert dieses Projekt, es ist Realität.

Da der Iran stark genug ist zu versuchen, sich als respektierter Partner zu etablieren, haben die Vereinigten Staaten beschlossen, das Land durch einen neuen "Präventivkrieg" zu zerstören. Der "Konflikt" dreht sich, wie wir wissen, um die nuklearen Kapazitäten, die der Iran entwickelt. Warum sollte dieses Land nicht - wie alle anderen auch - das Recht auf deren Entwicklung haben, auch das Recht, eine militärische Nuklearmacht zu werden? Mit welchem Recht maßen sich die imperialistischen Mächte und ihr Spielzeug Israel an, sich das Monopol an Massenvernichtungswaffen zu erzwingen? Kann man der Rede Glauben schenken, dass die "demokratischen" Staaten nie davon Gebrauch machen werden, so wie es die "Schurkenstaaten" machen könnten? Wenn man weiß, dass genau diese "demokratischen" Staaten für die größten Genozide der Moderne einschließlich der an den Juden verantwortlich sind, und die Vereinigten Staaten die Atomwaffe schon eingesetzt haben und sich heute weigern, das absolute und allgemeine Verbot ihrer Verwendung zu akzeptieren? Unglücklicherweise haben sich die Europäer dem Projekt Washingtons, den Iran anzugreifen angeschlossen.

Schlussfolgerung

Heute stellen die "politischen Konflikte" in der Region drei Kräfte gegeneinander:

- diejenigen, die für sich die nationalistische Vergangenheit reklamieren (in Wirklichkeit sind sie aber nur noch die entarteten und korrumpierten Erben der

Bükratien der national-populistischen Epoche),

- diejenigen, die sich zum politischen Islam bekennen,
- diejenigen, die sich emporzuarbeiten versuchen mit einem "demokratischen" Anspruch, der mit der liberalen Ökonomie vereinbar ist.

Keine dieser Kräfte ist akzeptabel für eine Linke, die sich für die Interessen der Nation und der populären Klassen einsetzt. In der Tat sind dominieren die Interessen der mit dem ausländischen Kapital verbundenen Klassen (Kompradorenklassen) in diesen drei „Familien“.

Die Diplomatie der Vereinigten Staaten hält diese drei Eisen im Feuer und treibt mit den Konflikten zwischen diesen Kräften ihr Spiel für den eigenen ausschließlichen Vorteil. Der Versuch, sich in diese Konflikte durch Allianzen mit den einen oder anderen "einzuschalten" (die Regime an der Macht bevorzugen, um den politischen Islam zu verhindern; oder im Gegenteil, sich mit diesem verbünden, um die Regimes loszuwerden), sind zum Scheitern verurteilt.

Die Linke muss ihre Positionen stärken indem sie den Kampf auf den Feldern führt, wo sie ihren eigenen Platz findet: in der Verteidigung wirtschaftlicher und sozialer Interessen der Volksmassen, in der Verteidigung der Demokratie und im Kampf für die Sicherung der nationalen Souveränität. Alle Demokraten dieser Welt müssen diese Kräfte unterstützen und in diesem Sinne als erstes ohne irgendeine Einschränkung alle Interventionen der Vereinigten Staaten, der NATO, Israels, der gezähmten Vereinten Nationen und ihrer lokalen Verbündeten in der Region verurteilen.

Die Region des "Broader Middle East" ist heute Zentrum des Konflikts, in dem sich die führende Kraft des Imperialismus und die Völker der ganzen Welt gegenüber stehen. Das Scheitern des US-Projekts ist die Erfolgsbedingung für jedweden Fortschritt - in welcher Region der Erde auch immer. Scheitert dieses Projekt nicht, bleiben alle Fortschritte äußerst verletzlich. Dies heißt nicht, dass die Bedeutung der Kämpfe, die in anderen Regionen der Welt geführt werden - in Europa, Lateinamerika und anderswo - unterschätzt werden sollten. Dies bedeutet nur, dass sie sich in einer globalen Perspektive sehen sollten, die dazu beiträgt, Washington scheitern zu lassen in dieser Region, die es für seinen ersten kriminellen Ziel Nr. 1 ausgewählt hat.

Übersetzung: Kirsten Heining und Jürgen Janz(Coordinatrad); SiG-Red.

Französische und englische Fassung unter:
<http://www.forumtiersmonde.net/fren/actives/mettre-deroute-etats-unis-israel-allies.htm>

Elisabeth Longuenesse

Der Kampf gegen den totalen Krieg von Israel gegen Palästina und Libanon

Eine Priorität für attac im Widerstand gegen die neue Weltordnung der USA

Vorbemerkung der SiG-Redaktion: Die Autorin ist Soziologin, Spezialistin für den Mittleren Osten / Mittelmeerraum beim CNRS (Centre National de la recherche scientifique, Frankreich), aktiv bei attac Frankreich in der Groupe Méditerranée. Sie hat auf der Sommerakademie von attac schweiz Anfang September 2006 einen Workshop zum Thema geleitet. Der Text ist der 2. Teil eines Beitrags, der während des jüngsten Krieges von Israel gegen Libanon im Sommer 2006 geschrieben wurde.

Vom zionistischen Projekt zur kolonialistischen, imperialistischen Unternehmung

Wie konnte aus dem zionistischen Projekt, das einem Märtyrervolk die Erlösung bringen sollte, ein Kolonialprojekt werden, ein Instrument der imperialistischen Unterwerfung? Diese Frage stellt sich (auch ohne umfassenden geschichtlichen Abriss), denn das Projekt der Befreiung rechtfertigt heute - explizit oder implizit - die massive Unterstützung Israels im Westen.

Sicher kann das zionistische Projekt historisch und moralisch nicht nur auf seine koloniale Dimension reduziert werden. Aber für die Bevölkerungsgruppen im Nahen Osten war die Schaffung eines israelischen Staates das komplexe und widersprüchliche Ergebnis des schlechten Gewissens eines Europas, das die JüdInnen nicht vor den Gräueltaten der Nazis zu schützen vermochte. Später, vor dem Hintergrund des kalten Krieges und der Befreiungskämpfe, wurde Israel sehr schnell zum Vorposten westlicher Interessen im Nahen Osten. 1967 hat Israel die letzten Gebiete des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina besetzt, die es sich noch nicht angeeignet hatte: Den Teil Jerusalems, der nach 1948 arabisch geblieben war, das Westjordanland, Gaza aber auch die Golanhöhen und den Sinai. Die UNO verabschiedete daraufhin die Resolution 242, die den Rückzug aus den besetzten Gebieten verlangt. Nach dem Krieg von 1973 und dem Camp-David-Abkommen, das 1978 mit Sadat unterzeichnet wurde, gab Israel den Sinai zwar an Ägypten

zurück, weigerte sich jedoch, die zahlreichen UNO-Resolutionen umzusetzen, welche die Besetzung und Besiedelung der anderen Gebiete verurteilen. Die Schaffung von Siedlungen wurde sogar noch forciert.

Die 1993 kurz nach dem ersten Golfkrieg und der amerikanischen Operation Wüstensturm im Irak - der Antwort auf die Besetzung Kuwaits - geschlossenen Verträge von Oslo stehen in Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Untergang des Kommunismus. Sie sahen die Schaffung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 innerhalb von 5 Jahren vor. Es sollten Verhandlungen über die Bedingungen eines schrittweisen Rückzugs und insbesondere über Jerusalem und die Flüchtlingsfrage aufgenommen werden. Im folgenden Jahr wurde mit Jordanien ein Friedensabkommen geschlossen. Die israelische Führung (der erste Unterzeichner Itzak Rabin inbegriffen, damals noch Premierminister bis zu seiner Ermordung 1995) hat jedoch weder Buchstabe noch Geist der Verträge respektiert. Israel hat die Verträge von Beginn an missachtet und die Besiedelung des Westjordanlandes und des Gazastreifens vorangetrieben. Gleichzeitig nutzte Israel die Verträge, um mit zahlreichen arabischen Ländern (wenn auch nicht politische, so doch zumindest) wirtschaftliche Beziehungen aufzunehmen. Ab 1995 nahm der Wirtschaftsaustausch zwischen Israel und den Ländern der Region stark zu, teilweise über Jordanien. Zunächst ab 1998 in Jordanien, später auch in Ägypten, wurden "Sonderwirtschaftszonen" geschaffen, eine Art Freihand-

delszonen zur ausschliesslichen Nutzung durch Unternehmen mit israelischer Kapitalbeteiligung, mit freiem Zugang zum US-amerikanischen Markt. So wurde aus den Oslo-Verträgen ein regelrechtes Freihandelsabkommen, ein Instrument der Unterwerfung unter das neoliberale Modell und unter die Finanzmärkte [siehe hierzu die Analyse von Marwan Bishara in seinem kleinen Buch "Palestine/Israël: La paix ou l'apartheid (La Découverte); Palestine/Israel: Peace or Apartheid (Zed Press)]. Die Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik wurde damit keineswegs verhindert. Klar ist, dass nicht die PalästinenserInnen, sondern Israel die Chance für den Frieden durch die Osloer Verträge verspielt hat. Darüber hinaus ist die Frage nach der tatsächlichen Bedeutung und den verdeckten Absichten dieser Verträge berechtigt.

Es ist auch nicht unerheblich, dass kurz darauf die WTO gegründet wurde (1995) und die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft ins Leben gerufen wurde. Zudem fanden - als noch bedeutendere Entwicklung - mehrere Wirtschaftsgipfel unter Beteiligung Israels, der Vereinigten Staaten und der arabischen Länder statt mit dem Ziel, eine neue "Friedensökonomie im Mittleren Osten" zu etablieren (Gipfel von Casablanca 1994, Amman 1995, Kairo 1996, Doha 1997).

Schließlich sollte man die Bedeutung der Waffenindustrie in Israel und deren enge Zusammenarbeit mit den USA nicht vergessen. Als in den Jahren 1990 bis 2000 die Militärhaushalte der arabischen Länder halbiert

wurden, blieben die israelischen Militärausgabe unverändert bei 10% des BIP und damit deutlich höher als jene seiner Nachbarn.

In diesem Zusammenhang leidet auch die israelische Gesellschaft an den Folgen der Liberalisierungspolitik in Kombination mit der Kriegslogik. So erklärt sich der unerwartete Wahlerfolg der Arbeitspartei unter Führung eines nicht sehr charismatischen Gewerkschafters, Amir Peretz. Das Paradoxe an diesem Krieg ist, dass er von einer zivilen Regierung unter Beteiligung einer Arbeiterpartei geführt wurde, welche in ihrem gesamten Wahlkampf auf ein soziales Programm setzte - und dennoch einen der aggressivsten Kriege Israels mit angeführt hat. Zum ersten Mal wurde eine Volksguerilla bekämpft (bekanntlich richteten sich vergangenen Kriege Israels gegen nationalistische Staaten.) Um diese Absurdität zu verstehen, muss man Israel endlich den Heiligenschein absprechen und erkennen, dass es sich heute um einen Kolonialstaat mit allen "Begleiterscheinungen" handelt: Verachtung der unterdrückten Bevölkerung, Blindheit gegenüber dem vorhandenen Widerstandspotential. Die Kolonisierung der palästinensischen Gebiete war keine rein ideologische oder missionarische Unternehmung. Sie stützt sich auf starke wirtschaftliche Interessen und geht einher mit dem Aufstieg einer Spekulationswirtschaft im Interesse der Immobilienbranche, zugunsten der Klasse der kleinen Siedler, die auf Staatshilfe bauen [siehe auch den Artikel von Gadi Algazi in der *Monde diplomatique* vom August 2006].

Palästina, Libanon, die arabischen Länder: Widerstandskämpfe, Kampf für die Demokratie und Kämpfe gegen den Imperialismus

Es ist bemerkenswert, dass unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus und der Verteidigung der Demokratie ausgerechnet die einzigen arabischen Länder mit demokratisch gewählter Regierung heute Ziel des israelischen Zerstörungswahns sind. In Wirklichkeit gefährdet der sowohl

von Israel als auch von den Vereinigten Staaten praktizierte Staatsterrorismus die Sicherheit der Welt, indem er die Aktionen terroristischer Gruppen wie z.B. Al-Qaida fördert, die ausser Kontrolle geraten sind.

Im Gegensatz zur eingeschränkten Sichtweise, die oft durch die Massenmedien verbreitet wird, sind die arabischen Länder des Nahen Ostens heute von einer immer tiefer werdenden sozialen Kluft gezeichnet. Die meisten Regimes durchleben derzeit eine ernste Legitimationskrise, es entwickeln sich zahlreiche Oppositionsbewegungen. Die meisten unter ihnen sind religiös motiviert, einige davon entwickeln jedoch auch globalisierungskritische Analysen [um nur einige zu nennen: ATTAC Libanon, Marokko und Tunesien; AGEG Antiglobalisation Egyptian Group; AGAS AntiGlobalisation Activists Syria usw.].

Diese Regimes setzen in aller Härte die liberale Politik um, die von den internationalen Finanzinstituten diktiert wird: Strukturanpassungsprogramme, Liberalisierung und Privatisierung des Dienstleistungssektors (insbesondere des öffentlichen Dienstes). Die politische Öffnung ist hingegen sehr begrenzt und der Ausnahmezustand seit Jahrzehnten in Kraft (insbesondere in Syrien und Ägypten). Diese Regimes haben es mit oppositionellen Volksbewegungen zu tun, die immer stärker werden, insbesondere in Ägypten. Gleichzeitig wurden Linksparteien durch jahrzehntlange Repressalien, aber auch durch den Untergang des Kommunismus, vollkommen marginalisiert. Der einzige politische Ausdruck des Unmuts der Bevölkerung besteht heute in den islamischen Parteien.

Im Libanon wie in Palästina ist die politische Landschaft komplex. Es scheint, dass die Bevölkerung nur noch die Wahl hat zwischen laizistischen, aber korrupten Kräften, die weitgehend den neoliberalen Theorien folgen (dies gilt für die Anhänger von Hariri, aber auch für die Fatah), und den islamischen Parteien (Hamas oder

Hisbollah), welche die Fackel des antiimperialistischen Kampfes und der Befreiung ergriffen haben. Diese Parteien geben den Ärmsten und den Opfern der wirtschaftlichen Öffnung zwar eine Stimme, haben jedoch oft kein anderes politisches Programm als unmittelbare Überlebenshilfe und konservative islamische Moral. Die laizistischen demokratischen und antiimperialistischen Kräfte stecken in einer unmöglichen Situation, denn sie müssen an drei Fronten kämpfen: gegen die korrupten Regimes, gegen den Imperialismus und den Neoliberalismus und gegen reaktionäre und aufklärungsfeindliche Kräfte. Die internationale Solidarität ist umso wichtiger, um sie diesen Kampf zu unterstützen.

attac und die notwendige Solidarität mit den Widerstandsbewegungen und den sozialen Kämpfen in den Ländern des Nahen Ostens

Der Mittlere Osten erscheint als Epizentrum der Unterwerfung der Welt unter eine neoliberale Ordnung, deren militärischer Flügel immer aggressiver wird und in der Israel heute ein entscheidender Faktor ist. Daher sind Aufklärungsarbeit, Analyse, Entschlüsselung aktueller Ereignisse und Solidaritätsaktionen sehr wichtig für die ausserordentlich schwierigen Kämpfe, die in allen Staaten dieser Region - in Israel wie in den arabischen Ländern - geführt werden. Lassen wir uns nicht blenden durch die Parolen des Antiterrorkampfes, durch die Argumente, die den Islam oder die Araber stigmatisieren. Wir müssen im Gegenteil den Kampf gegen die wahren - wirtschaftlichen und sozialen - Ursachen richten. Die Rolle von attac ist hier von grundlegender Bedeutung, im Zusammenwirken mit den antiimperialistischen Bewegungen und den globalisierungskritischen Organisationen sowohl in Israel als auch in diesen arabischen Nachbarstaaten.

Übersetzung: Kirsten Heining, coorditrad@attac.org

"Es ist höchste Zeit, dieses Gefängnis aufzulösen"

Die Lage der palästinensischen Bevölkerung in Gaza ist verzweifelt - Ein Reisebericht

Ende Oktober 2006 besuchte Prof. Norman Paech, parteiloser Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, den Gaza-Streifen. Dort sprach er mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft sowie mit Aktivisten aus Basisorganisationen. Der Abzug der israelischen Siedler hat sich auf die Situation der Bewohner offenbar nicht positiv ausgewirkt, musste er feststellen. Im Folgenden dokumentieren wir einen Reisebericht von Norman Paech sowie seine Pressemitteilung zur neuerlichen Eskalation der Gewalt im Gazastreifen Anfang November 2006.

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Palaestina/gaza-paech.html>

Ein Leben wie im Gefängnis

Ein Ort der Zerstörung, der Gewalt und Selbstzerfleischung empfängt uns, als wir Ende Oktober Gaza besuchen und nach dem elenden Checkpoint Erez hinter der israelischen Grenze wieder ans Licht treten. Zu unserer Rechten befindet sich die »Erez Industrial Area«, ein Industriegebiet, das die israelische Armee erst vier Tage vor unserem Besuch mit Helikoptern und Bulldozern in Schutt und Asche gelegt hatte. Mit »Sicherheitsgründen« wurde die Attacke gerechtfertigt, man vermutete, dass hier Waffen und Munition hergestellt werden. Im Nachhinein stellte sich das als falsch heraus. Da, wo vor kurzem noch etwa 10 000 Palästinenserinnen und Palästinenser ihren Arbeitsplatz hatten, liegt nun nur noch ein leeres Ruinenfeld. Schon vorher hatte die Arbeitslosenquote bei etwa 40 Prozent gelegen: Hier träumt niemand mehr.

Im Gegenteil: Hätten die Bewohner von Gaza die freie Wahl, würden 60 Prozent ihre Heimat sofort verlassen – keine gute Nachricht, nachdem erst vor einem Jahr die letzten israelischen Siedler das Gebiet geräumt hatten. Welche Verheißungen, welche Illusionen verbanden sich damals mit der Entscheidung des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, den kolonialen Status von Gaza aufzuheben und den Palästinensern Autonomie, Würde und Selbstbestimmung zurückzugeben. Ökonomie, politische Institutionen, ihr Leben könnten sie fortan selbst organisieren, hieß es – aber was haben sie daraus gemacht?

75 Prozent leben unter der Armutsgrenze

Zu Zeiten der Apartheid nannte man das Schwarzen-Ghetto vor der heutigen namibischen Hauptstadt Windhoek »Katutura«, zu deutsch: »der Ort, an dem ich nicht leben will«. Gaza ist heute eine Art Katutura Jerusalems. Gut 75 Prozent seiner Bewohner leben unter der Armutsgrenze von 2,10 US-Dollars pro Tag.

Wieder drängt sich die Frage auf: Warum haben sie nach dem Abzug der Israelis nicht mehr aus ihrer neuen Freiheit gemacht? Die israelischen Siedler hatten ihnen ihre Gewächshäuser hinterlassen, allerdings ohne die nötige technische Ausrüstung. Die hatten sie mitgenommen. Die Palästinenser machten sich also daran, mit hohem finanziellem Aufwand neue Geräte zu kaufen, zu installieren und die Gewächshäuser wieder zu bewirtschaften.

Mit Jerusalem war der Export der Produkte über den einzig zur Verfügung stehenden Übergang Karni ausgemacht. Als die ersten Lastwagen mit der Ernte am 25. Dezember 2005 anrollten, wurde der Übergang »aus Sicherheitsgründen« geschlossen. 17 000 Tonnen Obst, Gemüse und Blumen verrotteten oder wurden an das Vieh verfüttert. Auch die zweite größere Einnahmequelle, der Fischfang, ist mittlerweile versiegt, weil – aus eben jenen »Sicherheitsgründen« – kein Boot mehr auslaufen darf. Und der Strom jener Arbeitskräfte, die sich allmorgendlich und abends durch die Drehtüren der Viehdrift am Erez-Checkpoint drängten, um in Israel Arbeit zu finden, ist völlig abgerissen. Für die Bewohner Gazas gibt es dort keine Arbeit mehr. Was aber kann man aus solch einer »Freiheit« machen?

Als wir am 30. Oktober abends den Gaza-Streifen wieder verlassen, hören wir über uns in der Dunkelheit die Rotoren der Helikopter. Man hatte uns prophezeit: »Wenn ihr weg seid, beginnt es wieder.«

»Es«, eine neue Militäroffensive, begann denn auch am Tag nach unserer Abreise. Nach einer Woche »Herbstwolken« waren über 50 Tote, zahllose Verletzte und schwere Zerstörungen zu beklagen. Seit dem 25. Juni, dem ersten Überfall der Operation »Sommerregen« nach der Entführung des israelischen Soldaten Gilad Shalit, sind es nun schon über 350 Tote und über 800 schwer Verletzte.

Die Krankenhäuser sind kaum noch in der

Lage, die neuen Opfer zu versorgen. Das Personal ist ohne Bezahlung, da Jerusalem immer noch die Steuer- und Zolleinnahmen von 50 bis 60 Millionen US-Dollar monatlich einbehält. Das zerstörte Elektrizitätswerk, das zuvor fast die Hälfte des Gaza-Streifens mit Strom versorgte, ist erst zu 40 Prozent wieder aufgebaut. Nicht nur die medizinische Versorgung und die mit Wasser sind dadurch stark beeinträchtigt – mit dem Einbruch der Dämmerung versinken ganze Stadtviertel in Dunkelheit.

Waffenexperimente und neue Terrormethoden

Nachgewiesen ist, dass während der Offensive Phosphor eingesetzt wurde. Und es gibt neue, bisher nicht erklärbare Verwundungen, die offenbar aus der Verwendung noch unbekannter Munition stammen. Man vermutet die in den USA entwickelte Waffe DIME (Dense Inert Metal Explosive) mit extrem hoher Sprengkraft innerhalb eines kleinen Radius. Jeder Krieg ist ein Experimentierfeld für neue Waffen und neue Methoden. Der Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrats, John Dugard, hat in seinem jüngsten Report Anfang September davon berichtet, dass die israelische Armee eine neue Methode des psychologischen Terrors in Gaza anwendet. Einwohner werden vom militärischen Geheimdienst telefonisch gewarnt, dass ihr Haus innerhalb der nächsten Stunde bombardiert werde. Manchmal wird diese Drohung Realität, manchmal bleibt sie eine Drohung.

Diese Taktik verursacht unausweichlich Angst und Panik unter den Palästinensern. Sie werden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und als interne Vertriebene Zuflucht in Räumen der UN-Flüchtlingsorganisation zu suchen. Das bewahrt sie nicht vor einer anderen bekannten Methode des Terrors: Tiefflüge der F-16-Jäger mit Überschallgeschwindigkeit über den Wohngebieten. Die wie Artilleriefeuer wirkenden Schallwellen haben

haben schlimmsten Schrecken unter der Bevölkerung und vor allem unter Kindern hervorgerufen. In den Worten Dugards: »Wenn Terrorismus überhaupt einen Ausdruck hat, dann sicherlich diesen.«

Israel beklagt, dass über 300 Kassam-Raketen auf sein Territorium abgefeuert worden seien, zumeist auf die Stadt Sderot. Deren Einwohner müssten in ständiger Angst leben, und es habe Verletzte und Schäden gegeben. Auch um diese Gefahr zu beseitigen, habe man zu den jüngsten Aktionen gegriffen. Es besteht kein Zweifel, dass dieser willkürliche und beliebige Raketenbeschuss trotz weniger Todesopfer und Verletzten eklatant gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt. Nach der Rechnung John Dugards fallen aber 220 bis 250 Granaten täglich auf Gaza, dazu kommen über 220 Bombardements aus der Luft sowie Luft-Boden-Raketen und eine lange Liste ernster Völkerrechtsverletzungen durch Israels Armee.

Klare Botschaft: »Reißt die Mauern ein«

Derzeit kommen 90 Prozent der Güter auf dem schwarzen Markt durch Tunnel nach

Gaza – auch Waffen. Die Blockade kann dies nicht verhindern. Genauso wenig werden Israels heftige Reaktionen den Abschuss der Kassam-Raketen stoppen können. Wen man auch spricht – Unternehmer oder Mitglieder der Fatah, Banker oder Mitglieder der Hamas, UN-Mitarbeiter, unabhängige Politikerinnen und Politiker oder Mitglieder der »Volksbefreiungsfront Palästinas« – die Botschaft ist dieselbe: »Reißt die Mauern dieses Gefängnisses ein. Wir brauchen euer Geld nicht, nicht das, was ihr humanitäre Hilfe nennt. Wir brauchen Freiheit, offene Grenzen, ungehinderten Zugang zum internationalen Markt, zu unseren eigenen Steuer- und Zolleinnahmen, und wir werden unser Leben selbst organisieren können. Hebt den Boykott und die Blockade der aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung auf und wir werden unsere Auseinandersetzungen unter uns austragen können.«

Momentan scheint diese Vision in weiter Ferne: Wie die israelische Tageszeitung »Haaretz« unlängst berichtete, bauen die USA seit einiger Zeit in Jericho ein Trainingscamp aus, wo sie Truppen für den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas ausbilden und ausrüsten wollen.

Partner dafür suchen sie angeblich unter den europäischen Staaten, und es gebe auch Pläne, derartige Camps im Gaza-Streifen einzurichten. »Haaretz« interpretiert die vermeintlichen Pläne als das, was sie offensichtlich bewirken sollen: die weitere Zuspitzung der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Abbas' Fatah und der Hamas, um schließlich doch noch eine Revision des Wahlergebnisses zu erreichen.

Damit aber nimmt die Politik kriminelle Züge an. Schon die Weigerung, das Ergebnis eines fairen und demokratischen Wahlprozesses anzuerkennen, war unverantwortlich. Sie bedeutet eine schwere Niederlage für die eigene Glaubwürdigkeit, das Völkerrecht und die Menschenrechte. Schlimmer: Es trägt nichts zur Lösung des alltäglichen Kriegs zwischen Israel und den Palästinensern bei, es verschärft die Gewalt und die Leiden beider Völker. Es ist höchste Zeit, dieses Gefängnis aufzulösen – im Interesse beider Gesellschaften, der palästinensischen und der israelischen.

** Dieser Bericht erschien am 11. November 2006 in der Tageszeitung "Neues Deutschland"*

Gaza-Angriffe bereiten Boden für Gewalt

Pressemitteilung, 03.11.2006 – Norman Paech

Zu den gegenwärtigen Angriffen der israelischen Armee in Gaza erklärt Norman Paech, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag:

Die Lage der palästinensischen Bevölkerung in Gaza ist auch ohne die permanenten militärischen Übergriffe der israelischen Armee verzweifelt. Davon konnte ich mich Anfang dieser Woche, gemeinsam mit Mitgliedern des Europaparlaments, vor Ort erneut überzeugen.

Vier Tage nach dem Besuch unserer Delegation im Gaza-Streifen wurde ein Industriegebiet in unmittelbarer Nähe des Eretz-Übergangs von israelischen Helikoptern und Bulldozern vollkommen zerstört und damit über 10.000 Palästinenserinnen und Palästinenser ihrer Arbeitsplätze beraubt. So wird der Boden für Verzweiflung, ohnmächtige Wut und Gewalt bereitet.

Der internationale Boykott der palästinensischen Regierung und die Einbehaltung der ihr zustehenden Steuer- und Zolleinkommen in Höhe von 50 bis 60 Millionen Euro monatlich durch die israelische Regierung trifft vor allem die Bevölkerung. Sie ist

zunehmender Verarmung ausgesetzt. Die Arbeitslosigkeit ist bei 40 Prozent angelangt und steigt ständig. Über 60 Prozent der Palästinenser in den Autonomiegebieten leben unter der offiziellen Armutsgrenze von zweieinhalb US-Dollar pro Tag. Die öffentlichen Einrichtungen der Gesundheits- und Energieversorgung können infolge von Zerstörung und fehlender Finanzmittel kaum die notwendigsten Bedürfnisse decken.

Die jetzigen militärischen Operationen mit ihren zahlreichen Toten, Verwundeten und Zerstörungen sind durch nichts zu rechtfertigen und stellen schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts dar. Als "Antwort" auf die Kassam-Raketen, die aus dem Gaza-Streifen auf israelisches Gebiet abgefeuert werden - auch dieses ist völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen -, sind sie vollkommen ungeeignet und unverhältnismäßig.

Die israelische Regierung ist aufgefordert, ihre Truppen sofort aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen, alle militärischen Angriffe einzustellen und die totale ökonomische und politische Blockade des

Gaza-Streifens aufzuheben. Die Bundesregierung muss endlich ihre besondere Verantwortung gegenüber Israel auch als Verantwortung gegenüber den Palästinensern begreifen und die israelische Regierung von ihrem unverantwortlichen und völkerrechtswidrigen Kurs abbringen.

Quelle: Website der Fraktion DIE LINKE, www.linksfraktion.de.

Hinweis:

UN-Generalversammlung verabschiedet mit überwältigender Mehrheit eine Resolution zur Beendigung der Gewalt

(Wortlaut englisch)

"... Condemning the military assaults being carried out by Israel, the occupying Power, in the Gaza Strip" ("... Verurteilt die militärischen Angriffe der israelischen Besatzungsmacht im Gazastreifen")

<http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/un-gv-res-nov2006.html>

Ahmed Yousef *

Eine Pause für den Frieden

Waffenstillstandsangebot von Hamas, 4.11.2006

Bei uns in Gaza träumen Wenige vom Frieden. Zurzeit wagen die meisten nur von der Abwesenheit des Krieges zu träumen. Aus diesem Grund schlägt Hamas einen langfristigen Waffenstillstand vor, während dessen die Völker Israels und Palästinas versuchen können über einen dauerhaften Frieden zu verhandeln.

Ein Waffenstillstand wird im Arabischen als eine „Hudna“ bezeichnet. Eine „Hudna“, die normalerweise für einen Zeitraum von zehn Jahren gilt, wird im islamischen Recht als legitimer und bindender Vertrag anerkannt. Eine Hudna geht über das westliche Konzept eines Waffenstillstands hinaus und verpflichtet die Parteien, während dieser Zeit nach einer dauerhaften, gewaltlosen Lösung ihrer Differenzen zu suchen. Der Koran räumt solchen Bemühungen einen hohen Stellenwert ein, zu einer Verständigung zwischen verschiedenen Völkern zu kommen. Während der Krieg die Feinde entmenschlicht und das Töten erleichtert, eröffnet eine Hudna die Chance, die jeweilige Gegenseite zu humanisieren und ihre Position zu verstehen mit dem Ziel ihre ethnischen oder internationalen Streitigkeiten zu lösen.

Ein solches Konzept – eine Periode des Nicht-Krieges, und der nur partiellen Lösung eines Konflikts – ist dem Westen fremd und wurde mit großer Skepsis aufgenommen. Viele Menschen des Westens, mit denen ich spreche, können sich nicht vorstellen, wie man die Gewalt beenden kann, ohne gleichzeitig den Konflikt zu beenden.

Ich möchte indessen behaupten, dass dieses Konzept gar nicht so fremd ist wie es scheint. Schließlich hat die Irisch Republikanische Armee zugestimmt, ihren bewaffneten Kampf zur Befreiung Nordirlands aus britischer

Vorherrschaft aufzugeben, ohne die britische Souveränität anzuerkennen. Irische Republikaner streben weiterhin nach einem vereinten Irland, frei von britischer Vorherrschaft, aber dieser Kampf beruht auf friedlichen Methoden. Wäre die IRA gezwungen worden, ihre Vision einer vereinigten Irland aufzugeben, bevor es zu Verhandlungen kam, hätte sich der Frieden nie durchsetzen könne. Warum sollte man von den Palästinensern mehr verlangen, vor allem da der Geist unseres Volkes das nie zulassen würde.

Wenn Hamas sein Wort zu einer internationalen Vereinbarung gibt, geschieht das im Namen Gottes; daher hält Hamas Wort. Hamas hat die vorhergehenden Waffenstillstände eingehalten, was die Israelis nur widerwillig mit den sattsam bekannten Worten quittierten: „Hamas hält doch am allerwenigstens, was es verspricht.“

Dieses Waffenstillstandsangebot ist keine List, wie manche behaupten, um unseren Militärapparat zu stärken oder um Zeit zu gewinnen, um unsere Organisation zu verbessern oder die Gewalt über die Palästinensische Verwaltung zu konsolidieren. Tatsächlich haben glaubensgestützte politische Bewegungen in Algerien, Ägypten, Irak, Jordanien, Kuwait, Malaysia, Marokko, Türkei und Jemen hudna-ähnliche Strategien verfolgt, um eine Ausweitung von Konflikten zu vermeiden. Hamas wird sich klug und ehrenhaft ebenso verhalten.

Wir Palästinenser sind bereit zu einem Waffenstillstand, der zu einem sofortigen Ende der Okkupation führt und eine Periode der friedlichen Koexistenz einleitet, in der sich beide Seiten jeder Form militärischer Aggression oder Provokation enthalten.

Sollten die Verhandlungen zur Erzielung eines dauerhaften Abkommens scheitern, wird die nächste Generation von Palästinensern und Israelis entscheiden, ob sie die Hudna und die Suche nach einem Verhandlungsfrieden erneuert oder nicht.

Eine umfassende Lösung des Konflikts kann es weder heute, noch in einer Woche, in einem Monat oder auch nur in einem Jahr geben. Ein Konflikt, der so lange schwärte, mag allenfalls in einer Dekade friedlicher Koexistenz und Verhandlungen gelöst werden. Das ist die einzige sichtbare Alternative zur gegenwärtigen Situation. Eine hudna wird zu einem Ende der Besatzung führen und Raum und Ruhe schaffen, die nötig sind, um alle anstehenden Probleme zu lösen.

Wenige in Gaza träumen. Für die meisten war es in den vergangenen sechs Monaten sogar schwierig, überhaupt zu schlafen. Aber die Hoffnung ist nicht tot. Und wenn wir zu hoffen wagen, dann sehen wir dies: einen zehnjährigen Waffenstillstand, während dessen, Inshallah (so Gott will), wir wieder lernen vom Frieden zu träumen.

** Ahmed Yousef ist der Chefberater des Palästinensischen Premierministers Ismail Hanija*

<http://www.uni-kassel.de>

Anmerkung: Der englische Text dieser Erklärung wurde auf der Nahostkonferenz von Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag am 4. November in Berlin von einem Vertreter der palästinensischen Delegation verlesen. Einem offiziellen Hamas-Vertreter war die Einreise durch das deutsche Außenministerium verweigert worden.

Israelische Koalition der "Women for Peace"

Gaza: Stoppt die Belagerung! Stoppt den Krieg!

ein Protestmonat von 4.November bis 2.Dezember 2006

In Gaza ist der Notstand eingetreten – unzureichende Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Medizin, Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Schulen und andere Einrichtungen sind zusammengebrochen, dazu fortwährende Bombardierung und Angriffe von Seiten der israelischen Armee.

Die Belagerung des Gazastreifens durch Israel und die von der internationalen Gemeinschaft verhängten Sanktionen, dazu die andauernden Angriffe der israelischen Armee haben die Lage der Bevölkerung sehr verschlimmert. Wenn die Belagerung fortgesetzt wird, werden sich Krankheiten, Unterernährung und Chaos weiter ausbreiten.

Macht mit bei unserer internationalen Kampagne

Die Gemeinschaft der Friedensorganisationen in Israel hat sich zu einer koordinierten, großen Kampagne zusammenge-

funden, um die Belagerung des Gazastreifens zu stoppen und Israel aufzurufen, mit der legitimen Vertretung der Palästinenser in Verhandlung zu treten. Israel muss die politische Wahl des palästinensischen Volks respektieren.

Stoppt die Belagerung ! Stoppt den Krieg !

Den gesamten November hindurch: Mahnwachen, Teach-Ins, Petitionen, Flugblätter, Poster.

Am 2.Dezember: weltweit Demonstrationen

Bitte unterstützt uns bei diesem humanitären und politischen Unternehmen: Nützt den Monat bis zur großen Demonstration am 2.Dezember, um das Bewusstsein in Eurer Umgebung zu wecken. Schickt Briefe, Faxe und Petitionen an Eure ge-

wählten Vertreter. Haltet Mahnwachen und Teach-Ins ab.

Lasst uns von Euren Plänen wissen, damit wir uns gegenseitig bestärken und auf unseren websites informieren können.

Diese Kampagne wird von der Coalition of Women for Peace mit 9 Mitgliedsorganisationen organisiert, darunter Mahsomwatch, Bat Shalom, New Profile, weitere Organisatoren: Anarchists against the Wall, Gush Shalom, Hadash, High School Seniors draft refusers, Rabbis for Human Rights, University Student Coalition, Yesh Gvul,

Diese Katastrophe ist von Menschen gemacht, wir müssen sie beenden!

<http://www.globalresistance.de/modules.php?name=News&file=article&sid=479>

Zwei Erklärungen im deutschsprachigen Raum – und die Debatten darüber:

1. „Manifest der 25“

Am 15. November 2006 veröffentlichte die "Frankfurter Rundschau" auf ihrer Dokumentationsseite das "Manifest der 25", eine ausführliche Stellungnahme renommierter deutscher und österreichischer Friedensforscher und Nahostexperten zu den "besonderen Beziehungen" zwischen Deutschland und Israel.

„(...) Vielleicht hilft es sich vorzustellen, wie in der gegenwärtigen Situation wohl die vielen Intellektuellen, Schriftsteller, Künstler und Musiker jüdischer Herkunft von Adorno über Einstein, Freud und Marx bis zu Zweig reagiert hätten,(...). Wir sind überzeugt, dass sie den folgenden Satz unterschreiben würden: Nur Gleichheit und Respekt vor Recht und Völkerrecht können ein friedliches Zusammenleben gewährleisten und sind die einzigen Garanten für eine dauerhafte Existenz des Staates Israel und des zukünftigen Staates Palästina in Sicherheit - und für die Sicherheit von Juden und Jüdinnen bei uns und in aller Welt (...)“ Text und Debattenbeiträge unter <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/manifest.html>.

2. Schalom5767 (Berliner Erklärung)

„Jüdische Menschen aus Deutschland haben sich Ende September 2006, zu Beginn des neuen jüdischen Jahrs 5767, in Berlin getroffen und diese Erklärung auf den Weg gebracht. Damit das Jahr 5767 ein Jahr des Friedens wird.

„ (...) Wir fordern die deutsche Regierung auf, mit der Europäischen Union

- die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren

- kurzfristig den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden

- endlich die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben, in Gaza und dem gesamten 1967 besetzten Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems, mit voller Souveränität und freiem Verkehr. (...)“

<http://www.schalom5767.de/>

Shraga Elam lehnt die Online-Petition "Schalom 5767" ab „(...)Ein Kernproblem des Konflikts ist der israelische Rassismus und der damit verbundene Nationalismus. In Israel herrscht ein Apartheidsystem. FriedensbefürworterInnen müssen die herrschende israelische Apartheid entschieden ablehnen.

Das Konzept eines rein ethnischen Staates, in diesem Falle eines Judenstaates, widerspricht jedem Demokratie-Verständnis. Das ist ein israelisches Grundproblem, genauso wie die Besatzung, die nicht erst 1967 begann.

Um neue Friedensperspektiven zu entwickeln, braucht es ANC-ähnliche Organisationen. Deshalb ist es sinnvoll, zum Beispiel von der PLO zu fordern, dass sie ihre Reihen für jüdische Mitglieder öffnet. Das würde dem Traum von einem gemeinsamen säkularen demokratischen Staat neue Chancen geben. Die Juden/Jüdinnen und die PalästinenserInnen sind wie siamesische Zwillinge. Sie sind verdammt zusammenzuleben oder zusammen zu sterben.(...)“

<http://www.steinbergrecherche.com/frisrael.htm#Interview>

Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)

Der Lohn der Armut: Die „working poor“

Beitrag auf der Sommerakademie von Attac Schweiz

„Immer mehr Anzeichen weisen darauf hin, dass sich der Abstand zwischen den Reichen und den Armen in der Schweiz immer weiter vertieft.“

Das von der Caritas veröffentlichte Soziale Jahrbuch [1] spricht eine deutliche Sprache, wenn es für das Jahr 2004 eine Rekordzahl von 1,2 Millionen Personen errechnet, die von der Sozialfürsorge, der Arbeitslosenunterstützung oder von der Invaliditätsversicherung abhängen. Diese Zahl entspricht ungefähr 16 Prozent der schweizerischen Bevölkerung. Die kantonalen Armutsstatistiken bestätigen diese Entwicklung: In der Bevölkerung des Kantons Zürich gibt es ungefähr 23 Prozent Menschen, die in Armut oder kaum über der Armutsgrenze leben. In Genf hat die Zahl der Anträge auf Sozialfürsorge 2004 um 18 Prozent zugenommen. Die meisten Experten sind sich über den Hauptgrund für diese Entwicklung einig: Mit der Zunahme der Arbeitslosenzahl seit 1990 um 20.000 auf ein ständiges Niveau um die 200.000 heute seien der (fehlende) Zugang zum Arbeitsmarkt und die Phänomene des sozialen Ausschlusses, die daraus folgen, die bestimmenden Faktoren der „neuen Armut“ geworden. Diese Argumentation wird bestätigt, wenn man auch die Zahlen der schweizerischen Untersuchung über die Aktive Bevölkerung (Enquête Suisse sur la Population Active - ESPA) berücksichtigt, nach denen 2004 neben den 178.000 Menschen ohne Beschäftigung noch 378.000 „unterbeschäftigt“ waren, das heißt, dass sie ihren Beschäftigungsgrad erhöhen wollten. In Vollarbeitsplätzen bedeutet das 255.000 weitere Arbeitsplätze, es sind also 556.000 Menschen, denen es an Arbeit mangelt, also 13 Prozent der aktiven Bevölkerung, von denen wiederum 15 Prozent als Langzeitarbeitslose angesehen werden müssen. Mit der Änderung der Arbeitslosenversicherung, die eine Reduzierung der Anrechtstage auf Unterstützung von 520 auf 400 mit sich brachte, ist die Zahl der „Ausgesteuerten“ beträchtlich gestiegen. Von ihnen landen schließlich mindestens 20 Prozent bei der Sozialfürsorge[2].

Wenn die Debatte über den sozialen Ausschluss es auch erlaubt, diesen Bereich von Armut zu erfassen, der sich an den Rändern des Arbeitsmarktes befindet, so trübt sie doch den Blick auf die tief grei-

fenden Veränderungen, die den Kern des Arbeitsmarkts durchdringen. Es ist in der Tat nicht zu übersehen, dass die Tatsache, eine Beschäftigung zu haben und gleichzeitig arm zu sein, bei weitem kein Widerspruch ist. In der Europäischen Union gibt es in 35 Prozent der armen Haushalte zumindest eine beschäftigte Person [3]. Was die Schweiz angeht, so ist es inzwischen weit bekannt, dass die Zunahme der Zahl armer Menschen in den 90er Jahren zu zwei Dritteln durch die Ausbreitung der Armut unter den Beschäftigten verursacht wurde: Die „working poor“ machen heute 60 Prozent der Armen aus [4], das sind 7,5 Prozent der aktiven schweizerischen Bevölkerung oder ungefähr 250.000 Menschen (insgesamt eine halbe Million, wenn man die Mitglieder der Haushalte mitzählt, die von deren Lohn abhängen).

Eine „soziale Bombe“? Eine falsche Debatte

Auf den ersten Blick erklärt sich diese Entwicklung vor allem durch die Entwicklung der Löhne in der Schweiz: So ist der Anteil der working poor besonders hoch in den Niedriglohnbranchen wie im Verkauf, bei Dienstleistungen im häuslichen Bereich, in der Landwirtschaft, in der Gebäudereinigung oder im Hotel- und Gaststättengewerbe, wo die Durchschnittslöhne während der 90er Jahre um ungefähr 12 Prozent gesunken sind [5]. In der selben Zeitspanne ist der Durchschnittslohn in der Schweiz um mehr als 10 Prozent gesunken [6], und das verfügbare Einkommen (Bruttoeinkommen abzüglich Sozialabgaben, Steuern und Miete) von 25 Prozent der ärmsten Haushalte hat sich um 10 bis 15 Prozent verringert [7].

Diese Zahlen, die anfangs des Jahres anlässlich der Veröffentlichung einer neuen Studie [8] über die Lebensbedingungen der working poor mehrfach auf den Titelseiten der Zeitungen zu finden waren (der Autor dieses Artikels war an dieser Studie beteiligt), haben zahlreiche Journalisten dazu veranlasst, von einer richtigen „sozialen Bombe“ [9] zu sprechen.

Wie soll man es auch anders nennen, wenn zur selben Zeit, in der die großen multinationalen Gesellschaften Rekord-

gewinne und Schwindel erregend hohe Gehälter für ihre Manager ankündigen, ein großer werdender Teil der Lohnempfänger sich mit Brosamen abfinden muss? Und die Gewerkschaften in der Schweiz erheben die Forderung nach einem Mindestlohn von wenigstens 3.000 Franken.

Wenn diese Forderung natürlich im Prinzip auch gerechtfertigt ist, so liegt das Problem doch teilweise anderswo. Es scheint nicht nur schwer vorstellbar, wie man in einem Land einen Mindestlohn durchsetzen kann, in dem nur 40 Prozent der Beschäftigten in Tarifverträgen erfasst sind. Die oben angeführte Studie hat außerdem bestätigt, dass eine Erhöhung der Löhne nur teilweise die Anzahl der working poor verringern würde. Warum? Weil die Armut der Lohnempfänger nur zum Teil durch die niedrigen Stundenlöhne verursacht wird. Sie wird auch verursacht durch die Ausdehnung prekärer Arbeitsverhältnisse. Und in der Tat arbeitet der Großteil der working poor in so genannten „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen. 29 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind arm; unter den Vollzeitbeschäftigten beläuft sich der entsprechende Anteil „nur“ auf 6 Prozent. Innerhalb der Gesamtheit der working poor sind 16,9 Prozent „Scheinselbständige“. Diese Zahlen spiegeln die Entwicklung der „atypischen“ Arbeit in der Schweiz wider. So nimmt die Zahl der unbefristeten Arbeitsverträge immer weiter ab, während die befristeten Arbeitsverträge sich vervielfachen. In den 90er Jahren ist die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen um 12 Prozent gestiegen und hat 2001 ein Niveau von 30,7 Prozent der aktiven Bevölkerung erreicht. 350.000 Menschen machen in Voll- oder Teilzeit Heimarbeit. Nach einer Studie der Caritas muss in der Schweiz eines von zehn Beschäftigungsverhältnissen als prekär bezeichnet werden, bei den Frauen sind davon 20 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse betroffen [10]. Eine vom Staatssekretariat für Wirtschaft [11] in Auftrag gegebene Studie zieht die selben Schlussfolgerungen und errechnet einen Prozentsatz von 11,4 „potentiell“ prekärer Beschäftigungsverhältnisse: Von diesen sind 38 Prozent Arbeitsverhältnisse auf Abruf, 21 Prozent befristete Arbeitsverhältnisse, 16 Prozent Heimarbeit, 13 Prozent sind Scheinselbständige und 8 Prozent Teilzeitbeschäftigte.

Die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes: eine Notwendigkeit für das Kapital.

Die Grenze zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit schwimmt somit immer mehr: Arbeitslos zu sein, vor allem langzeitarbeitslos, das bedeutet, in das Räderwerk von Praktika, Minijobs usw. zu geraten. Und umgekehrt, zeitweise arbeitslos zu sein, wird zum festen Bestandteil der Biographie eines Lohnempfängers und erfasst immer mehr Berufsgruppen. So waren 2002 ungefähr 300.000 Menschen zumindest zeitweise arbeitslos, das sind 7,6 Prozent der aktiven Bevölkerung, und die „Prekarisierung der sicheren Arbeitsverhältnisse“ bahnt sich ihren Weg. In der Schweiz ist die zeitweise Armut in der Tat seit den 90er Jahren ein wenig bekanntes, aber verbreitetes Phänomen: Fast 20 Prozent der in der Schweiz lebenden Menschen haben bereits die Erfahrung gemacht, zumindest während eines Jahres unterhalb der Armutsgrenze zu leben [12].

Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und die Ausdehnung prekärer Arbeit sind die wesentlichen Faktoren für den Anstieg der Armut in der Schweiz, sie sind aber auch eine Antwort auf die Notwendigkeit, den Arbeitsmarkt tief greifend umzustrukturieren, um die Profitrate des Kapitals wiederherzustellen. Der Kapitalismus der Nachkriegszeit verdankte einen großen Teil seiner Akkumulationsdynamik stabilen und geregelten Arbeitsverhältnissen. Somit erlaubte er nicht nur eine gewisse Umverteilung des Produktivitätsgewinns in Form von Lohnerhöhungen, sondern auch einen Fortschritt bei sozialen Rechten und machte „Arbeit“ zu einem Kriterium für die Teilnahme an den gesellschaftlichen Institutionen. Dieser Trend wird aber seit ungefähr 20 Jahren brutal in die umgekehrte Richtung gelenkt.

So wäre es angeblich die „Starrheit des Arbeitsmarktes“, verursacht durch die Regelungen zum Schutz des Arbeitsrechts, die Höhe der Unterstützungen durch den Sozialstaat für den Fall des Einkommensverlustes bei Arbeitslosigkeit, ein zu großer Schutz vor Entlassungen oder auch einen Mindestlohn festlegende Tarifverträge, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt und somit jegliche Schaffung neuer Arbeitsplätze unmöglich macht. In der Folge ist „Flexibilität“ das neue Schlüsselwort geworden. So eröffnete Wirtschaftsminister Deiss die Kampagne zur Ausdehnung der „Freizügigkeit“ von Personen auf die neuen Mitglieder der Europäischen Union im Namen der besagten Wettbewerbsfähigkeit

der Schweiz: „Die Flexibilität des Arbeitsmarktes ist ein Träger wirtschaftlichen Wachstums, den man nicht unterschätzen darf“ [13].

Das Hauptanliegen ist demnach die Flexibilität der Löhne, die darauf abzielt, mit Hilfe des Leistungslohns ein Lohnniveau durchzusetzen, das den verschiedenen Produktivitätsraten in den Branchen und Sparten angepasst ist. Was die „numerische“ Flexibilität angeht, so dient sie dazu, das Beschäftigungsvolumen den veränderten Bedingungen von Verkauf und Produktion anzupassen, vor allem durch die Erleichterung von Entlassungen, aber auch durch die erleichterte Einstellung von Zeitarbeitern. Aber Flexibilität bezeichnet nicht nur die Liberalisierung staatlicher Vorschriften zur Beschäftigungspolitik, es geht ihr vor allem um die Organisation der Arbeit selbst. Eine solche „innere“ Flexibilität betrifft die Arbeitszeiten, die den Bedürfnissen einer just-in-time-Produktion angepasst werden müssen: Arbeit auf Abruf, Jahresarbeitszeitkonten oder Zwangsteilzeitarbeit sind die Konsequenzen. Aber eine kurze Bilanz der ungehemmten „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes beweist genau das Gegenteil dessen, was die offizielle Theorie behauptet: Seit zwanzig Jahren stieg die Arbeitslosenrate unaufhörlich, während gleichzeitig die Prekarität explosionsartig zunahm, die Flexibilität der Verträge und der Arbeit sich verallgemeinerte und überall die Macht der Lohnabhängigen zurückging. Kann man ernsthaft noch behaupten, dass dies wegen der gestiegenen Starrheit des Arbeitsmarktes geschieht? Ganz im Gegenteil kann man deutlich feststellen, dass der Aufschwung der Profitrate mit einer Erhöhung der Arbeitslosenquote und der Prekarität zusammenhängt: Das Sinken der Arbeitskosten wurde in anderen Worten nicht dazu benutzt, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Zuwachs an Produktivität hat vor allem die Finanzeinkünfte gefördert.

Mit anderen Worten: Die Analyse von Marx ist weiterhin vollkommen richtig: Die Prekären und die working poor gesellen sich neben den Ausgeschlossenen und den Arbeitslosen zur neuen industriellen Reservearmee des modernen Kapitalismus, deren Funktion die gleiche geblieben ist wie früher, nämlich Druck auszuüben auf die Beschäftigten in festen Arbeitsverhältnissen und ihre Forderungen nach einer besseren Bezahlung und nach korrekten Arbeitsbedingungen.

Die sichtbare Faust der „Sozial“politik

Unter diesen Bedingungen soll der Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt möglichst nicht von Dauer sein und auch der Druck auf die Lohnabhängigen, der sie zwingt, weiterhin ihre Arbeitskraft zu verkaufen, soll aufrecht erhalten bleiben. Besser noch, der Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt soll dazu dienen, die Bedingungen für den Wiedereintritt der Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt so zu verschärfen, dass deren Forderungen noch weiter nach unten gesenkt werden können. Deswegen ist die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes mit den „Reformen“ auf dem Gebiet der Sozialpolitik verknüpft, die nicht nur darauf abzielen, das Niveau der Sozialleistungen unter das Niveau der Niedriglöhne zu senken und den Zugang zu Sozialleistungen zu erschweren; auch die Zwangsmaßnahmen zur Wiedereingliederung der Leistungsempfänger in prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden verschärft, entsprechend dem „workfare“-Prinzip. So wurden seit der Änderung der Arbeitslosenversicherung die Anrechtstage auf Unterstützung verringert und der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung stellt für diejenigen, die Jahr für Jahr einbezahlt haben, kein Recht mehr dar, sondern ist an die Bedingung geknüpft, eine Gegenleistung in Form von Arbeit zu erbringen. Im gleichen Sinne sieht die 5. Änderung der Invaliditätsversicherung vor, die Rentenzahlungen durch tägliche Unterstützungszahlungen in gleicher Höhe wie die der Arbeitslosenversicherung (70 – 80 Prozent des Lohnes) zu ersetzen, Zahlungen die den Personen gewährt werden, die bereit sind, Rehabilitations- oder Reintegrationsprogramme in den Arbeitsmarkt mitzumachen - bei Verweigerung erfolgen Sanktionen. Das Ziel dieser Änderung ist es, die Zahl neuer Renten um 20 Prozent zu verringern.

Natürlich zielen diese Änderungen nicht darauf ab, die tieferen Ursachen der Arbeitslosigkeit oder die Gründe von Armut oder Invalidität zu beseitigen, sondern die Armen und die Arbeitslosen zu bestrafen, damit sie verfügbarer werden. Diese Logik kann nur dann vollständig aufgehen, wenn man auch noch das letzte Netz sozialer Sicherung angreift, das der schweizerische Staat anbietet, die Sozialhilfe. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hat sich dieser Aufgabe angenommen, als sie im Herbst 2004 die neuen interkantonalen Normen veröffentlichte, die der Gewährung von Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden zugrunde liegen. Damit schiebt die

SKOS die Schuld für den Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt den Ausgeschlossenen selbst zu, schuldig, sich nicht in Betriebe einzugliedern, die sie nicht mehr haben wollen: "Die Sozialhilfe, die den Personen gewährt wird, die keine gewinnbringende Tätigkeit ausüben, aber fähig sind zu arbeiten, muss auf ein Niveau zurückgefahren werden, das mittelfristig nicht das Existenzminimum garantiert" [14], so der Bericht der Experten. Durch eine Reduzierung des individuellen Pauschalbetrages zum Unterhalt von 1.076 auf 960 Franken, was einem Verlust von 10 Prozent entspricht, und gewichtet durch ein „Bonus-Malus“- System, können „Misbräuche“ künftig durch eine Verringerung der individuellen Hilfe bis auf 800 Franken im Monat bestraft werden. Die „Anstrengungen zur Wiedereingliederung“ ihrerseits werden durch eine Wiedereingliederungsprämie belohnt, welche die Zahlungen bis auf 1.260 Franken steigen lassen kann.

Man erlebt also heute eine Rückkehr zur Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Arme und zur totalen Verkommerzialisierung der Arbeitskraft. Die Antwort auf diesen Trend muss lauten: Es muss eine Bewegung von Lohnabhängigen, prekär

Beschäftigten und Arbeitslosen ins Leben gerufen werden, die sich nicht nur für die Forderung nach einem garantierten Sozialeinkommen einsetzt, welches eine ganze Liste von Lebenssituationen wie Arbeitslosigkeit, Ruhestand und Ausbildungszeit – auch die erste Ausbildung für Gymnasiasten und Studenten - abdeckt. Es geht weiter darum, eine Reihe von Sachverhalten in das Feld juristischer Regelungen einzuführen, die diese bislang nicht erfasst hatten; nämlich dem Arbeitsrecht seine bestimmende Macht über die Arbeitgeberstrategien zurückzugeben. Dieser erweiterte Arbeitsvertrag neuen Typs würde für die Lohnempfänger folgendes bedeuten: das Recht auf Einkommensfortzahlung und auf Weiterbildungsmöglichkeiten während des gesamten Berufslebens; die Pflicht, seine Arbeitskraft während der aktiven Lebensphase für eine Minimalsdauer anzubieten. Für die Unternehmen würde dieser Arbeitsvertrag neuen Typs bedeuten: das Recht, einzustellen und zu entlassen; die Pflicht, zur Aufrechterhaltung des Einkommens und zur Weiterbildung der vorübergehend nicht beschäftigten Arbeitskräfte beizutragen.

Anmerkungen:

[1] Caritas, 2005 : Sozialalmanach 2005. Luzern.

[2] Le Courrier, 8.1.2005

[3] Carlo Knöpfel, Anna Liechti, 1998 : Trotz Einkommen kein Auskommen. Working Poor in der Schweiz. Luzern

[4] Tobias Bauer, Elisa Streuli, 2001: Wer ist in der Schweiz trotz Erwerbsarmut arm? In : Soziale Sicherheit, Nr. 3.

[5] Tobias Bauer, 1999 : Lohnstruktur und Lohnentwicklung im Detailhandel und Gastgewerbe, Bern

[6] Allez Savoir !, Oktober 2004

[7] Le Courrier, 15.2.2005

[8] Stefan Kutzner, Ueli Mäder, Carlo Knöpfel (éd.), 2004: Working poor in der Schweiz - Wege aus der Sozialhilfe, Zürich

[9] 24heures, 18.1.2005

[10] Carlo Knöpfel, Simone Prodoliet, 2001 : Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Luzern

[11] Ecoplan, 2003 : Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Seco Publikation Arbeitsmarktpolitik, Nr. 9. Bern

[12] Tobias Bauer, Elisa Streuli, op cit.

[13] Le Temps, 19.11.2004

[14] zitiert in Kurt Wyss, Letzte Grundsicherung zerschlagen, in Sozialistische Zeitung, März 2005.

Übersetzer:

Jürgen Janz, coorditrad@attac.org

Attac Marokko kritisiert die EU-Maßnahmen gegen Migranten

Wiederholt wurde Attac Marokko auf die extrem schlechten Lebensumstände zahlreicher Flüchtlinge und Asylsuchender in Marokko hingewiesen.

Marokko ist als Mitunterzeichner der Genfer Konvention verpflichtet, Asylsuchenden und Flüchtlingen Schutz und den Zugang zu den elementaren Grund- und Menschenrechten auf Gesundheit, Bildung, Reisefreiheit, Arbeit und ein sicheres Einkommen zu gewähren.

Stattdessen wird zahlreichen Flüchtlingen und Asylsuchenden nicht nur die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verweigert. Mehr noch: Die Migranten aus dem Gebiet südlich der Sahara landen in Gefängnissen, werden zurück an die Grenze verbracht, mitten in der Wüste ausgesetzt, sie werden abgeschoben oder sind von Abschiebung bedroht, sind den Gewalttätigkeiten der Polizei ausgesetzt. Betreuung, Schulbildung für ihre Kinder, Arbeit und Reisefreiheit werden ihnen zumeist verwehrt.

Marokko hat es hingenommen, dass die Europäische Union die Überwachung der Migrationsströme und die Bearbeitung von Asylgesuchen auf sein Territorium auslagert, hat jedoch keinerlei Maßnahme

ergriffen, die es diesen Menschen ermöglicht, auf marokkanischem Territorium in den Genuss der ihnen als Menschen und Flüchtlinge zustehenden Rechte zu kommen.

Damit unterstützt das in Rabat eingerichtete Büro des Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen eine Politik, die dem Recht eines jeden Asylsuchenden entgegensteht, das Land, in dem er Asyl suchen will, selbst zu wählen. Es erweist sich gleichermaßen als unfähig, Marokko zur Einhaltung seiner Verpflichtungen hinsichtlich der Aufnahme und des Schutzes dieser Menschen zu bewegen.

Attac Marokko ist betroffen angesichts des Leids der Asylsuchenden und Flüchtlinge, empört über die Situation der Rechtlosigkeit, in der sie sich befinden und über die zahlreichen Übergriffen, denen sie ausgesetzt sind.

Attac Marokko

- verurteilt alle gegen die Migration gerichteten gemeinsamen Maßnahmen der Europäischen Union und Marokkos,

- verurteilt die permanente Unsicherheit, in der die Migrantinnen und Migranten in Marokkos leben sowie alle Arten von Repressalien, denen sie unterworfen sind,

- fordert, dass die Gültigkeit der grundlegenden Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind, für alle und überall anerkannt wird. Daraus resultiert Marokkos Pflicht, diese sowohl gegenüber seinen eigenen Bürgern als auch gegenüber jedem Ausländer, der sich innerhalb seines Territoriums aufhält, zu respektieren, - verlangt die Wiedereinführung des Rechts auf Asyl und die Einhaltung der Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes von Flüchtlingen und Asylsuchenden und fordert die sofortige Einstellung jeglicher gegen sie gerichteten Abschiebe- oder Ausweisungspraxis.

Attac Marokko wird weiterhin den Kampf der Migranten und ihrer Organisationen zur vollen und uneingeschränkten Anerkennung ihrer Rechte unterstützen.

Attac Marokko, Nationales Sekretariat

14. September 2006

Übersetzt von Annegret Seiffert,

<http://www.coorditrad.attac.org/?lang=de>

S. auch den Bericht über die "Afro-Europäischen Ministerkonferenz"

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56628>

Schweiz : Komitees 2xNEIN gegen Willkür und Ausgrenzung (AuG/AsylG) Bundesrat beim Wort nehmen, Versprechungen müssen nun gehalten werden

Bern, 24. September 2006

Trotz millionenschwerer Missbrauchskampagne unserer Gegner und einer noch nie gesehenen landesweiten Propaganda-Tournee von Bundesrat Blocher hat ein Drittel der Stimmenden diese unmenschlichen Vorlagen zurück gewiesen. Wir bedanken uns bei den vielen Menschen aus allen gesellschaftlichen Kreisen, die sich für das doppelte Nein eingesetzt haben.

Die Mehrheit der Stimmenden hat dem neuen Ausländergesetz und der Revision des Asylgesetzes zugestimmt. Sie haben aber nicht zu dem Ja gesagt, was als Vorlage effektiv auf dem Papier steht, sondern zu den beschönigenden Aussagen der Befürworter. **Die Befürworter haben den Abstimmungskampf mit schönen Worten und grossen Versprechungen gewonnen!** Die Gesetze würden menschlich umgesetzt, Härtefälle würden geprüft, Kinder nicht inhaftiert, internationale Verpflichtungen eingehalten usw. Wir halten fest: Die zwei Gesetze sind im wortlaut gefährlich und unmenschlich. Nun hängt alles von ihrer Anwendung und Umsetzung ab.

Das Komitee 2xNein fordert eine völkerrechts- und verfassungskonforme Anwendung der Gesetze. Im Zusammenhang mit dem **Asylgesetz** fordern wir eine tatsächliche Verbesserung des Rechtsschutzes. Bei der Einführung der neuen Bestimmungen ist eine humanitäre Aktion im Sinne einer Härtefall-Regelung für bereits abgewiesene Asylbewerber nötig, um zu verhindern, dass von einem Tag auf den anderen Tausende auf die Strasse gestellt werden.

Für die Umsetzung des Ausländergesetzes fordert das Komitee 2xNein, dass sich die Schweiz beim Familiennachzug an die Richtlinien und die Rechtssprechung des europäischen Gerichtshofes hält. Konkret heisst das:

o Die Hürden für einen Familiennachzug (Wohnungsgrösse und Lohnhöhe) müssen abgebaut werden.

o Die Frist von fünf Jahren für einen Familiennachzug darf nicht ab Einreise gerechnet werden, sondern erst ab dem Moment, wo die Voraussetzungen für den Familiennachzug erfüllt werden.

o Der grosse Ermessensspielraum der Fremdenpolizei und der Migrationsbehörden darf nicht zu noch mehr Rechtsunsicherheit und Rechtsungleichheit bei Eheschliessungen, Familiennachzug usw. führen.

Während der Kampagne haben alle Seiten auf die ungelöste Frage der hier lebenden und arbeitenden Sans-Papiers hingewiesen. Bundesrat und Parlament dürfen nicht weiter die Augen vor dieser Realität verschliessen. Sie müssen in der Umsetzung des AuG eine pragmatische und praktikable Regularisierungsmöglichkeit finden.

Befürworter und Bundesrat haben in der Abstimmungskampagne immer wieder die Stärkung der Integrationsmassnahmen im AuG betont. Diese dürfen sich nicht nur auf teure Sprachkurse beschränken. Echte Integrationsarbeit braucht finanzielle Mittel, damit konkrete Massnahmenpakete zum Abbau von Diskriminierungen erarbeitet und umgesetzt werden können.

Das doppelte Referendum gegen das Asyl- und gegen das Ausländergesetz haben eine vertiefte Auseinandersetzung der Schweiz mit diesen Fragen möglich gemacht. Die Befürworter haben im Abstimmungskampf grosse Versprechungen gemacht und damit die Bedenken vieler Schweizerinnen und Schweizer beruhigt. Die Gesetze selber sind willkürlich, ausgrenzend und unmenschlich. Es wird nun darum gehen sicherzustellen, dass in der Umsetzung die gemachten Versprechungen eingehalten werden.

Grüne Schweiz, Solidarité sans Frontières SosF, FIMM Schweiz, Gewerkschaft Unia Comité romand 2 x NON (comités unitaires de FR, GE, JU, JU bernois, NE, VS et VD) Unterstützt von: AL-PdA-JA!, Amnesty International, Asylbrücke Zug, ATTAC, AvenirSocial, CEDRI, cfd Christlicher Friedensdienst, Christlich-Soziale Partei der Schweiz CSP, comedia – Die Mediengewerkschaft, Demokratische JuristInnen der Schweiz DJS, Europäisches Bürgerforum, Föderation der demokratischen ArbeiterInnen-Vereine DIDF, Föderation kurdischer Kulturvereine FEKAR, Juso Schweiz, Junge Grüne Schweiz, Partei der Arbeit PdA, Schweiz, Gewerkschaftsbund SGB, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS, Syndicat interprofessionnel de travailleurs et travailleurs SIT, Travail.Suisse, Verband Personal öffentlicher Dienste VPOD

www.doppelreferendum.ch
www.schweiz.attac.org
www.double-non.ch
www.leggestranieri-no.ch

PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.

Beschluss der Innenminister völlig unzureichend - Bundestag muss gesetzliche Regelung beschließen

Als „völlig unzureichend und unsozial“ kritisiert Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL, den Beschluss der Innenminister. Nach dem IMK-Beschluss werden weiterhin mehr als 100.000 Menschen dauergeduldet in Deutschland leben. In weiten Teilen Deutschlands sei die Arbeitslosigkeit so hoch, dass Geduldete keine Chance auf einen Arbeitsplatz hätten.

Die von der Innenministerkonferenz beschlossenen Kriterien seien äußerst restriktiv und für viele unerfüllbar. Damit haben sich die Hardliner unter den Innenministern gegenüber der Position der Bundesregierung zunächst durchgesetzt.

PRO ASYL erwartet, dass Bundesinnenminister Schäuble und Bundesarbeitsminister Müntefering ihr Versprechen einhalten und

nun eine gesetzliche Bleiberechtsregelung auf den Weg bringen. PRO ASYL appelliert an Bundesregierung und Bundestag, sich ihrer Verantwortung zu stellen und die unsägliche und menschenrechtswidrige Praxis der Kettenduldungen zu beenden. Das Zuwanderungsgesetz muss geändert werden, so dass in Zukunft Kettenduldungen abgeschafft werden. Eine einmalige Bleiberechtsregelung löse die Probleme der Vergangenheit, aber auch in Zukunft dürfen keine Dauergeduldeten entstehen.

Deshalb muss der Bundestag gegen den Widerstand der Ministerialbürokratie und der Innenminister das Zuwanderungsgesetz grundlegend verbessern.

Positiv an der Entscheidung der Innenminister ist, dass nun immerhin einige tausend

Menschen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dies ist ein erstes aber bei weitem nicht ausreichendes Zwischenergebnis der von PRO ASYL initiierten und seit mehreren Jahren laufenden Bleiberechtskampagne.

PRO ASYL fordert die Innenminister auf, umgehend die Ausländerbehörden anzuweisen, die Abschiebung von potenziell Begünstigten zu stoppen, bis die von der Bundesregierung beschlossene bundesgesetzliche Regelung in Kraft tritt. Ein sofortiger Abschiebungsstopp ist das Gebot der Stunde

<http://www.proasyl.de>

S. auch:

<http://www.attac.de/migration>

<http://www.hier.geblieben.net>

Das indische Sozialforum: Mutgeber für Landlose

Neu-Delhi, 13.11.2006

Ein Großereignis der besonderen Art erlebt Neu-Delhi noch bis zum heutigen Montag. »Hugo Chávez, dem Anwalt der Armen Venezuelas und der ganzen dritten Welt, und nicht Hugo Boss, dem Schneider der Reichen, gilt unsere Sympathie.« Diese Bemerkung einer Aktivistin des Nationalen Zentrums für Arbeit am Sonntag auf dem Gelände des Jawaharlal-Nehru-Stadions von Neu-Delhi spiegelt den gemeinsamen Nenner des indischen Sozialforums wider. 50000 Menschen aus allen Gegenden Indiens, ein paar hundert Gäste aus anderen Staaten Asiens, aus Afrika, Lateinamerika und Europa sowie 25000 Besucher aus Indiens Hauptstadt machten das Forum zu einem großen Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung – auch wenn die Medien nur minimales Interesse zeigten.

Das Anliegen des Forums mit seinen Hunderten von Veranstaltungen war es seinerseits, eine Tribüne für jene zu schaffen, die tagtäglich Diskriminierung, Aus-

beutung und sozialem Unrecht ausgesetzt sind und begonnen haben, dagegen aufzubegehren. Andererseits demonstrierte das Meeting den Protest gegen die US-geführten Kriege in Afghanistan und Irak und warnte vor weiteren Aggressionen. Etliche der Teilnehmer hatten diese Anliegen bereits 2003 während des asiatischen Sozialforums in Hyderabad und des Weltsozialforums 2004 in Mumbai (ehemals Bombay) vertreten. Inzwischen wurden Fäden geknüpft zu anderen Organisationen, und insgesamt scheint ihr Selbstvertrauen gewachsen.

Das wurde beispielsweise deutlich beim Meeting zur Anerkennung der Landrechte der Dalits. Dalits sind Kastenlose und gehören zu den am meisten ausgebeuteten und diskriminierten sozialen Schichten in Indien. Viele Teilnehmer des Seminars hörten zum ersten Mal, dass Menschen in den Nachbarländern Pakistan, Bangladesch, Nepal und Sri Lanka ebenso misachtet und benachteiligt werden. Sie kamen zu dem Schluss, dass ihre Bewegung

an verschiedenen Fronten aktiv werden muss – auf der lokalen, der nationalen und der regionalen Ebene. Ihre Forderungen schließen ein, den Raub von Dalit-Land im Namen von Entwicklung (Straßenbau, Eisenbahn, Industrieprojekte) zu beenden, Landrechte der Dalits anzuerkennen und eine Bodenreform durchzuführen, durch die Überschussland an Bedürftige vergeben wird.

Not tut, sich gegen Unrecht zu organisieren, Widerstand zu leisten und Verbündete zu suchen – so die zentrale Botschaft der Teilnehmer, die am Dienstag als Vertreter von 375 Millionen Entrechteten zurückreisen in ihre Heimatgebiete. Einige von ihnen werden im Januar 2007 auf dem Weltsozialforum in Kenia von ihrem Ringen, eine neue Welt zu schaffen, berichten.

<http://www.jungewelt.de/2006/11-13/040.php>

Attac Deutschland

Beschluss des Ratschlags vom 28./29.10.2006 zur Genderfrage

Geschlechtergerechtigkeit war von Anfang an in den Statuten von Attac D als politisch-strategisches Ziel verankert und wird theoretisch sicher von den meisten Attacies geteilt. Ebenso ist bei vielen ein diffuses Wissen darüber verbreitet, dass die neoliberale Globalisierung nicht geschlechtsneutral ist, sondern zum einen soziale Ungleichheiten und Geschlechterunterschiede für kapitalistische Verwertung und Gewinnsteigerung nutzt, zum anderen unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer hat. Die politische Praxis von Attac, die Organisationsstrukturen wie auch die politischen Analysen und Kämpfe, berücksichtigen die Frage der Geschlechtergerechtigkeit jedoch nur höchst selten.

Damit sich das langsam ändert, muss gegengesteuert werden. Ein herrschaftskritisches, emanzipatorisches Projekt darf geschlechtsspezifische Herrschaftsformen nicht ignorieren, eine basisdemokratische Bewegung muss Geschlechterdemokratie zu einem ihrer Organisationsprinzipien machen, eine globalisierungskritische Bewegung muss sich auch feministische Globalisierungskritik zu eigen machen.

Deshalb fand auf dem Ratschlag eine erste Debatte zu dem Thema statt. In einer Arbeitsgruppe wurde diskutiert, dass die G8-Kampagne ein geeignetes politisches Testfeld ist, um geschlechtssensible Ansätze bei Attac zu stärken.

Deshalb wurden im Plenum folgende richtungsweisende Punkte beschlossen:

1. In alle Themen, die Attac im Zusammenhang mit G8 bearbeitet, sollen geschlechtsspezifische Analyse eingebracht werden.

2. Attac strebt an, dass bei allen von uns organisierten Veranstaltungen, vor allem auf den Podien mindestens 50% Frauen teilnehmen.

3. Bei der Evaluierung von G8 auf der nächsten Sommerakademie soll speziell darauf geachtet werden, ob dem Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit Rechnung getragen wurde.

Diese programmatischen Beschlüsse werden dieser Neuauflage des Readers zu G8 vorangestellt, um den Auftrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit für die Zukunft festzuschreiben. In der G8-

Kampagne eignen sich folgende Themenkomplexe besonders dazu, eine Geschlechterperspektive zu integrieren und die bereits vorhandenen feministischen Analysen zu nutzen:

Arbeit: geschlechtshierarchische und internationale Arbeitsteilung, Deregulierung und Informalisierung der Erwerbsmärkte

Armut: Feminisierung der Armut und Armutsbekämpfung

Sozialabbau und doppelte Privatisierung: Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Verschiebung öffentlicher Aufgaben an die Privathaushalte

Handelsliberalisierung: konzerngesteuerter Freihandel auf Kosten von KleinbäuerInnen, KleinhändlerInnen, einheimischer Industrien, DienstleisterInnen etc.

Migration: Feminisierung der Migration und der Rücküberweisungen

Entwicklungsfinanzierung und Mikrokredite für Frauen

Eine andere Welt ist nicht möglich ohne Geschlechtergerechtigkeit!

G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm

Gemeinsame Abschlusserklärung der G8-Aktionskonferenz "Rostock II"

Im **Juni 2007** wird eine **große Aktionswoche zum G8-Gipfel in Heiligendamm** stattfinden. Die G8 stehen für eine sozial ungerechte, ökologisch unverantwortliche und militaristisch imperiale Politik. Hiergegen werden zehntausende Menschen aus der Region, aus dem ganzen Bundesgebiet, aus Europa und der ganzen Welt protestieren und Alternativen zu der herrschenden Globalisierung sichtbar machen. Wir begrüßen die Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Ausland und freuen uns auf eine der größten internationalen Demonstrationen seit Jahren. Alle Spektren der globalisierungskritischen Bewegung werden in den kommenden Monaten ihre Inhalte und Aktionsvorschläge verstärkt in die öffentliche Diskussion einbringen – hier in der Region wie auch in den jeweiligen Orten und Ländern, aus denen sie kommen.

Mehr als 450 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa haben sich auf der zweiten Aktionskonferenz in Rostock auf den Fahrplan für die Protestwoche gegen den G8-Gipfel verständigt.

Die Aktionswoche beginnt mit der **Großdemonstration gegen den G8 -Gipfel am Samstag, 2. Juni.**

Am **Sonntag, 3. Juni**, gibt es eine große **Auftaktveranstaltung**, die gemeinsam mit unseren internationalen Freundinnen und Freunden gestaltet wird.

Am **Montag, 4. Juni**, wird ein **migrationspolitischer Aktionstag** mit inhaltlichen, aktionistischen und kulturellen Beiträgen veranstaltet – unter dem Motto „Für globale Bewegungsfreiheit! Gleiche Rechte für alle!“.

Am **Dienstag, 5. Juni**, wird im Rahmen des **Aktionstags gegen Militarismus, Krieg, Folter** und den globalen Ausnahmezustand der Flughafen Rostock Laage blockiert und umzingelt, um die ankommenden Regierungschefs zu begrüßen.

Am Dienstagabend startet der **Alternativgipfel**, der bis zum Donnerstag, 7. Juni, gehen wird. Eine Reihe von „Satellitenveranstaltungen“ des Alternativgipfels begleiten die gesamte Aktionswoche (zum Beispiel auf dem Camp und bei den Aktionen).

Am **Mittwoch, 6. Juni**, beginnen die **Blockaden** des G8-Gipfels.

Am **Donnerstag, 7. Juni**, finden ein **Konzert mit Herbert Grönemeyer** unter dem Motto "Music and Messages" weitere Blockaden, und Demonstrationen statt. Prominente internationale Sprecherinnen und Sprecher des Alternativgipfels werden am Auftakt der Demonstrationen teilnehmen.

Wer sich den G8-Gipfel einlädt, lädt sich auch den Protest ein. Wir fordern das Land Mecklenburg-Vorpommern, den Landkreis Bad Doberan und die Hansestadt Rostock auf, dass die nötige Infrastruktur für die Unterbringungen der Menschen in Camps und für das Austragen der Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wird.

12. November 2006

<http://www.attac.de/heiligendamm07/info/s/>

[http://www.schweiz.attac.org/-G8-](http://www.schweiz.attac.org/-G8-Kampagne-)

[Kampagne-](http://www.heiligendamm2007.de/)

<http://www.heiligendamm2007.de/>

<http://www.g8->

[germany.info/deutsch/index.htm](http://www.g8-germany.info/deutsch/index.htm)

Veröffentlichungen in „Sand im Getriebe“

Nr. 25: Von Evian nach Cancun

Nr. 45: Antwort auf G8: Neue Süd-Süd Vernetzung

Nr. 51: G8 versenken!

Christine Buchholz / Katja Kipping (Hrsg.)

G8: Gipfel der Ungerechtigkeit

Wie acht Regierungen über 6.000.000.000 Menschen bestimmen

Mit Beiträgen von Elmar Altvater, Alex Callinicos, Hugo Chávez, Oskar Lafontaine, Chantal Mouffe, Peter Wahl u.v.a.m.

Attac Deutschland: G8-Reader

Alternativen

Die G8 und internationale Demokratie, *Peter Wahl*

G8 versenken! Globale Soziale Rechte weltweit!, *Kay Oliver Schulze / AG Globale soziale Rechte (Berlin)*

Geschichte der Gipfelproteste, *Pedram Shahyar*

8 mal anders

Die Energiepolitik der G8 – Heizung im globalen Treibhaus, *Chris Methmann*

Krieg und Frieden, *Claudia Haydt*

Die G8 und Freihandel, *Alexis J. Passadakis*

Die Rolle der G8 im internationalen Finanzsystem, *Philipp Hersel und Sven Giegold*

Sozialer Frieden durch Kleinkredite!?, *Christa Wichterich*

Privat: Nutzung ohne Erlaubnis des Eigentümers verboten!, *Petra Buhr & Oliver Moldenhauer*

G8 und EU – Unterschiede und Gemeinsamkeiten, *Stephan Lindner*

Was haben die G8-Gipfel mit Migration zu tun?, *Inigo Valdenebro*

Drei Märchen oder eine Aufgabe: globale soziale Rechte, *Werner Rätz*

